



Plenarprotokoll

92. Sitzung

Kiel, Mittwoch, 27. August 2003

Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten Hans Detlef Stäcker.....	6946	b) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2003 - 2007.....	6948
Keine Kürzungen der Pendlerpauschale.	6946	Bericht der Landesregierung	
Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU		Drucksache 15/2819	
Drucksache 15/2847		Dr. Ralf Stegner, Finanzminister	6948, 7016
Rainer Wiegard [CDU]	6946	Martin Kayenburg [CDU]	6958
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6947	Lothar Hay [SPD]	6967
Beschluss: Dringlichkeit bejaht und als Punkt 27 a in die Tagesordnung eingereicht	6947	Wolfgang Kubicki [FDP].....	6974, 7018
Gemeinsame Beratung	6948	Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	6981
a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005).....	6948	Anke Spoorendonk [SSW].....	6991
Gesetzentwurf der Landesregierung		Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	6998
Drucksache 15/2790		Rainer Wiegard [CDU]	7004, 7019
		Günter Neugebauer [SPD]	7007
		Dr. Heiner Garg [FDP]	7009
		Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7014
		Beschluss: Überweisung an den Finanzausschuss und alle übrigen Ausschüsse	7020

Start der LKW-Maut	7020
Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2854	
Uwe Eichelberg [CDU]	7020
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	7020
Beschluss: Dringlichkeit verneint	7021
Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig- Holsteinischen Schulgesetzes	7021
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 15/2033	
Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 15/2785	
Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD], Bericht- erstatter	7021
Jost de Jager [CDU]	7021
Dr. Henning Höppner [SPD]	7023, 7027
Dr. Ekkehard Klug [FDP]	7023
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	7025
Anke Spoorendonk [SSW]	7025
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	7027
Beschluss: Verabschiedung	7028

* * * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsi-
dentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und
Familie

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wis-
senschaft, Forschung und Kultur

Klaus Buß, Innenminister

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Naturschutz
und Landwirtschaft

Dr. Ralf Stegner, Minister für Finanzen

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft,
Arbeit und Verkehr

* * * *

Beginn: 10:01 Uhr

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 35. Ta-
gung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das
Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfä-
hig.

Erkrankt ist Frau Ministerin Heide Moser. Ich wün-
sche ihr von dieser Stelle aus und in Ihrem Namen
eine gute Genesung.

(Beifall)

Beurlaubt ist Herr Abgeordneter Thorsten Geißler.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von den
Plätzen zu erheben!

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 3. August 2003 verstarb im Alter von 80 Jahren
der ehemalige Abgeordnete des Schleswig-Holstei-
nischen Landtages, Herr Hans Detlef Stäcker. Hans
Detlef Stäcker gehörte dem Schleswig-Holsteinischen
Landtag von der 6. bis zur 10. Wahlperiode, zunächst
als Mitglied der FDP-Fraktion und später als Mitglied
der CDU-Fraktion, an. Hans Detlef Stäcker war ein
über alle Parteigrenzen hinweg geschätzter Politiker,
der stets mit großer Kompetenz für die Menschen
unseres Landes gewirkt hat. Der Schleswig-Holstei-
nische Landtag gedenkt seines früheren Mitgliedes in
Dankbarkeit. - Sie haben sich zu Ehren des Verstor-
benen von Ihren Plätzen erhoben, ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der CDU hat
folgenden Dringlichkeitsantrag eingereicht.

Keine Kürzungen der Pendlerpauschale

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2847

Wird das Wort zur Begründung der Dringlichkeit
gewünscht? - Herr Abgeordneter Wiegard hat das
Wort.

Rainer Wiegard [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine
Herren! In der vergangenen Woche ist trotz des Endes
der Sommerferien das Sommertheater fortgesetzt
worden. Wir wurden von einer Reihe von Vorschlä-
gen überrascht, die für die Arbeitnehmerinnen und
Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein von Bedeutung
sind, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen und ihr Ein-
kommen erwerben zu können. Es ging um die Pend-
lerpauschale. Zunächst war im Gespräch, die Pend-
lerpauschale ausschließlich für Autofahrer zu kürzen.
Schließlich gab es Vorschläge, die Pendlerpauschale

(Rainer Wiegard)

für alle zu halbieren. Der Umweltminister des Landes Schleswig-Holstein hat sich ausdrücklich dafür ausgesprochen, die Pendlerpauschale für Autofahrer zu kürzen. Das ist für ein Land wie Schleswig-Holstein von existenzieller Bedeutung, da es die Menschen betrifft, die ihr Arbeitseinkommen erwerben müssen. Wir haben einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, um die Haltung des Landes Schleswig-Holstein klarzustellen. Wir werden den Landtag auffordern, eindeutig die Landesregierung darauf festzulegen zu vertreten, dass wir keine Kürzung der Pendlerpauschale für unser Land verkraften können. Wir bitten Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Kollege Matthiessen, ich habe die Dringlichkeit damit begründet, dass das erst in der vergangenen Woche bekannt geworden ist, so dass wir nicht die Möglichkeit hatten, im Rahmen der Fristen einen Antrag zu stellen, deshalb mussten wir diesen Antrag als Dringlichkeitsantrag hier einbringen. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zur Begründung der Dringlichkeit wünscht Frau Abgeordnete Heinold. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Natürlich können wir es so machen, dass wir die Zeitung lesen und anschließend Dringlichkeitsanträge stellen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das machen Sie doch auch!)

- Das machen wir manchmal auch. Deshalb stimmen wir Ihrem Dringlichkeitsantrag auch zu. Es ist ganz spannend, dass wir uns über dieses Thema austauschen.

(Beifall des Abgeordneten Rainer Wiegard
[CDU])

Ich erinnere aber noch einmal an den Juni, als wir keinen Dringlichkeitsantrag zur Pendlerpauschale hier eingebracht haben, obwohl Herr Koch, CDU, und Herr Steinbrück - so war es in der Zeitung zu lesen - wohl ein Paket geschnürt hatten, bei dem sie davon ausgegangen waren, dass die Entfernungspauschale künftig nicht mehr für die ersten 50 km gilt. Ich sage einmal, das hätte für die schleswig-holsteinischen Bürgerinnen und Bürger deutlich gravierendere Aus-

wirkungen gehabt. Da haben Sie keinen Dringlichkeitsantrag gestellt. Aber wir diskutieren gern und werden deshalb der Dringlichkeit zustimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abgeordneten Günter Neugebauer
[SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen zur Begründung der Dringlichkeit liegen nicht vor. Damit lasse ich über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen und weise ausdrücklich auf § 51 Abs. 3 der Geschäftsordnung hin, wonach eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, um die Dringlichkeit zu bestätigen. Wer der Dringlichkeit des vorgelegten Antrages zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen. Ich schlage Ihnen vor, den Antrag als Tagesordnungspunkt 27 a in die Tagesordnung einzureihen. Ich bitte die Fraktionen, sich über die Redezeiten zu verständigen und mir einen Vorschlag über den Zeitpunkt des Aufrufens zu machen. - Widerspruch höre ich nicht, dann wird so verfahren.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 2, 7, 13, 14, 17, 21 und 40 ist eine Aussprache nicht geplant. Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 4 und 37, Haushaltsgesetz 2004/2005 und Finanzplan 2003 - 2007, sowie die Punkte 12 und 15. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 22, 24, 28 und 29. Nachträglich haben sich die Fraktionen darauf verständigt, auch den Punkt 21 von der Tagesordnung abzusetzen. - Auch hier höre ich keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren. Der Tagesordnungspunkt 23 wurde von den Antragstellern zurückgezogen. Stattdessen werde ich unter Tagesordnungspunkt 23 a den Antrag „Kein Auslaufen der Gemeinschaftsaufgabe ‚Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur‘ in den alten Bundesländern (GA-West) ab 2004“, Antrag der Abgeordneten des SSW, Drucksache 15/2844, aufrufen. Höre ich dazu Widerspruch? - Das ist nicht der Fall, dann werden wir so verfahren.

Wir werden unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause jeweils längstens bis 18 Uhr tagen. - Auch hier höre ich keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Meine Damen und Herren, Frau Abgeordnete Jutta Scheicht hat heute Geburtstag,

(Beifall)

und zwar den wunderbaren runden 50. Geburtstag. Ich gratuliere Ihnen von Herzen und wünsche Ihnen alles Gute!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich darf Besucherinnen und Besucher begrüßen. Auf der Tribüne haben Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte der Beruflichen Schulen am Schützenpark, Kiel, Abteilung Sozialwirtschaft, und des Fachgymnasiums der Beruflichen Schulen am Königsweg, Kiel, sowie Mitglieder des Einwohnervereins Henstedt-Rhen Platz genommen. - Ihnen allen ein herzliches Willkommen!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 4 und 37 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/2790

b) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2003 - 2007

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2819

Zur Begründung erteile ich dem Herrn Finanzminister das Wort.

Dr. Ralf Stegner, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Landesregierung legt dem Parlament heute den ersten Doppelhaushalt in der Geschichte des Landes vor. Es ist ein Entwurf, mit dem wir die Herausforderung annehmen, in einer besonders schwierigen Zeit eine Perspektive für die Entwicklung der zukünftigen Einnahmen und Ausgaben darzulegen.

Als ich vor einem halben Jahr das Amt des Finanzministers übernahm und mir die ersten Gedanken über den Verlauf des Haushaltsjahres 2003 und den Doppelhaushalt 2004/2005 gemacht habe, wurde mir schnell klar, dass Schleswig-Holsteins Haushalte mit Einsparungen und Kürzungen an dieser oder jener Stelle des Etats nicht mehr auszugleichen sein werden. Wer die Probleme der öffentlichen Haushalte

und damit auch die des schleswig-holsteinischen Landeshaushalts erfolgreich lösen will, kommt um eine sorgfältige Ursachenanalyse nicht herum.

Deswegen werde ich, bevor ich zu den wichtigsten Elementen des Entwurfs komme, einige Anmerkungen zu den Rahmenbedingungen und wesentlichen Prämissen machen. Erst aufgrund des Verständnisses der Ursachen ist es nämlich möglich, die Rahmenbedingungen zu verändern, die einer dauerhaften Konsolidierung im Wege stehen. Wir müssen alles tun, was in unserer Kraft steht, um hierbei Erfolg zu haben. Dazu sind wir schon deshalb verpflichtet, weil eine ungebremste Verschuldungspolitik verantwortungslos wäre, da sie den uns nachfolgenden Generationen die Gestaltungsspielräume, auf die sie ein Recht haben, vorenthielte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schleswig-Holstein hat sich in den letzten 15 Jahren von einem strukturschwachen und etwas verschlafenen Agrarland zu einem modernen und innovationsfreudigen Land entwickelt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei der FDP - Veronika Kolb [FDP]: Wo denn?)

Dabei ist es lebens- und liebenswert geblieben. Dams mussten wir zum Beispiel bei den Kindergartenplätzen fast bei null anfangen. Das galt aber leider nicht für die Schulden. Schleswig-Holstein war schon beim Regierungswechsel - in Zeiten mit einer viel geringeren Arbeitslosigkeit und in der Regel höheren Wachstumsraten - eines der am stärksten verschuldeten Länder.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie haben ja richtig Humor!)

- Das ist gar nicht komisch, meine Damen und Herren auf der rechten Seite. - Trotz der Geldentwertung tragen wir seitdem ungefähr die Hälfte der heutigen nominellen Zinslast mit uns herum. Mit der anderen Hälfte finanzieren wir unsere Investitionen in Schulen und Hochschulen, einen kundenfreundlichen ÖPNV, die innere Sicherheit, eine leistungsfähige Justiz, eine soziale Infrastruktur, den Umweltschutz und gute Rahmenbedingungen für den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

(Minister Dr. Ralf Stegner)

Zusätzlich finanzieren wir noch den Aufbau Ost und erhebliche Steuerentlastungen für die Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger.

All dies hat unseren finanziellen Spielraum weiter eingeschränkt, sodass wir in der Vergangenheit - wie die meisten anderen Länder auch - den Haushalt auch durch Verkäufe von Landesvermögen ausgleichen mussten. Diese Reserven sind nun weitgehend erschöpft.

Wir haben es mit einer dramatischen Entwicklung zu tun. Die in der Geschichte der Bundesrepublik bisher einmalige Situation einer Stagnation im dritten Jahr hintereinander mit einer unverändert hohen Arbeitslosigkeit ist besonders schlimm für die Menschen, die ihren Arbeitsplatz oder ihren Betrieb verlieren. Sie sprengt die Kassen der sozialen Sicherungssysteme und die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben, da Steuer- und Beitragseinnahmen fehlen und gleichzeitig die sozialen Transferkosten steigen. Hinzu kommt eine sehr negative demographische Entwicklung: Die Menschen leben erfreulicherweise zwar länger, gleichzeitig werden aber zu wenige Kinder geboren. Daneben scheitert eine vernünftige Zuwanderungspolitik noch immer am Widerstand der ewig Gestrigen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch die SPD-geführten Landesregierungen - das will ich gerne einräumen - haben Fehler gemacht. Vielleicht haben wir die Verwaltungsreform manchmal etwas zu behutsam vorangetrieben und Projekte zu lange gefördert, die nicht hätten gefördert werden müssen.

Wir müssen auch einräumen, dass wir Effektivitäts- und Effizienzpotenziale zumeist eher zum Ausbau von Leistungen als zur strukturellen Ersparnis genutzt haben.

(Werner Kalinka [CDU]: Sehr gut!)

- Herr Kalinka, ich hoffe, Sie finden das auch dann noch gut, wenn ich weiter spreche. Eigentlich möchte ich aber nicht auf Ihr Niveau sinken.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Lachen bei der CDU)

Natürlich haben wir auf weiter steigende Einnahmen gesetzt.

Es gehört auch zum guten Stil, einzuräumen, dass nicht jede Kritik, die die Oppositionsfaktionen in den letzten Jahren vorgetragen haben unberechtigt war. Manchmal haben sie sogar einen konkreten und vernünftigen Vorschlag gemacht; das war aber schon seltener der Fall.

Dennoch muss man feststellen, dass durch die finanziell ausgereizten Haushalte und das kurzfristige Kalkül des notwendigen Haushaltsausgleichs eine langfristig angelegte Entlastung oftmals verhindert wurde. Ich erinnere besonders an die prinzipiell richtige Idee, die künftigen Pensionsausgaben über einen erhöhten Angestelltenanteil - etwa bei Lehrern - zu dämpfen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier ist es umgekehrt: Wir haben in dieser Frage gezwungenermaßen wider besseres Wissen gehandelt. Die rechte Seite dieses Hauses ist hier bekanntlich immer noch ebenso uneinsichtig wie der Landesrechnungshof.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der FDP)

- Ich weiß gar nicht, warum Sie sich so aufregen. - So falsch es wäre, die Vergangenheit zu vernachlässigen, so absurd wäre es, die Haushaltsprobleme Schleswig-Holsteins der Landesregierung zuzuschreiben.

(Zurufe von der FDP)

- Ich kann das hier am Mikrofon lauter als Sie.

Ich habe die Haushaltsdebatten der letzten Jahre im stenografischen Protokoll nachgelesen. Es würde mich wundern und zugleich freuen, wenn uns der Herr Oppositionsführer heute die x-te Wiederholung der diesbezüglich wenig einfallreichen Stehsätze seiner früheren Haushaltsreden im Sinne von „same procedure as every year“ ersparen würde.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Richtig ist nämlich vielmehr: Praktisch alle Länder, der Bund und die Kommunen haben die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit überschritten. Wir alle haben über unsere Verhältnisse gelebt und notwendige **Strukturenreformen** verschlafen. Wir alle müssen jetzt auch die strukturellen und konjunkturellen Probleme zugleich und entschlossen angehen. Im Augenblick ist das Reformfenster geöffnet. Diese Chance darf nicht vertan werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zu den Quellen gelangt man bekanntlich gegen den Strom. Das gilt ungeachtet der öffentlichen oder veröffentlichten Meinung auch für die Quellen der Strukturprobleme der öffentlichen Haushalte. Nur wenn die Furcht vor Veränderung und die Flucht vor der eigenen Verantwortung ausgeprägt sind, kann man wie der niedersächsische Minderpräsident Wulff darauf hoffen, dass einem Mehreinnahmen in den Schoß

(Minister Dr. Ralf Stegner)

fallen. Anders kann ich seine öffentliche Ankündigung, dass Niedersachsen für den Fall, dass die Bundesratsmehrheit Reformen erfolgreich blockiert, auf Jahre hinaus keine verfassungsgemäßen Haushalte aufstellen könne, nicht verstehen. Ich möchte nicht wissen, wie die Reaktion hier aussähe, wenn ein Mitglied dieser Landesregierung eine solche Aussage in diesem Hause machen würde.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben unsere Hausaufgaben bei der Aufstellung dieses Doppelhaushaltes erledigt. Wir haben festgelegt, wo und wie wir uns im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss für Weichenstellungen bei den Sozialreformen, dem Subventionsabbau und der kommunalen Finanzreform einsetzen. Daneben haben wir auch entschieden, was wir in Schleswig-Holstein tun müssen, um die Ausgaben zu begrenzen und die Einnahmen zu erhöhen. Wir ducken uns nicht weg, um über den Wahltag im Februar 2005 zu hecheln. Ich wundere mich über die Selbstverständlichkeit, mit der der Union seit Monaten zugestanden wird, die bayerische Landtagswahl abzuwarten, obwohl die Bürgerinnen und Bürger auf die Entscheidungen über die Strukturreformen nun wirklich nicht länger warten können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die schleswig-holsteinische Landesregierung legt Ihnen heute einen **verfassungsgemäßen Haushalt** vor, durch den sie deutlich macht, wo sie investieren will, wo sie mehr Geld ausgeben will und muss und in welchen Bereichen sie weniger ausgeben, also sparen, muss. Details mögen - wie könnte es bei einem Doppelhaushalt in dieser wirtschaftlichen Gesamtwetterlage anders sein - gerade für 2005 noch fehlen. Die Richtung ist aber klar und die Prämissen will ich hier und heute erläutern. Ich bin gespannt, ob sich die Oppositionsredner heute damit auseinander setzen und sagen werden, wo sie von abweichenden Annahmen ausgehen, und ob sie ihre eigenen, vielleicht auch anderen, Vorstellungen darlegen. Wahrscheinlich werden Sie sich dieser Aufgabe aber wie in den letzten Jahren wieder mit der Ausrede entziehen, dass Sie nicht dazu da sind, „die Kastanien aus dem Feuer zu holen“, wie Herr Kayenburg vor drei Jahren Ihren Mangel an konzeptionellen Alternativen an dieser Stelle verbal verbrämt hat.

Für 2004 gehen wir von einer moderaten **Erholung der Wirtschaft** aus. Immer mehr Indikatoren zeigen in diese Richtung und Institute wie das ZEW oder

Ifo - gerade gestern - bestätigen dies. Mit am wichtigsten ist aber, dass die eingeleiteten **Reformen** in Deutschland - gerade auf dem Arbeitsmarkt - zusammen mit einer verantwortlichen, das heißt stimulierenden Finanzpolitik von Bund und Ländern den Weg dafür ebnen.

Ich komme zu den angekündigten **Einnahmeverbesserungen**. Für 2004 haben wir vorsichtig geschätzt und nur Mehreinnahmen aus dem im zweiten Anlauf deutlich verbesserten Gesetz zur Steuerehrlichkeit eingestellt. Damit ergeben sich meines Erachtens auch Spielräume für die Erbringung der globalen Minderausgaben, die übrigens nicht höher sind als in diesem Jahr, auch wenn sie natürlich grundsätzlich zu Recht die kritische Aufmerksamkeit des Parlaments finden.

2005 werden wir die Reformmaßnahmen noch verstärken müssen. Damit meine ich, dass wir sowohl Steuerreformen, einen nachhaltigen Subventionsabbau, eine vernünftige kommunale Finanzreform als auch eine Überprüfung der Leistungsgesetze von Bund und Ländern brauchen. All dies wird 2005 deutliche Früchte tragen und zu einer erheblichen Entlastung der öffentlichen Haushalte beitragen können.

Das hat nichts, aber auch gar nichts mit Luftbuchungen zu tun. Sie sehen, ich kenne Ihre Vorhaltungen. Das werden Sie nachher hier nämlich wieder so sagen. Das hat mit dem Vertrauen in die **Richtigkeit eines Reformkurses** zu tun, der, das wissen die Menschen in diesem Land genau, notwendig ist. Sie wollen allerdings auch, dass er gerecht ist und nicht für viele wenig und für wenige viel tut.

Ich verbinde dies mit der deutlichen Aufforderung an die Union, sich ihrer Verantwortung zu stellen und im Bundesrat konstruktiv mitzuarbeiten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie erwecken hier immer den Eindruck, als ob Sie blockieren wollen. Als Stichworte nenne ich nur das Weihnachtsgeld für die Beamten und die modernisierte Gewerbesteuer; man könnte viele weitere anführen.

Dort, wo die Union in der Verantwortung ist, Landespolitik zu gestalten, registriert man erfreulicherweise gelegentlich die Bereitschaft, parteitaktischen Spielen abzuschwören. Dabei denke ich an Herrn Althaus und Herrn Böhmer. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass im Vermittlungsausschuss am Ende die Vernunft siegen wird. Diese Maxime gilt auch für unsere Verhandlungen mit den schleswig-holsteinischen Kom-

(Minister Dr. Ralf Stegner)

munen, und zwar ungeachtet der aus unserer Sicht unerfreulichen neuen Mehrheitsverhältnisse.

(Lachen bei der CDU)

Das gilt insbesondere auch für die immer intensiver werdende Zusammenarbeit mit Hamburg.

(Unruhe)

Sie sehen also, unsere Annahmen für 2004 sind realistisch.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit!

Dr. Ralf Stegner, Finanzminister:

Das fällt dem Herrn Kollegen schwer. Wenn Sie die haushaltstechnische Form der Annahmen für 2005 als zu wenig konkret kritisieren, sollten Sie bedenken, dass schon bei zugegebenermaßen grober Schätzung 100.000 Arbeitslose weniger bundesweit zu Einsparungen von ungefähr 2 Milliarden € führen würden. 1 % mehr Wachstum würde durchschnittlich 5 Milliarden € bringen. 1 % Subventionsabbau würde - wenn man an den Zahlen des Weltwirtschaftsinstituts anknüpft - bundesweit circa 15 Milliarden € an Mehreinnahmen beziehungsweise Minderausgaben erbringen. So kann das von der Bundesregierung vorgelegte Haushaltsbegleitgesetz in seiner aktuellen Fassung die Steuereinnahmen für Schleswig-Holstein in 2005 um 60 Millionen € erhöhen. Nicht die Entlastung des Haushalts 2005 ist ungewiss, sondern nur die Frage, an welchen Ein- und Ausgabtiteln diese wirksam werden wird.

Um an dieser Stelle keine Missverständnisse zuzulassen: Die Landesregierung verfolgt die Änderung des Bewertungsgesetzes und der Erbschaftsteuer nachdrücklich weiter, weil wir dringend eine gerechtere Besteuerung der Erbschaften brauchen. Wie sonst soll man Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Notwendigkeit anderer Einschränkungen erklären?

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn die Union und die FDP hier allerdings überall blockierten, dann wären unsere Annahmen in der Tat zu optimistisch. Das müssten aber Sie der Bevölkerung erklären, nicht wir. Der britische Premierminister McMillan hat einmal gesagt:

„Ein Politiker ruiniert sich nicht durch seine Niederlagen, sondern durch seine Phyrussiege.“

Daran sollten Sie denken!

(Zurufe von der CDU: Das machen wir!)

In dem Haushaltsentwurf haben wir im Wesentlichen die mittelfristige Finanzplanung eingehalten. Angesichts der natürlichen Kostensteigerungen und der Verwerfungen aus der negativen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die auch vor dem Landeshaushalt nicht halt machen, war dies alles andere als einfach. Die Steigerungsrate liegt durchschnittlich unter 1 %. 2004 liegt sie zur Stützung des Aufschwungs bewusst höher. 2005 wird sie dann deutlich geringer. Diese Bilanz wird sich natürlich zusätzlich durch den Nachtragshaushalt verändern. Wir haben die Förderprogramme, die diesen Namen verdienen, für 2004 um 10 % und für 2005 um weitere 10 % gekürzt.

(Unruhe)

- Ich weiß gar nicht, warum Sie so unruhig sind und so einen Lärm machen müssen! Wahrscheinlich haben Sie einfach keine Konzepte!

(Lachen bei der CDU)

Andere Finanzzuweisungen, die nicht Förderprogramme im eigentlichen Sinn sind, wurden nicht reduziert. Der Einsparbetrag von jeweils 10 % muss aber an anderer Stelle erbracht werden. Der Mut zeigt sich spätestens an den Mikrofonen anlässlich der Demonstrationen vor dem Landeshaus. Die Kürzungen führen zu Leistungsabbau in den Bereichen, die die Landesregierung nicht für prioritär hält. Das heißt nicht, dass solche Entscheidungen leicht zu treffen seien. Wo es geht, nutzen wir Effizienzgewinne oder helfen bei alternativen Finanzierungen. Ich möchte den Regierungsfractionen dafür danken, dass sie uns bei den Einsparvorhaben unterstützen und den Protest aushalten, statt sich - wie es die Opposition seit Jahren tut - in markigen Einsparforderungen zu verlieren, um gleichzeitig jeder Lobbygruppe - sei sie auch noch so klein - hinterherzulaufen. Hier trennt sich die Oppositionsspreu vom Regierungsweizen.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren auf der rechten Seite des hohen Hauses, Sie werden sehen, dass Ihre Hoffnung trügerisch ist, die Regierungsmehrheiten im populistischen Wettstreit in Gefahr zu bringen. Nein, mit den Antworten von gestern lösen wir die Probleme von morgen nicht!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Minister Dr. Ralf Stegner)

Wir werden regionale Konflikte gemeinsam aushalten müssen, auch wenn das in der kommenden Phase der Kandidatenaufstellung besonders schwer ist. Nur so werden wir unserer Verantwortung gerecht, die uns die Bürgerinnen und Bürger 2000 übertragen haben. Wenn ich Sie so höre, dann bin ich ziemlich sicher, dass die Bürger uns diese auch 2005 erneut übertragen werden.

(Beifall bei der SPD - Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: Das Prinzip Hoffnung!)

- Na ja, Sie haben schon häufiger Prophezeiungen vorgenommen! Weitere **Einsparpotenziale** ergeben sich aus dem Bürokratieabbau und daraus resultiert eine Flexibilität, die mit den übrigen **Strukturreformen** - von den Finanzämtern bis zu den Amtsgerichten, vom Straßenbau bis zur Katasterverwaltung, von der Neuausrichtung der IT-Infrastruktur bis zu vielen anderen Bereichen - erschlossen werden wird. Höhere Flexibilität in den Budgets, eingeleitete Strukturmaßnahmen und die Unterstützung des gesamten Kabinetts für weitere **Einschnitte im Leistungsbereich** ermöglichen es den Ressorts, die Einsparvorgaben zu erbringen. Ich kann verstehen, dass es eine große Herausforderung für das Parlament ist, der Regierung entweder entsprechende Einsparvorschläge zu unterbreiten oder einen realistischen Rahmen zu setzen, innerhalb dessen die Einsparungen realisiert werden sollen. Ich weiß aber, dass in der SPD-Fraktion beispielsweise Lothar Hay und Günter Neugebauer intensiv daran mitwirken werden, damit dies auch gelingt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] - Zurufe von der CDU)

Bis zur Nachschiebeliste sollte etwa die Hälfte der globalen Minderausgaben für 2004 zu konkretisieren sein.

(Unruhe)

Bisher noch nicht veranschlagte Entlastungen kommen im kommenden Jahr hinzu, wenn Subventionsabbau und Strukturreformen erste Wirkungen zeigen.

Die Begrenzung der **Personalkosten** ist eine strukturelle Notwendigkeit. Allein die Tarifsteigerungen, die wir nun im Lehrerbereich voll, in anderen Feldern teilweise anerkannt haben, die 200 neuen Lehrer, die Stärkung der Steuerverwaltung, die Finanzierung des Sicherheitspakets sowie das Ausbildungsprogramm führen zu Mehrausgaben von 70 Millionen €. Die Pensionsausgaben werden um 13 Millionen € steigen. Die Ministerpräsidentin hat - wie Sie wissen - schon früh auf diese Problematik hingewiesen. Sie hat lange vergeblich um Mitstreiter für Reformen im Dienst-

und Tarifrecht geworben, die den Anstieg mittelfristig dämpfen werden. Die Entwicklung gibt ihr Recht. Sie bekommt allmählich Unterstützung von anderen. In der Tarifgemeinschaft der Länder werden wir weiter an der Modernisierung mitwirken.

Kürzungen bei den Personalkosten müssen sein. Die Landesregierung folgt dabei aber nicht dem Vorschlag des inzwischen dritten Hoffnungsträgers der Opposition, auf Massenentlassungen zurückzugreifen. Vielmehr suchen wir nach sozial verträglichen Lösungen. Mit einer **sozial gestaffelten Kürzung** von Urlaubs- und Weihnachtsgeld haben wir einen - zugegeben konjunkturpolitisch schwierigen - Weg gefunden, der bei den Beschäftigten verständlicherweise nicht für Freudensprünge sorgt. Bei meinen zahlreichen Gesprächen erlebe ich aber durchaus Verständnis dafür, dass man in dieser schwierigen Situation überschaubare finanzielle Einbußen akzeptieren muss. Ob man dies - wie in Hamburg - zeitlich begrenzen kann, ist offen. Ich wäre dafür, keine falschen Versprechungen zu machen.

Schleswig-Holstein hat als erstes Land diese soziale Staffelung vorgeschlagen. Andere Bundesländer - wie Bayern - folgen unserem Beispiel. Die von der SPD-Fraktion durchgesetzte Spreizung der Staffel wird wohl leider singulär bleiben, denn es ist richtig, diejenigen soweit wie möglich zu schonen, die weniger verdienen, und die mehr zu belasten, die es sich eher leisten können. Ich wäre überrascht, wenn die Union hier einmal Flagge gezeigt hätte. Stattdessen auch hier das alte Spiel: Immer dann, wenn es konkret wird, schlagen Sie sich in die Büsche. Um mit Ihren Worten zu sprechen: Sie sitzen sozusagen furchtsam in der Furche.

(Lachen bei der CDU)

Ob es Ihnen die verbeamteten Beschäftigten danken werden, wage ich zu bezweifeln, denn Ihr Herr Carstensen will die angestellten Kolleginnen und Kollegen vor die Tür setzen. Auch hier zeigt sich, warum Sie in der Opposition sind.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir bauen das Personal sozialverträglich ab und unterstützen den Prozess mit der Wiedereinführung der Altersteilzeit in den Bereichen, in denen Stellen wegfallen können. Budgets, die Aufhebung der Stellenpläne bei Staatskanzlei und Hochschulen und einfachere Möglichkeiten für Versetzungen über eine überarbeitete Modernisierungsvereinbarung werden weitere Rationalisierungspotenziale erschließen. Das Konzept zur Vermeidung von Frühpensionierungen sowie Änderungen bei der Beihilfe - insbesondere bei

(Minister Dr. Ralf Stegner)

Angestellten - werden weitere Kosteneinsparungen bei Pensions- und Beihilfekosten erbringen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ich will ja Herrn Dr. Garg nicht schaden, aber er drückt sich präziser aus als Sie! Mittelfristig wollen wir aber auch bundesweit Neuregelungen etwa bei der Gebührenordnung der Ärzte, denn wir sollten unsere Beschäftigten nicht dafür zur Kasse bitten, dass andere bei ihnen Kasse machen, nur weil sie öffentlich beschäftigte Patienten sind.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Land Schleswig-Holstein hat die **Struktur eines Dienstleistungsunternehmens** und deshalb zwangsläufig einen hohen Anteil an Personalausgaben. Das wird auch so bleiben. Es gibt keine fette Ministerialbürokratie mehr. Bei aller Notwendigkeit zur Verwaltungsreform, denn da bin ich schon katholisch: Die personalintensiven Bereiche Schule, Polizei, Justiz und Finanzverwaltung sind nicht überbesetzt. Auch im Bundesvergleich sehen wir übrigens nicht schlecht aus, auch wenn der freundliche Herr Carstensen die Zahlen vertüfelt hat. Er hat die Soldaten wohl dem Landespersonal zugerechnet. Auch mahnt er konkrete Reformvorhaben an, die längst beschlossen worden sind.

(Beifall bei der SPD)

Woher soll er das auch wissen? Der Chef ihrer Programmkommission kann es seinem Nachfolger vielleicht erklären.

Die Einsparungen in den geschilderten Bereichen sind die Voraussetzung dafür, unsere **Schwerpunkte** zu finanzieren. Diese orientieren sich an den Zukunftsperspektiven des Landes, an denen wir zu arbeiten haben. Gemeinsam mit der Bildungsministerin ist der Entschluss gefasst worden, dass im Haushalt 2004/2005 die **Ausgaben für Bildung**, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung deutlich ansteigen. Das haben sich einige vielleicht anders vorgestellt. In der heutigen Wissensgesellschaft sind Qualifikationen nicht nur eine Grundvoraussetzung, um den jungen Menschen Zukunftsperspektiven zu eröffnen, sondern auch ein entscheidender ökonomischer Standortfaktor. Ausgaben für Bildung sind Investitionen in die Zukunft. In 2004 stellen wir 200 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer ein. Das kostet fast 8 Millionen € zusätzlich. Mit der vor zwei Wochen vorgestellten Initiative „Jede Stunde zählt“ werden wir mit 4 Millionen € in diesem Jahr und gut 12 Milliarden € in 2004 und 2005 den Unterrichtsausfall wirkungsvoll

bekämpfen. Herr Kalinka, durch eine systematische Erhebung werden Sie dies sogar in Plön überprüfen können.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem 2003 begonnenen Sofortprogramm für mehr Ausbildung und Qualifizierung werden wir innerhalb von drei Jahren 6.500 zusätzliche Plätze aktivieren. Schleswig-Holstein hat dazu bereits in diesem Jahr 3,3 Millionen € zur Verfügung gestellt. Die Landesregierung beteiligt sich aktiv an der Lösung der Lehrstellenkrise, indem wir 60 junge Menschen mehr ausbilden und damit unter anderem die Steuerverwaltung personell verstärken. Dies tun wir trotz der Haushaltsprobleme, um ein gutes Beispiel zu geben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in einem Hochschulpakt sichern wir den **Hochschulen** die Tarifsteigerung zu und stärken, wie von Professor Erichsen gefordert und anderswo nicht realisiert, mit einem Innovationsfonds in Höhe von 5 Millionen € die Forschungsaktivitäten im Land, bei denen wir Exzellenz belohnen und die Bereiche besonders unterstützen, bei denen wir in der Bundesliga sozusagen mitspielen können. Unverzichtbare Bedingung für die Anstrengung des Landes bleibt die Bereitschaft der Hochschulen, die vorgeschlagenen strukturellen Änderungen umzusetzen.

Von besonderer finanzpolitischer Bedeutung ist auch, dass der **Reformkurs beim Universitätsklinikum** Schleswig-Holstein durch den neuen Vorstand fortgeführt wird, da sonst unabschätzbare Haushaltsrisiken für das Land drohen. Dafür, dass bereits in diesem Jahr Millionendefizite abgebaut wurden, gebührt dem Übergangsvorsitzenden Günther Jansen unser Dank, der mit seiner unentgeltlichen Herkulesarbeit ein Paradebeispiel von hoher Kompetenz und gemeinwohlorientierter Gesinnung bewiesen hat.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in einer derartigen wirtschaftlichen Schwächephase mit anhaltend viel zu hohen Arbeitslosenzahlen ist das wirtschaftliche Ungleichgewicht keine Glaubensfrage, sondern ein deutlicher Auftrag, etwas dagegen zu tun, das heißt Wachstum und Beschäftigung zu stärken. Mit dem **Investitionsprogramm** werden wir zum Beispiel schnell und unbürokratisch beschäftigungs- und strukturwirksame Investitionen beschleunigen oder neu auf den Weg bringen. Die zusätzliche öffentliche Nachfrage dient dem lokalen Handwerk und

(Minister Dr. Ralf Stegner)

den Betrieben vor Ort. Mit 100 Millionen € über drei Jahre - über die Details wird Sie der federführende Kollege Dr. Rohwer zeitnah unterrichten - werden wir ein Vielfaches an Gesamtinvestitionen auslösen, die heimische Wirtschaft stärken, Arbeitsplätze sichern, neue schaffen und die Infrastruktur für Bildung und Forschung verbessern. Dies alles wird ohne komplizierte Vergabeverfahren geschehen, ohne etwa nach Zuständigkeiten zu fragen. Nein, meine Damen und Herren, wir betreiben keine neue Werftenpolitik, auch wenn die Opposition den Strukturwandel immer per Dauersubvention aufhalten will. Ja, wir sichern mit diesem Investitionsprogramm direkt auch kurzfristig Arbeitsplätze im Schiffbau. Wir sollten uns alle über die positiven Signale bei HDW freuen.

(Beifall bei der SPD)

Das Land hat sich hier seiner Verantwortung übrigens nie entzogen.

Meine Damen und Herren, das Geschehen im Irak erinnert nicht nur an die global vorhandene Gefahr von Terroranschlägen, sondern führt auch die Bedeutung der **inneren Sicherheit**, die ja eine objektive und eine subjektive Seite hat, anschaulich vor Augen. Zwar kann die Regierung weder das Justiz- noch das Innenministerium von Einsparverpflichtungen ausnehmen, wohl aber dafür sorgen, dass der erreichte hohe Standard gehalten und an bestimmten Stellen sogar ausgebaut werden kann. Ich bin froh, dass Schleswig-Holstein - das zeigt sich auch im Haushalt - dem Ideal eines liberalen Rechtsstaates verpflichtet ist und bleibt, zumal man sieht, wo man mit der Hau-drauf-und-sperr-weg-Ideologie landen kann. Die Schill-Partei ist schon ein famoser Koalitionspartner für die CDU in Hamburg. Das werden die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein zu bewerten wissen.

(Zuruf von der CDU: Und wie ist es mit der PDS in Mecklenburg-Vorpommern?)

Wir haben für die Polizei und die Justiz einen großen Teil der Tarifierhöhungen finanziert. Dies verpflichtet in hohem Maße dazu, mit strukturellen Verbesserungen und dem Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnik Effizienzgewinne zu erwirtschaften, die dem Gesamthaushalt und dem Haushalt der beiden Ministerien zugute kommen werden. Davon sollen eben auch die Polizeibeamten in den unteren Gehaltsgruppen profitieren. Die Potenziale der Polizeireform³ werden bei der Nachschiebeliste sichtbar werden. Der Kollege Buß und ich sind in dieser Hinsicht durchaus einer Meinung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer bei Strukturreformen wegen Scheuklappen nicht über die

Elbe sehen kann, vergibt leichtfertig Chancen, Leistungen besser und günstiger zu erbringen. Deswegen kooperiert Schleswig-Holstein mit Hamburg, um über Fusionen und Kooperationen Effizienzpotenziale zu erschließen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Mit dem Schill-Senat! Unglaublich!)

Wichtig ist insbesondere aber auch die **Neuorganisation der Verwaltungsebenen** im Lande. Nach der Maßgabe, dass die Leistungen bürgernah, wirtschaftlich und professionell erbracht werden müssen, sind wir in umfassende Verhandlungen mit den Kommunen eingetreten. Trotz der neuen politischen Mehrheitsverhältnisse haben die Kommunen auf unser Angebot bisher überwiegend positiv reagiert und ich hoffe, dass es dabei bleibt, dass nun konstruktiv an den konkreten Vorhaben mitgearbeitet wird und keine Blockadepolitik - von der an der einen oder anderen Stelle in CDU-Parteigremien gemunkelt wird - Platz greift.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Die Regierung jedenfalls wird Ihnen keinen Vorwand liefern, indem sie etwa mangelnden Mut beweist. Gemeinsam mit dem Innenminister und der Chefin der Staatskanzlei hat das Finanzministerium ein hohes Interesse an einer zügigen Umstrukturierung. Bei den gemeinsamen Neuregelungen - auch dies will ich sagen - geht es nicht etwa um eine Machtbeschnidung des grünen Koalitionspartners oder des Umweltministers im Besonderen. Er wird Ihnen nicht den Gefallen tun, hier den Buhmann zu spielen. Wir werden vielmehr in allen Ministerien Aufgaben abgeben und Strukturen verschlanken müssen. Es wird keine Aufgabenabgabe um der Aufgabenabgabe willen geben, sondern es wird immer sinnvoll, professionell und effizient gehandelt werden. Wir werden dann schauen, was die Kommunen tun.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Verhandlungen über die Überführung des Landeszuschusses für **Kindergartenplätze** auf die Kommunen - bei diesem Thema würde ich an Ihrer Stelle jetzt ganz still sein, Herr Kalinka; ich wiederhole: 1988 700.000 €, heute 60 Millionen € - gehen allen Unkenrufen zum Trotz zügig voran. Die im Kita-Gesetz festgelegten Standards, die zunächst für zwei Jahre durch das Haushaltsgesetz aufgehoben werden sollen, werden durch eine Rahmenvereinbarung ersetzt, auf die in der parlamentarischen Beratung des Haushaltsgesetzes, Frau Kollegin Heinold, noch verwiesen

(Minister Dr. Ralf Stegner)

werden muss. Das ist eine Vereinbarung, die den Kommunen im Übrigen mehr Flexibilität gibt, ohne die Qualität der Betreuung zu gefährden. Wir sind hierbei mit den Kommunen nach allem, was ich weiß, einer Meinung und auch die Einbeziehung der Wohlfahrtsverbände ist auf einem guten Weg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so wie ich für das Land eine auskömmliche Ausstattung mit finanziellen Mitteln einfordere, so müssen auch die Kommunen auskömmlich ausgestattet werden. Obwohl die **Kommunen** nach wie vor reicher sind als das Land, wird sich das Land nicht auf Kosten der Kommunen sanieren. Umgekehrt geht es aber auch nicht. Eine Politik nach dem Motto: Der eine - der Bund - verspricht den anderen - den Kommunen - Entlastung und die Dritten - die Länder - sollen dies bezahlen, wird die Landesregierung nicht mitmachen, auch wenn der Vorschlag von der rot-grünen Bundesregierung kommt.

(Beifall bei SPD und SSW)

Das mit der Parteitaktik kann man durchaus anders machen als Sie, Herr Schlie. Konkret bedeutet dies: Wir beenden wie vereinbart den Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich, der angesichts der im Vergleich damals etwas besseren Kassenlage der Kommunen leider notwendig war. Das heißt, wir stehen fest an der Seite der Kommunen für dauerhaft stabile Einnahmen.

(Lachen bei der CDU)

Wir unterstützen das Kommunalmodell zur **Reform der Gewerbesteuer**. Wir werden nachher noch darüber reden. Ich freue mich, dass wir Ihre schönen Anträge haben. Dabei wird nämlich deutlich werden, dass die FDP eine kommunalfeindliche Position vertritt und dass Sie im Gegensatz zu uns zerstritten sind.

(Beifall bei der SPD)

Genauso wie die wirtschaftliche Erholung erst später eintreten wird, werden auch die Maßnahmen der Landesregierung ihre volle Kostenwirkung erst 2005 entfalten. Deswegen sind zur Deckung des Haushaltes 2004 einmalige Einnahmen von rund 365 Millionen € notwendig. Diese resultieren aus der Haftkapitalvergütung für die Landesbank und den Erlösen aus dem **Verkauf von LEG-Anteilen** und von NordwestLotto. Ich kann nachvollziehen, dass besonders der Verkauf der LEG-Anteile größeren Teilen des Parlaments Sorge bereitet. Ich meine damit nicht diejenigen auf den rechten Seite, die sich ständig in Kraftmeiereien ergehen und sagen, sie würden mehr Geld erzielen. Nein, ich meine diejenigen auf der linken Seite, die sich um die betroffenen Mieterinnen

und Mieter und um die Aufgaben der Landesentwicklung sorgen. Der Respekt vor dem Beratungsbedarf des Parlaments gebietet es, dass wir auf eine schnelle Beschlussfassung im August verzichten, sondern sorgfältig beraten und die Fragen, die zum Beispiel Frau Kähler gestellt hat, sorgfältig beantworten und alle Sorgen ausräumen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Auf einmal!)

Was Lotteriegesezt und Haftkapitalvergütung angeht, so werden wir das, was wir wollen, in diesem Jahr nicht mehr realisieren können. Ich gebe gerne zu, dass uns das 2004 helfen wird. Das wird dann sozusagen die letzte Marge sein. Wir werden trotzdem einen verfassungsgemäßen Haushalt haben, jedenfalls bis zum Vorziehen der Steuerreform, die in 14 von 16 Ländern dazu führen wird, dass man keine Haushalte mehr haben wird, bei denen die Kredite kleiner sind als die Investitionen.

Meine Damen und Herren, es wäre wesentlich einfacher gewesen, hier zu sagen: Der Staat ist pleite; Sie wissen das, ich weiß das; wir können wenig tun. - Ich bin mir sicher, dass wir gleich eine Rede mit einem solchen Tenor hören werden, vielleicht noch mit dem Zusatz, wenn Sie auf der Regierungsbank säßen, wäre es besser. Das werden Sie sicherlich dann auch sagen. Natürlich werden Sie dann auch Vorschläge machen. Ihren Vorschlägen fehlte in der Vergangenheit aber immer ein klitzekleines Detail, nämlich eine seriöse Gegenfinanzierung. So ist das mit Ihren Vorschlägen.

(Beifall bei der SPD - Dr. Heiner Garg [FDP]: Sagen Sie doch einmal, was Sie machen würden!)

Es bleibt dabei: Wir haben eine gesamtwirtschaftliche Verantwortung. Wir müssen antizyklische Stabilisatoren wirken lassen. Wir dürfen die öffentliche Nachfrage nicht auf null setzen. Deswegen dürfen wir den Kommunen auch nicht ihre Möglichkeiten entziehen. Natürlich kommt es besonders auf Investitionen an. Wir müssen in den Schwerpunktbereichen in der Lage sein, Investitionen vorzunehmen, und wir müssen gleichzeitig anderswo Leistungen abbauen. Bürokratieabbau und Steuervereinfachung müssen auch im überregulierten, überbürokratisierten und verrechtlichten Deutschland möglich sein. Das müssen wir schaffen. Genauso müssen wir Subventionen abbauen und Steuerbetrug verhindern.

All das hat Dimensionen, die der Größenordnung der Steuerreform entsprechen. Ich glaube, wir brauchen auch mehr Standfestigkeit gegenüber den allzu mächtigen oder auch nur allzu lautstarken Lobbyinteressen, eine Standfestigkeit, die für meinen Geschmack, auch

(Minister Dr. Ralf Stegner)

wenn ich etwa an die Gesundheitspolitik denke, in Berlin ebenfalls ausgeprägter sein könnte.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir können die Stagnation nur beenden, indem wir Sozialreformen vorantreiben und in einem vernünftigen Gesamtkonzept trotz aller Haushaltsbedenken mit dem Vorziehen der Steuerreform stimulierende Impulse setzen. Wir werden den Bund in dieser Frage also unterstützen, und zwar auf kritische Weise. Wir werden dafür sorgen, dass die Dinge in diesem Land nicht konterkariert werden.

Natürlich müssen wir in diesem Jahr die konjunkturrell bedingten Mehrausgaben und Mindereinnahmen in einem **Nachtragshaushalt** ausgleichen. Ich stelle mich auf die Prügel von Ihnen auf der rechten Seite des Hauses im Dezember ein. Ich sage Ihnen, wie es viele Kollegen in anderen Ländern auch tun, aber zugleich: Das ist alternativlos. Wir werden das tun müssen. Wir werden auf diese Weise dem wirtschaftlichen Ungleichgewicht entgegenarbeiten, statt eine konjunkturpolitische Vollbremsung vorzunehmen und den zarten Aufschwung abzuwürgen. Deswegen steigen die Ausgaben 2004 stärker als 2005, wenn der Aufschwung robuster sein dürfte. 2006 soll das Investitionsprogramm dann nicht mehr mit Krediten finanziert werden müssen. Übrigens hat Herr Stoltenberg, auf den Sie sich immer so gerne berufen, seine Investitionen in den 70er-Jahren ständig auf Rekordhöhe mit Krediten finanziert. 1979 betrug die Kreditfinanzierungsquote 16,4 %, heute beträgt sie 7,4 %. Auf so unsolide Weise könnten wir unsere Investitionsquote allerdings auch steigern. Das tun wir aber nicht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern ist der **kurzfristige Anstieg der Nettoneuverschuldung** notwendig. Er entspringt der Einsicht in die ökonomischen Notwendigkeiten. Der Abbau der Staatsverschuldung muss dennoch konsequent weiter betrieben werden. Wir haben keine kurze Gewitterwolke, hinter der ein klarer Himmel wartet. Kurzfristiges, hektisches Sparen am falschen Platz würde das genaue Gegenteil von dem bewirken, was wir können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Miesmacherei hilft nicht weiter. Ich wiederhole: Weite Teile der Welt würden sich unsere Probleme wünschen. Unsere Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns, dass wir nicht jammern oder uns gegenseitig beschimpfen,

(Zurufe von der CDU: Was machen Sie denn die ganze Zeit!)

sondern mit kurz-, mittel- und langfristigen Strategien und Maßnahmen an der Lösung der Probleme arbeiten und dabei klar und deutlich sagen, wohin die Reise geht. Wir dürfen nichts Unmögliches versprechen außer einen schweren Weg, der von allen etwas fordert.

Die ersten Reaktionen auf unseren Regierungsentwurf - Herr Abgeordneter Kayenburg, das war nicht sehr vornehm, was Sie dazu gesagt haben -

(Zurufe von der CDU)

zeigen, dass die Opposition ein Besorgnis erregendes statisches Weltverständnis hat, das selbst durch Rückgriff auf Ihre konservative Grundhaltung nicht erklärt werden kann. Sie haben doch früher immer Rot-Grün Wachstumsfeindlichkeit vorgehalten. Nun stehen Sie selbst in dieser Ecke. Sie tun so, als ob alles so bleibt, wie es ist.

Herr Abgeordneter Neugebauer, ich sehe die kommenden Beratungen zwischen Bund und Ländern gewiss nicht durch die rosarote Brille; aber so viel Miesmacherei und Neinsagerei traue nicht einmal ich der Union zu, dass sie tatsächlich jeden Fortschritt im Bundesrat verhindert. Allein bei einer solchen Annahme, dass Sie das tun, Herr Kayenburg, würden die globalen Minderausgaben und Mehreinnahmen für 2005 tatsächlich zu einer katastrophalen Deckungslücke führen und nur dann ergäbe Ihre Kritik Sinn. Ich sage Ihnen aber auch: Wenn Sie das tun, freue ich mich richtig auf die Landtagswahl, denn dann können wir gar nicht verlieren. Die Bürger werden es nämlich nicht akzeptieren, dass Sie so mauern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

Mit der Kombination von verbesserten bundes- und landesweiten Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung, mit harten Einschnitten in öffentliche Leistungen, mit einer Effizienzoffensive bei den Verwaltungsstrukturen, mit einer erheblichen Portion mehr Flexibilität im Haushalt, die das Ressortprinzip achtet und nicht so tut, als wisse der Finanzminister alles besser, mit all dem werden wir die Weichenstellungen in diesem Haushalt vornehmen. Es ist ein Entwurf mit eigenem Profil, mit deutlichen Schwerpunkten bei Bildung, Arbeitsplätzen und innerer Sicherheit, ein Entwurf, in dem wir uns unserer sozialen und ökologischen Verantwortung stellen und das Gemeinwohl im Auge haben, was immer mehr sein muss als die Addition von Einzelinteressen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass wir in den kommenden

(Minister Dr. Ralf Stegner)

Jahren handlungsfähig bleiben. Wir investieren in die Zukunft, wir modernisieren unsere Strukturen, wir verändern, was verändert werden muss, und wir unterstützen diejenigen, die Hilfe brauchen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte vor allem meine eigene Fraktion um Unterstützung bitten für den schwierigen Weg, der noch vor uns liegt. Es erfordert Mut, vor den Wahlen bei den Förderprogrammen und beim Personal zu kürzen. Es erfordert Mut, vor den Wahlen die Anteile an der LEG zu verkaufen. Dies alles ist nur tragbar mit einer starken sozialen Komponente und mit regionalem Ausgleich. Dennoch werden auch die Schwachen betroffen werden und es wird schmerzhaft regionale Einschnitte geben, da wir kein Geld für teure Kompensationsprogramme haben. Wir sollten nicht mitmachen bei der Wählertäuschung, vor der Wahl Dinge zu versprechen, die wir nicht halten können, und wir sollten nicht glauben, die Wähler seien dümmer, als sie in Wirklichkeit sind.

Herr Abgeordneter Hentschel, ich weiß, dass auch der grüne Koalitionspartner insbesondere für den Kita-Bereich Mut und Vertrauen braucht; ich bin zuversichtlich, dass Sie ihn aufbringen werden.

Insgesamt wird die rot-grüne Mehrheit beweisen, dass die rechte Seite dieses Hauses, die ohne eigene Konzepte und Anstrengungen an die Regierung kommen will - die Spargelsaison ist lange vorbei -, vergeblich auf die Erosion dieser parlamentarischen Mehrheit setzt.

Frau Abgeordnete Spoorendonk, auch wenn der Finanzminister geschwankt hat, so hat die Landesregierung doch einhellig beschlossen, die Minderheiten trotz der schwierigen Haushaltslage von den Kürzungen auszunehmen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und SSW)

Da der SSW in der Regel - anders als andere in diesem Hause - realitätsnäher ist und keine Quadratur des Kreises verlangt, setze ich darauf, dass dieser schwierige Haushaltsentwurf auch Ihre Unterstützung finden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun schlägt die Stunde des Parlaments. Gerade bei diesem Doppelhaushalt, gerade bei den vielfältigen Gesetzespaketen mit Finanzwirkung ist bis zur Beratung im Dezember vieles zu gestalten, zu konkretisieren, zu verhandeln. Insofern ist es richtig albern zu sagen, das halte keine paar Wochen. Natürlich ist jetzt die Stunde des Parlaments. Oder haben Sie Ihre Verantwortung abgegeben? Man muss doch darüber reden und

Vorschläge machen! Vielleicht machen Sie ja sogar welche.

Ich sage an die Adresse der Opposition ausdrücklich: Sinnvollen Vorschlägen werden wir uns nicht verweigern. Das setzt aber eine konstruktive Haltung und Seriosität voraus. Herr Kayenburg, solche Vorschläge werden Sie aber nur zustande bringen können, wenn Sie unter Ihren drei Unteroppositionsführern Einigkeit erreichen und sich nicht in Ihren montäglichen gräflichen Detektivspielen verschleißen, die mit den Problemen des Landes nun wirklich gar nichts zu tun haben.

Zusammenspiele wie die der Herren Steinbrück und Koch oder von Heide Simonis und Ole von Beust zeigen, was parteiübergreifend durchaus möglich ist. Ein früherer Bundesminister hat einmal gesagt: Wer Harmonie wünscht, soll in einen Gesangsverein eintreten und nicht in die Politik gehen.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Sie wissen doch gar nicht, wie man „Harmonie“ schreibt!)

Sie wissen, dass ich das durchaus beherzige, aber lassen Sie uns fair und engagiert in der Sache streiten, lassen Sie uns vor allem um unterschiedliche finanz- und haushaltspolitische Konzepte wetteifern! Behaupten Sie nicht, wir hätten kein Konzept, sondern nennen Sie Ihres, wenn Sie denn ein besseres haben, was ich bezweifle! Entscheiden darüber werden die Bürger.

Mit dem Entwurf des Doppelhaushalts 2004/2005 stellt sich die Landesregierung ihrer Verantwortung mit einem klaren Kurs, mit harter Arbeit in Schleswig-Holstein, mit einer selbstbewussten Interessenvertretung gegenüber Berlin und mit einer Ministerpräsidentin, der die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner vertrauen. Die einen dürfen, die anderen müssen mit uns rechnen.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor ich die Grundsatzberatung eröffne, habe ich Gäste zu begrüßen. Auf der Tribüne haben Platz genommen die ehemaligen Abgeordneten Johna, Dr. Hinz und Dr. Wiebe. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich eröffne jetzt die Grundsatzberatung und erteile dem Oppositionsführer, Herrn Abgeordneten Kayenburg, das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Stegner, mit großer Aufmerksamkeit haben wir Ihre Rede verfolgt. Das Urteil: kein tragfähiges Fundament, eine ganze Menge PR-Strategie, wenig konkrete Zahlen und natürlich Durchhalteparolen für den grünen Koalitionspartner - wie schon der Entwurf 2005 hingehauen, aber nicht fundiert.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Sassen [CDU])

Allerdings an einer Stelle auch bemerkenswert: Sie haben endlich anerkannt, dass die Opposition gute Vorschläge macht,

(Widerspruch bei der SPD)

Vorschläge, die Sie früher verspottet, in die Schublade gesteckt und dann irgendwann aus irgendeinem der vielen Hüte von Frau Simonis als eigene Kreation hervorgezaubert haben. Danke für die Blumen, Herr Stegner!

Ich finde Ihre Selbsterkenntnis enorm, dass Sie Strukturereformen verschlafen haben. Bitter ist nur, dass Sie sich im Kreise derjenigen wohl fühlen, die genau wie Sie keine Ergebnisse erzielt haben. Es ist deutlich geworden, was Sie wirklich vorhaben: Sie haben den Wahlkampf 2005 eingeläutet, das ist Ihr ganzes Ansinnen.

Der von der Landesregierung schon lange als großes Reformwerk angekündigte Doppelhaushalt 2004/2005 entpuppt sich bei näherem Hinsehen allerdings eher als ein Seifenblasenhaushalt, der das Schicksal aller Seifenblasen teilt: Sie platzen, kaum dass sie bunt und schillernd, aber inhaltsleer herausgepusht wurden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der Haushaltsentwurf wird doch inzwischen von allen, die etwas davon verstehen - selbst von der Ministerialbürokratie -, als unseriös angesehen. Herr Finanzminister, Sie selbst haben doch in Ihrer Pressekonferenz angekündigt, dass mit der Nachschiebeliste noch erhebliche Korrekturen erforderlich seien. So eine Halbwertzeit für einen Haushalt hat bisher keiner Ihrer Vorgänger hingelegt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Frau Simonis, was haben Sie sich eigentlich dabei gedacht, so wenig belastbare und kaum durchdachte Zahlen vorzulegen? Ich halte das für eine unglaubliche Missachtung des Parlaments, uns einen solchen Haushaltsentwurf zuzumuten oder - um es deutlich zu sagen - einen solchen Entwurf hinzuhauen.

Frau Simonis, der Entwurf 2004/2005 beweist, dass Doppelhaushalte keine Wunderwaffe gegen Ihre verfehlte Finanzpolitik sein können. Es ist ein Entwurf von ungesicherten Annahmen, Fehleinschätzungen und vielen Unbekannten. Die größte Fehleinschätzung - das wissen Sie genau - sind dabei die von Ihnen angenommenen Steuereinnahmen. Mit einer Steigerung von 2,4 % im Jahr 2004 und gar 3,8 % im Jahr 2005 sollen jeweils über 5 Milliarden € als höchste Einnahmen in der Geschichte des Landes erzielt werden.

Dabei gehen Sie aber von **Wachstumsraten** aus, die völlig überzogen sind. Das ist keine Miesmacherei der Opposition, Herr Minister, sondern das ist die Erkenntnis der Institute, die für 2003 längst von einer Rezession reden, bestenfalls von einer Stagnation ausgehen, und Sie rechnen immer noch mit $\frac{3}{4}$ % Wachstum. Für 2004 legen Sie sogar eine Wachstumserwartung von 2 % zugrunde. Die aktuellen Prognosen der wirtschaftswissenschaftlichen Institute belegen Ihre völlig unrealistische Erwartung und damit auch die Risiken für den Haushalt. Denn wenn das Wachstum beispielsweise nur um ein $\frac{1}{2}$ % niedriger ausfiele, würden Ihnen glattweg 100 Millionen € fehlen. Dieses Geld würde Ihnen am Ende des Haushaltsjahres bitter, bitter fehlen.

Sie täuschen also die Öffentlichkeit bewusst und planen schon jetzt erneut die Lüge von den Steuereintrüben.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Im „Handelsblatt“ steht groß die Überschrift: Der Aufschwung kommt!)

- Ach, erzählen Sie doch nicht so einen Blödsinn, Herr Matthiessen! Der Aufschwung ist noch lange nicht da. Wir würden uns freuen, wenn er käme.

Richtig ist doch - damit müssen wir uns auseinander setzen -, dass dieses Land Jahr für Jahr bis auf ein Jahr immer mehr Steuereinnahmen gehabt hat und Sie gleichwohl die Verschuldung immer mehr in die Höhe getrieben haben. Das ist doch das Problem.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Kayenburg, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Hentschel?

Martin Kayenburg [CDU]:

Ich halte das während einer Rede zum Haushalt für ungewöhnlich. Ich gestatte keine Zwischenfrage, Herr Präsident.

(Martin Kayenburg)

Wie Sie das **Vorziehen der Steuerreform** auf 2004 und damit den erwarteten Einnahmeausfall von 210 Millionen € bewältigen wollen, wissen Sie offenbar überhaupt noch nicht. Dabei kann das doch nicht wie ein Gewitter über Sie gekommen sein. Denn dass diese Stufe 2005 kommen sollte, ist Ihnen doch seit langem bekannt. Und wo sind denn eigentlich Ihre Vorsorgemaßnahmen? Wo sind Ihre Berechnungen? Wo sind die konkreten Zahlen?

(Beifall bei CDU und FDP)

Wie immer: Diese Regierung bleibt untätig, weil sie keine Zahlen hat.

Ganz nebenbei bemerkt: Sie haben auch für 2004 globale Mindereinnahmen von 88 Millionen €, für die Sie keine Deckung haben.

Herr Minister, ich denke, das sind nicht alle Haushaltsrisiken und nicht alle Tricks, mit denen Sie uns diesen Haushaltsentwurf verbrämt haben. Schauen Sie doch einmal in die Unterlagen hinein. Was ist denn eigentlich mit den Einnahmen aus der **LEG**? Die haben Sie 2003 drin. 2004 halten Sie sie uns wieder vor. Es kommt zu einer Verschuldung in diesem Jahr und damit zu einer neuen Deckung im nächsten Jahr.

Was ist mit NordwestLotto? Was ist mit der Nachzahlung der Inanspruchnahme der Zweckrücklagen aus der I-Bank? In diesem Jahr sind es 100 Millionen €. Sie sagen, dass Sie die nicht kriegen. Dafür schreiben Sie im nächsten Jahr 200 Millionen € hinein. Das nenne ich in höchstem Maße unseriös.

(Beifall bei CDU und FDP)

In der Reihe der Merkwürdigkeiten dieses Landeshaushalts wird es bei der Schätzung von Steuermehreinnahmen von 50 Millionen € im Zusammenhang mit einem Gesetz ganz spannend, das es überhaupt noch nicht gibt. Es ist das Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit. Das ist ein Hasardspiel schlimmsten Umfangs, Herr Minister.

(Beifall bei CDU und FDP)

Eben haben Sie kritisiert, dass wir uns über den Entwurf des Haushalts 2005 aufgeregt haben. Es lohnt wirklich nicht, sich damit auseinander zu setzen. Aber es ist doch keine Miesmacherei, wenn wir das Wachstum noch nicht sehen. Die Prognosen kommen ja von den Instituten.

Wenn Sie in dem Entwurf Minderausgaben und Mehreinnahmen von über 400 Millionen € haben und insgesamt neue Schulden von 550 Millionen € in dem einen Jahr planen, dann haben Sie ein **strukturelles Defizit**, das eine Größenordnung von sage und

schreibe 1 Milliarde € erreicht. Herr Minister, das ist nicht der Reformansatz eines Doppelhaushalts, sondern das dokumentierte Unvermögen der Landesregierung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir sind jedenfalls nicht bereit, uns mit derartigen Phantasiezahlen auseinander zu setzen; das lohnt wirklich nicht. Für einen derart unprofessionellen, unseriösen und realitätsfernen Entwurf gibt es in meinen Augen nur eine einzige Erklärung: Sie wissen genau, dass Sie 2005 nicht mehr im Amt sein werden, und schieben die Verantwortung für die Probleme in die Zukunft.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das, Herr Minister, ist unverantwortlich gegenüber dem Land und den Bürgern.

Was Sie für 2005 abgeliefert haben, ist bei ganz wohlwollender Beurteilung allenfalls, aber wirklich allenfalls, als mittelfristige Finanzplanung brauchbar. Ein Haushaltsentwurf ist das nicht.

Das ist für Sie ja nicht neu. Nehmen Sie doch das laufende Jahr! Da sind die Zahlen genauso unrealistisch. Aber Sie warten tatenlos, weil Sie am Jahresende die **Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts** erklären wollen und dann erneut vor einem Verfassungsbruch nicht zurückschrecken werden, wie es auch 2002 gemacht wurde.

Dem werden wir nicht tatenlos zusehen. Wir werden Ihnen den Weg verbauen, damit nicht nach demselben Strickmuster 2004 erneut ein Verfassungsverstoß begangen wird. Sie wissen doch genau: Die Landesverfassung und die Landeshaushaltsordnung schreiben Ihnen vor, dass die Mittel, die Sie aufgrund der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts aufnehmen können, nur zur Behebung der Störung eingesetzt werden dürfen, aber nicht, wie Sie es vorhaben, für Personal- und Sachausgaben. Dies ist Verfassungsverstoß.

(Beifall bei CDU und FDP)

Diesen Verfassungsbruch werden wir nicht mitmachen.

Seien Sie doch einmal ehrlich, Frau Ministerpräsidentin: Sie haben diesen Doppelhaushalt doch nur aufgelegt, weil Sie Angst vor der Bilanz des nächsten Jahres haben, weil Sie Angst vor der Haushaltsdebatte im Herbst vor der Landtagswahl haben. Deswegen werden wir heute Ihr Versagen schon einmal markieren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich will dies nur in wenigen Stichworten tun.

(Martin Kayenburg)

Wissen Sie eigentlich noch, wie viel Minister Sie entlassen haben und wie sehr die Haushaltskasse damit belastet ist? Ich denke, die Zahl ist etwa 20. Das bedeutet: Einige haben die Klamotten hinge-schmissen.

Wissen Sie, wie viel Staatssekretäre Sie in die Wüste geschickt haben? Wissen Sie noch, wie viel Prozesse Sie vor dem Bundesverfassungsgericht verloren haben? Ich will nur an einiges erinnern: Ausländerwahlrecht, Mitbestimmungsgesetz, Landesabfallgesetz, Liegenschaftsmodell, „Wiesen“-Steuer. Das ist die Bilanz Ihrer Regierungszeit.

Wie sieht es denn eigentlich mit der Verletzung von Grundrechten aus? Ich nenne beispielsweise die zeitweilige Stilllegung des Kraftwerks Krümmel. Ich denke an die Ausweisung von Wasserschutzgebieten oder gar an die Beförderung aufgrund von Frauenförderplänen.

Frau Ministerpräsidentin, Ihre Regierungszeit ist durchzogen von Niederlagen, Versagen und Urteilen, durch die Sie als nicht führungsfähig hingestellt werden.

(Beifall bei CDU - Zuruf von der SPD: Olle Kamellen!)

- Auch „olle Kamellen“ verlieren ihre Wahrheit nicht. Nur muss dies der Öffentlichkeit in die Erinnerung gerufen werden.

Auch auf anderen Politikfeldern sind kaum Leistungen dieser Regierung festzustellen. Das **Versagen der Regierung** ist so deutlich, wie es der Haushalt und die Finanzen des Landes ausweisen. Der von Ihnen vorgelegte Entwurf ist ein Spiegelbild dieses Versagens, ein Offenbarungseid des finanzpolitischen Desasters.

Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, werden natürlich sehr schnell dies auf die Weltkonjunktur von Grönland bis Neuseeland zurückführen. In der Not greift Simonis sogar den Genossen Schröder an. Das bringt zwar Schlagzeilen, aber keinen Erfolg. Vor allem hilft das nicht, unsere Landesprobleme zu lösen.

Es ist zwar richtig, Herr Stegner, dass wir alle in einem Boot sitzen und die Bürger von uns gemeinsame Anstrengungen zur Lösung unserer Probleme erwarten. Dennoch muss die Verantwortlichkeit immer wieder deutlich gemacht werden. Ich meine die Verantwortung für 15 Jahre verfehlte sozialdemokratische Politik in unserem Land.

(Beifall bei der CDU)

Genauso richtig ist es aber auch, dass die Regierung Lösungsvorschläge vorlegt, mit denen sich die Opposition auseinander setzt und diese - auch das sage ich hier - zum Wohle des Landes mitträgt, wenn die Vorschläge zielführend sind. Es ist aber billig, nach den Konzepten der Opposition zu rufen, wenn man als Regierung keine eigenen Konzepte hat

(Beifall bei CDU und FDP)

und vor Schulden nicht mehr weiter weiß.

Der Vorwurf, wir hätten keine Vorschläge gemacht, ist nicht richtig. Ich will Ihnen einmal erzählen, Herr Minister, was wir vorgeschlagen haben. Wo haben Sie denn eigentlich Personalkostenreduzierungen durchgeführt? Wann haben Sie weniger Staatssekretäre eingestellt, Frau Ministerpräsidentin? Wo ist die Reduzierung der Zahl der Minister bis auf einen? Was ist mit der Kürzung der Reisekosten? Wie sieht es mit der Senkung von Personalkosten im Verwaltungsbereich aus? Wo haben Sie die Gutachtenwut eingestellt? Haben Sie ein kostengünstigeres Gebäudemanagement bei 30 % mehr Personal eingeführt? Was haben Sie an Grundstücksverkäufen bei nicht notwendigem Vermögen vorgenommen? Wie sieht es mit der Zusammenarbeit mit Einrichtungen des Landes aus? Wie ist es mit der Privatisierung öffentlicher Aufgaben? Wie sieht es mit der Reduzierung von Kommissionen aus? Was ist mit der Kürzung der Besoldung bei Staatssekretären? Wo haben Sie den mittelfristigen Personalabbau verankert? Wo haben Sie eine Funktionalreform - ein totales Versagen der Staatskanzlei - durchgeführt? Wo ist die Sanierung des Landeshaushalts?

Wir haben konkrete Vorschläge gemacht. Passiert ist in diesem Lande aber wie immer nichts.

(Beifall bei der CDU)

Frau Simonis, man kann Ihnen sicher vieles sagen, aber eines bestimmt nicht: Sparkommissarin sind Sie nicht.

Wir haben einmal untersucht, wie viel Mittel Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen west- und norddeutschen Ländern für welche wichtigen Politikfelder ausgegeben hat. Ich muss sagen: Das Ergebnis hat uns nicht wirklich überrascht. Bei den Ausgaben für die so genannte politische Führung einschließlich der Regierungsöffentlichkeitsarbeit ist Schleswig-Holstein bei den Spitzenreitern zu finden, frei nach dem Motto: Wenn meine Politik schon nichts taugt, dann will ich sie wenigstens gut verkaufen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: So ist es!)

(Martin Kayenburg)

Spitzenreiter sind wir genauso bei den Ausgaben für den Natur- und Umweltschutz. Aber dafür stehen wir bei den Ausgaben für die Polizei im Ländervergleich an absolut letzter Stelle.

Bei den Ausgaben für Gericht- und Justizvollzugsanstalten, also für den Rechtsschutz, nehmen wir den letzten Platz aller westdeutschen Länder ein.

In der Förderung von Bildung und Wissenschaft sind nur Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Brandenburg noch schlechter als Schleswig-Holstein.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Immerhin Sie sind noch schlechter!)

Im Vergleich der Leistungen für die Grundschulen liegen wir auf dem vorletzten Platz,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Es gibt noch einen schlechter!)

bei den Gymnasien im unteren Drittel. Und wir sind noch einmal auf dem letzten Platz vertreten, nämlich bei den Einrichtungen für die Lehrerfortbildung.

Das ist die Bilanz Ihrer Regierung!

(Beifall bei CDU und FDP - Dr. Heiner Garg [FDP]: Sauber!)

Aber ich kann sie beruhigen. Es gibt auch sozialdemokratische Spitzenleistungen. Schleswig-Holstein hat nämlich Spitzenplätze: bei der Sozialhilfe, beim Wohngeld, beim Asylbewerberleistungsgesetz und beim Unterhaltsvorschussgesetz!

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Beim Fälschen von Bilanzen! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr innovativ!)

Da kann ich nur sagen: Herzlichen Glückwunsch, Frau Simonis!

Das sind die Leistungen dieser Landesregierung. Die sozialen Pflichtleistungen - das ist das eigentlich Schlimme - machen zugleich deutlich, wie es um Arbeitsmarkt, Einkommenssituation und Kaufkraft in Schleswig-Holstein bestellt ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Frau Simonis, da hilft ihr Schönreden überhaupt nichts!

Im Übrigen sind wir bei der Wirtschaftsförderung und bei der Verkehrsinfrastruktur auch nicht besser. So wird zum Beispiel - anders als Herr Stegner das eben gesagt hat - der von den Grünen hoch gelobte öffentliche Personennahverkehr von allen Flächenländern in Schleswig-Holstein am schlechtesten gefördert. Also: Auf allen wichtigen Politikfeldern hat die Re-

gierung Simonis unser schönes Land ans Ende gewirtschaftet.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Der Bürger fragt sich, Herr Neugebauer - Sie wissen das auch -, wofür denn in diesem Land das Geld wirklich ausgegeben wird. Die Antwort ist klar: Zinsen, Zinsen und nochmals Zinsen! Zinsen für einen gewaltigen Schuldenberg! Zinsen für einen Schuldenberg, den Sie immer noch weiter erhöhen wollen! Das ist unverantwortlich, Frau Simonis. So verbauen Sie Schleswig-Holstein die Zukunft!

(Beifall bei CDU und FDP)

Wie dramatisch die Situation wirklich ist, will ich Ihnen an nur einigen Zahlen deutlich machen. 2003 werden wir 19 Milliarden € Schulden haben. Im nächsten Jahr werden 600 Millionen € und im übernächsten Jahr ungefähr 550 Millionen € hinzukommen, so dass wir 2005 die 20-Milliarden-Schuldengrenze überschreiten. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Gleichzeitig werden wir 2003, 2004 und 2005 jeweils über 900 Millionen € an Zinsen zu zahlen haben. Und was geben Sie an Investitionen aus? - 815 Millionen € in 2004 und 778 Millionen € in 2005. Das heißt, die Zinsen sind höher als die Investitionen. Jeder, der etwas von Wirtschaft versteht, weiß, dass dies einen nachhaltigen Substanzverlust für dieses Land und unser Vermögen bedeutet.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Stegner, Sie haben Herrn Stoltenberg zitiert. Der hat das richtig gemacht. Der hat dieses Geld nämlich in Investitionen gesteckt. Da ist es vorwärts gegangen. Sie stecken dieses Geld in den Konsum.

(Zuruf von der CDU: Das ist das Problem!)

Deswegen geht es rückwärts. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Inzwischen ist es so weit, dass wir pro Kopf der Bevölkerung eine **Verschuldung** von 6.700 € haben. Auch damit gehören wir zu den Schuldenspitzenreitern unter den Flächenländern. Das ist unverantwortlich gegenüber den künftigen Generationen, die auch noch für unsere Rente aufkommen sollen. Das ist schlichtweg verantwortungslos. Das ist ein Über-die-Verhältnisse-Leben auf Kosten künftiger Generationen. Das ist unsozial.

(Martin Kayenburg)

Frau Ministerpräsidentin, ich sage Ihnen: Es gibt nichts Unsozialeres als einen hoch verschuldeten Haushalt.

(Beifall bei CDU)

Diese Verschuldungspolitik darf so nicht fortgesetzt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Ich weiß gar nicht, warum Sie sich aufregen, Herr Astrup. Frau Simonis hatte das 1996 doch längst richtig erkannt. Sie hat in ihrer Regierungserklärung damals nämlich festgestellt, dass wir nicht auf Kosten künftiger Generationen leben dürften. Auch unsere Kinder und Enkelkinder müssten noch Politik gestalten können. Dafür trügen wir die Verantwortung. - Natürlich! Aber wir müssen die Verantwortung auch wahrnehmen, Frau Simonis!

(Beifall bei CDU und FDP)

Dass Sie dazu zu schwach sind, zeigt doch die Skala der Veränderung hinsichtlich der **Nettoneuverschuldung**. Erst wollten sie die Nettoneuverschuldung auf 800 Millionen im Jahre 2000 zurückführen. Dann ging Ihnen das alles nicht schnell genug. 2010 sollten es 0 € werden. Dann sollten es sogar 2008 schon 0 € werden. Wo sind sie heute? - Wiederum bei einer Milliarde, aber mit einem kleinen Unterschied. Damals waren es DM heute sind es Euro. Da kann ich nur sagen: Übernehmen Sie doch endlich die Verantwortung für das, was Sie hier vollmundig versprochen haben!

Diese Verschuldungslage ist unverantwortbar. Die hohen Zinsen, die wir Jahr für Jahr aufzubringen haben, werden weiter steigen. Sie haben unser Land finanzwirtschaftlich bewegungsunfähig gemacht. Zu einer ernsthaften Anstrengung zur Haushaltskonsolidierung, zu einem ernsthaften Schuldenabbau, für erforderliche Einschnitte in soziale Leistungen und den Einstieg in strukturelle Veränderungen haben jedenfalls wir in Ihrem Haushaltsentwurf keine Erkenntnisse gewonnen. Wir werden die Konsolidierung des Haushalts bei unseren Anträgen zu einem ganz wesentlichen Entscheidungsparameter machen. Der Doppelhaushalt dokumentiert allerdings wieder einmal mehr die inzwischen doch auffällige Lähmung der Politik dieser Landesregierung, Frau Simonis.

Zu Ihren anderen Chefsachen! Was ist denn daraus geworden?

Was ist denn mit der Europapolitik? - Sie findet seit Gerd Walter nicht mehr statt.

Was ist mit dem Gesundheitstourismus? - Darum ist es ziemlich still geworden.

Was ist mit der lauthals angekündigten Verwaltungsstrukturreform? - Da ist Ihre Staatskanzlei glattweg gescheitert. Nun soll es zwar der neue Hoffnungsträger Stegner richten, aber sechs Wochen Harvard und schneidiges Auftreten ersetzen kein Konzept, Herr Minister.

(Beifall bei CDU und FDP)

Seit nunmehr 15 Jahren, seit der Denkfabrik von Björn Engholm, redet die SPD über die Modernisierung der Verwaltung, von einer Reform der Verwaltungsstrukturen. Was ist herausgekommen? - Wieder einmal nichts!

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Sie kommen doch über Machbarkeitsstudien überhaupt nicht hinaus.

(Ursula Kähler [SPD]: Stimmt doch gar nicht!)

Wo ist denn die durchgreifende **Reform der Landesverwaltung**? Wo sind denn Ihre Vorschläge zum tatsächlichen zweistufigen Verwaltungsaufbau? Wo sind denn die Vorschläge zur Reduzierung einer völlig aufgeblähten und sich selbst kontrollierenden Umweltbürokratie, die unser Land lähmt und Investitionen verhindert?

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Wir haben Konzepte und Lösungsansätze vorgeschlagen.

(Lachen bei der SPD)

Rund 1.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten allein in der staatlichen Umweltverwaltung. - Ich weiß, dass Sie das nicht hören mögen. Rechnen Sie noch die dazu, die im kommunalen Bereich tätig sind, dann sind wir bei 2.000 Menschen, die in der Umweltverwaltung arbeiten. Wissen Sie, wie viel Polizisten wir im Land haben? - Gerade einmal 8.000! Das ist die Relation.

Wo ist eigentlich der Vorrang des Menschen mit seinen Schutzbedürfnissen? Hier müssen Sie eingreifen und nicht bei dem Punkt, den Sie gerade genannt haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Minister, Sie reden vom Aufgeben von Aufga-

(Martin Kayenburg)

ben. Das haben wir lange gefordert. Nur, wo sind denn ihre Vorschläge für die Aufgabe von Aufgaben?

(Klaus Schlie [CDU]: So ist es!)

Sich hinzustellen und zu fordern, macht sich gut, aber konkrete Vorschläge haben Sie bis heute nicht gemacht. Wo ist denn Ihr Vorschlag zum Abbau der Vollversorgungsmentalität? Wo ist denn die konkrete Streichliste für viel zu viele bürokratische Vorschriften? Bisher liegt nichts auf dem Tisch. Wo ist denn der konkrete Vorschlag zur Aufgabenübertragung an Private oder Kommunen?

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Wo sind die Vorschläge zur Deregulierung und zur Standardfreigabe?

Wir müssen nach 15 Jahren SPD und 10 Jahren Simonis feststellen: Fehlanzeige, Versagen auf der ganzen Linie, stattdessen Griff in die Kassen der Kommunen!

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Minister, Sie wie auch Frau Simonis haben gesagt, bei der Gemeindefinanzreform wollten Sie dicht an der Seite der Kommunen stehen. Ich frage: Warum denn wohl? - Doch nur, um ihnen möglichst unauffällig in die Tasche zu greifen.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie nehmen 2004 doch schon wieder ganz ungeniert 38,3 Millionen € pauschal aus der Finanzausgleichsmasse, die den Kommunen bitter fehlen werden. Gleichzeitig - um nur ein Beispiel zu nennen - verlagern sie das Problem der **Kindertagesstätten** ebenfalls in den kommunalen Finanzausgleich.

(Lachen bei der SPD)

Sie wollen den Kommunen zwar 60 Millionen € geben, doch dann wollen sie das ganze deckeln. Das führt doch dazu, dass künftige Kostensteigerungen und die zu erwartenden Auseinandersetzungen mit den Trägern von den Kommunen zu tragen sind und nicht etwa von dieser Landesregierung.

(Beifall bei CDU - Zurufe von der SPD)

Sie lassen die Kommunen wieder einmal allein. Das ist Ihr Strickmuster.

Der Gipfel dieser Manipulation ist, dass die Kommunen aus diesen Mitteln auch noch die verlässliche Grundschule bezahlen sollen. Nicht mit uns!

(Zurufe von der SPD)

Schauen Sie einmal in Ihre eigene Presse hinein. Auch der Zugriff auf die Gewerbesteuerumlage im Jahre 2004 in Höhe von 154 Millionen € und im Jahre 2005 in Höhe von 164 Millionen € geht zulasten der Kommunen, denen das Wasser ohnehin schon bis zum Halse steht. Von einer **Gemeindefinanzreform** ist bei Ihnen doch schon längst nichts mehr übrig. Das Stück übrig gebliebene Reform der Gewerbesteuer weist keine zukunftsweisende Lösung auf.

Die Vorschläge von Finanzminister Eichel werden meines Erachtens das Gesetzgebungsverfahren nicht überstehen. Die geplante Ausweitung der Steuer auf Freiberufler ist für uns ein völlig unsinniger Ansatz. Diese macht mehr Arbeit bei den Betroffenen und bei den Finanzämtern, hat aber keinen finanzwirtschaftlichen Effekt. Auf dieses Thema wird gleich mein Kollege Lehnert noch im Einzelnen eingehen. Außer Ihrer Kritik an der Bundesregierung, Frau Simonis, habe ich von Ihnen keine ernst zu nehmenden Vorschläge zu einer grundlegenden Gemeindefinanzreform gehört. Sie richten Ihre Phantasie lieber auf die Frage, wie man an das Geld der Kommunen kommt. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

Aber auch auf weiteren Politikfeldern zeigen Sie keine Glanzleistungen. Die Ausgaben für **Bildungspolitik** sind, wie ich eingangs festgestellt habe, im Vergleich zu anderen Flächenländern dramatisch niedrig. Bei den Grundschulen liegt Schleswig-Holstein im Ranking sogar an der vorletzten Stelle. Deswegen habe ich in einem Interview der letzten Tage mit Freude gelesen, lieber Kollege Hay, dass die Landesregierung jetzt feste Schulzeiten einführen will. Wenn ich mich recht erinnere, gab es das schon vor 100 Jahren. Aber die Zusage, dass überhaupt Unterricht stattfindet, ist wahrscheinlich bei Ihnen schon Bildungsreform. Ich schlage vor, die Öffnungszeiten der Schule an die Schultüren zu nageln.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Vielleicht, Herr Nabel, können Sie ja dann auch so etwas wie ein Schulschlussgesetz auflegen. Ich jedenfalls kann in diesen Vorschlägen keine Reform erkennen, sondern nur das völlige Versagen in der Bildungspolitik.

(Günter Neugebauer [SPD]: Wir warten seit 20 Minuten auf Ihre Vorschläge!)

Bei den **Hochschulen** sieht es ebenfalls nicht besser aus. Auch in diesem Bereich ist kein Reformansatz zu erkennen. Bewährtes wird abgebaut, Leistungen werden verschlechtert. Den schlagenden Beweis für ihre Unfähigkeit liefert diese Landesregierung doch selber. Statt die Vorschläge der Erichsen-Kommission

(Martin Kayenburg)

konsequent umsetzen, fehlt der Mut zu durchgreifenden Reformen. Was ist denn mit der Verlagerung des Maschinenbaus von Heide nach Flensburg? Nicht einmal das bekommt man ohne einen Mediator hin. Was bedeutet denn die Entscheidung, die Verwaltung der Klinika von zwei Standorten auszuführen? Das ist ein Formelkompromiss, aber weiß Gott keine zukunftsweisende Entscheidung. Frau Ministerpräsidentin, in der Bildungspolitik sieht es bei Ihnen genauso schlecht aus wie in der wirtschaftlichen Lage. Diese ist in Schleswig-Holstein ebenfalls nicht zufriedenstellend. Dazu haben wir Ihnen ja schon auf Ihre Regierungserklärung vom 18. Juli geantwortet. Ich finde, dies muss an dieser Stelle nicht wiederholt werden.

(Günter Neugebauer [SPD]: Jetzt kommen Ihre Vorschläge! - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich bin dafür, dass die CDU einmal klatscht, denn sonst wird es langweilig! - Heiterkeit)

So wie Sie bei der Schaffung von positiven wirtschaftlichen Rahmenbedingungen versagt haben, so, Frau Heinold, versagt diese Landesregierung auch bei der Förderpolitik des Landes. In der **Förderpolitik** skizzieren Sie doch regelmäßig das Bild von der heilen Welt eines Hightech-Landes. Auf diesem Politikfeld sind Sie inzwischen Meisterin im Umstricken von Programmen - das will ich überhaupt nicht verkennen -, aus der Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Land, aus EU-Mitteln und aus Landesmitteln. Von Jahr zu Jahr werden immer mit denselben Mitteln neue Förderprogramme zusammengestrickt, und Sie gaukeln dem Bürger vor, dass es sich um neue, zusätzliche Programme handele. Nichts von alledem! Mit der Zukunftsinitiative „ziel“ - Zukunft im eigenen Land - wollten Sie im Jahr 2000 mit EU-Mitteln, Mitteln aus den Gemeinschaftsaufgaben, Landesmitteln und Mitteln sonstiger Träger in Höhe von rund 2 Milliarden € das Land bis 2006 zukunftsfähig machen. Verbal war diese Initiative gelungen, aber inzwischen haben Sie selber offenbar Zweifel an deren Wirksamkeit. Deswegen haben Sie im Doppelhaushalt 2004/2005 schnell ein kleines Programm von 100 Millionen € nachgeschoben. Das ist mit heißer Nadel gestrickt und unehrlich, denn auf der anderen Seite kürzen Sie Förderprogramme in einem beträchtlichen Umfang, was dazu führt, dass von den 100 Millionen € gerade einmal die Hälfte übrig bleibt. Damit bleiben unter dem Strich außer neuen Schulden kaum zusätzliche Mittel für Investitionen übrig.

(Beifall bei der CDU)

Welchen Sinn hat es eigentlich, zu diesem groß angelegten Programm bis 2006 mit drei Unterprogrammen

noch solch eine Initiative, ein lächerlich kleines Programm nachzuschieben? Ich kann nur sagen: Aktivismus, aber keineswegs der Weg aus der rot-grünen Krise.

(Günter Neugebauer [SPD]: Jetzt kommen Ihre Vorschläge!)

Sie wissen es doch genau: Die vergangenen Jahre haben die letzte Chance geboten, Mittel aus den Gemeinschaftsaufgaben und aus der EU-Förderung sinnvoll wirksam werden zu lassen. Aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ werden bekanntlich ab 2004 keine Bundsmittel mehr für die Neubewilligung zur Verfügung gestellt. Damit ist diese Gemeinschaftsaufgabe mausetot. Ein wesentlicher Teil Ihres Regionalprogramms 2000 ist damit in sich zusammengebrochen. Sie müssen einmal erklären, wie Sie dieses Programm zu Ende finanzieren wollen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das ist ein teurer Flop geworden, insbesondere für die Kommunen, und Sie, Frau Simonis, schauen tatenlos zu. Was haben Sie eigentlich bisher unternommen, um dieser Entwicklung im Bundeshaushalt entgegen zu wirken?

(Zuruf von der CDU: Gar nichts!)

Bis heute nichts! Aber was sollten Sie auch tun? Wir alle wissen doch, wie erfolgreich Ihre Berlin-Reisen in der Vergangenheit gewesen sind. Sie werden dort doch gar nicht mehr ernst genommen, und deswegen dürfen Sie Schröders Politik ungestraft kritisieren.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Ihnen geht es doch wie einem Museum: Ihre Zukunft ist die Vergangenheit. Perspektiven können die Bürger von Ihnen nicht mehr erwarten.

(Beifall bei der CDU)

Die Entwicklung wird noch dramatischer. Ab 2006 werden die EU-Mittel noch spärlicher fließen, da aus den Fördertöpfen dann 25 Mitgliedstaaten zufrieden zu stellen sein werden. Ich kann nur sagen: Trübe Aussichten für Schleswig-Holstein.

Das Ganze wäre ja vielleicht noch zu ertragen gewesen, wenn Sie in den vergangenen Jahren die vorhandenen Fördermittel sinnvoll eingesetzt und damit unser Land zukunftsfähig gemacht hätten. Stattdessen haben Sie die Fördermittel mit der Gießkanne planlos über das Land verteilt und sich für mehr oder weniger zweifelhafte Kleinstprojekte eingesetzt - ein Dorfkrug

(Martin Kayenburg)

hier, ein Markttreff da, ein Dorfteich an einer anderen Stelle.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Eine Bündelung und Konzentration, Herr Astrup, auf wenige wichtige zukunftsfähige Sektoren wäre sinnvoller gewesen. Dazu ist es leider heute zu spät.

(Beifall bei der CDU)

Frau Simonis, Sie als Geschäftsführerin des Unternehmens Schleswig-Holstein haben versagt. Das wird auch an den **Investitionen** im Landshaushalt deutlich. Im Jahre 2002 betragen sie gerade einmal 9,8 %, und im Jahre 2005 werden es wiederum nur 9,8 % sein. Es wird also nicht besser. Dass es anders geht, zeigen Bayern und Baden-Württemberg mit - im Falle Bayerns - einer deutlich niedrigeren Kreditaufnahme als Schleswig-Holstein. Diese Länder haben auch gezeigt, dass in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Neuverschuldung nicht zwingend zu verdoppeln ist. Eine konsequente Investitionspolitik hat dort zum Erfolg beigetragen. Wir haben einmal geprüft, wie es denn ausgesehen hätte, wenn die Investitionsquote in den vergangenen Jahren so geblieben wäre, wie sie 1988 gewesen ist. Dann hätten wir 4,8 Milliarden € mehr an Landshaushaltsmitteln für Investitionen ausgeben können. Diese Summe hätte unser Land sicherlich weitergebracht, hätte Arbeitsplätze geschaffen, hätte der Wirtschaft geholfen und würde in der Finanz-, Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik dem Bürger und der Wirtschaft mehr angemessen sein als das, was Sie geboten haben.

(Günter Neugebauer [SPD]: Wie hätten Sie das bezahlen wollen? - Zurufe von der CDU)

- Herr Neugebauer, ich habe Ihnen eben deutlich gemacht, dass andere, unter anderem auch Herr Stoltenberg, **Investitionsprogramme** in der Tat **kreditfinanziert** haben. Aber diese haben zu Steuereinnahmen geführt. Dieses Einmaleins sollten Sie doch inzwischen kennen. Das, und nicht das, was Sie uns hier als Wirtschaftspolitik verkauft haben, hat zu einem Wachstum in der Wirtschaft geführt.

Im Bereich der **inneren Sicherheit**, den Sie, Herr Minister, als Kerngebiet der sozialdemokratischen Politik gekennzeichnet haben, sieht es auch nicht besser aus. Allein bei den Straftaten in Schleswig-Holstein ist die Quote von 2001 bis 2002 auf 4,5 % gestiegen. Die Aufklärungsquote liegt gerade einmal -

(Zurufe von der SPD)

ich weiß ja, dass Sie das nicht hören mögen - bei 46,7 % und damit im Bundesvergleich wieder am

unteren Ende. Ich frage Sie, was uns die Polizei eigentlich wert ist. Wir liegen doch mit den Haushaltsmitteln nicht nur am unteren Ende, sondern am alleruntersten Ende, nämlich unter allen west- und ostdeutschen Flächenländern auf dem letzten Platz. Da kann ich wirklich nur feststellen: peinlich für eine sozialdemokratische Regierung, die innere Sicherheit zur Kernaufgabe erklärt hat!

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Ihre Schönrederei wird auch durch die Entwicklung des Personalbestandes bei der Schutz- und Kriminalpolizei entlarvt. Die Landesregierung hält im laufenden Jahr 329 Planstellen weniger vor als 1997. - Das bei einem erheblich gestiegenem Bedarf, bei erheblich gestiegenen Anforderungen. Das ist ein unverantwortlicher Personalabbau.

Wen wundern da eigentlich noch die Ergebnisse? Wer sich einmal vor Ort bei der **Polizei** informiert, wird feststellen, dass der ganze Polizeibereich im Land von einer Mangelverwaltung geprägt ist und der wird mit Erschrecken erkennen, dass Schleswig-Holstein zur Wahrung der inneren Sicherheit nicht die notwendigen Mittel zur Verfügung stellt.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Was wir benötigen, sind eine dem Bedarf angemessene Personalbereitstellung, ein verbindliches Personaleinstellungskonzept und eine moderne technische Ausstattung. Ich weiß, dass das viel Geld kostet. Aber das wäre gut angelegtes Geld, weil es der Sicherheit der Bürger dient.

Meine Damen und Herren, der Vergleich dieser Ergebnisse mit denen anderer Länder zeigt eines deutlich: Wo die Union regiert, leben die Menschen sicherer.

(Beifall bei der CDU)

Wir können also heute zum wiederholten Male feststellen, dass alle, auch wirklich alle finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Indikatoren nun schon seit Jahren ausweisen, dass Schleswig-Holstein im Vergleich der westdeutschen Flächenländer und sogar zum Teil im Vergleich zu den ostdeutschen Ländern besonders schlecht dasteht. Frau Ministerpräsidentin, damit redet nicht die Opposition das Land schlecht, sondern Ihre Regierung hat diese Misere herbeigeführt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

(Martin Kayenburg)

Ihre Schönfärberei hilft Ihnen dabei nicht weiter. Sie haben bei der Entwicklung des Landes versagt. Dass wir mit dieser Kritik nicht allein dastehen und es sich nicht immer um Nörgeleien der Opposition handelt, wie Sie ja so gern behaupten, zeigt die doch immer wieder mahnende Stimme des Präsidenten der Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein, Hans Heinrich Driftmann, der noch Anfang dieses Monats eine Runderneuerung der Wirtschafts- und Bildungsstrukturen sowie der kommunalen Strukturen gefordert hat. Herr Driftmann beklagt, dass im Land seit Jahren Stillstand herrsche - das werfen wir Ihnen seit langem vor -,

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

dass die Haushaltssituation desaströs sei - das haben wir Ihnen nachgewiesen - und unter dem Motto „Augen zu und weiter so!“ Kosmetik betrieben werde, ohne ein strategisches Gesamtkonzept vorzulegen. Genau dies, Herr Minister, Frau Ministerpräsidentin, haben wir Ihnen seit langem vorgeworfen.

Schließlich - das ist nun bezeichnend für die Einschätzung Ihrer Führungsverantwortung - sagte Herr Driftmann, er stelle sich die Frage, ob Simonis ihrer Führungsverantwortung überhaupt noch gerecht werde.

Dieser vernichtenden Kritik ist nichts hinzuzufügen, Frau Ministerpräsidentin!

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten
Wolfgang Kubicki [FDP])

Schleswig-Holstein befindet sich in einer schweren Krise. Der Landeshaushalt ist an die Wand gefahren worden. Die Verschuldung unseres Landes belastet künftige Generationen in unverantwortlicher Weise. Die rot-grüne Landesregierung, Frau Ministerpräsidentin, schaut mit Ihnen an der Spitze handlungsunfähig zu. Was wir dringend brauchen, sind mutige, ehrliche und durchgreifende Reformen. Sie müssen dann nur noch benennen, wo Sie diese Reformen durchführen wollen.

Mit unseren Haushaltsanträgen der vergangenen Jahre haben wir Ihnen unendlich viele Vorschläge gemacht. Die Liste habe ich Ihnen zum Teil vorgehalten. Das alles ist von Ihnen abgelehnt worden, auch wenn es später in dem einen oder anderen Punkt übernommen wurde. Aber wenn Sie unseren Vorschlägen gleich gefolgt wären, dann wäre unserem Land so mancher Schaden erspart geblieben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wir sind auch weiterhin bereit, konstruktiv mitzuarbeiten, um unser Land wieder auf Kurs zu bringen. Die Vorschläge müssen aber zunächst einmal von der Landesregierung kommen. Dabei haben Sie, Herr Kollege Hay, in Ihrem letzten Interview völlig Recht: Fast alles muss auf den Prüfstand,

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup
[SPD])

zu allererst allerdings die rot-grüne Chaospolitik unter der Führung von Frau Simonis, Herr Astrup!

Wir, die CDU-Landtagsfraktion, werden noch im Herbst dieses Jahres unsere eigenen Vorschläge zur Bildungspolitik, zur Funktionalreform und zur Wirtschaftspolitik der Öffentlichkeit vorstellen und diese Vorschläge auch in unsere Haushaltsanträge einfließen lassen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nur Mut!)

Dann können Sie beweisen, ob Sie zum Umsteuern überhaupt noch in der Lage sind. Wir jedenfalls können heute im Ergebnis festhalten: Der erste von Ihnen, Herr Finanzminister Stegner, und von Ihnen, Frau Simonis, zu verantwortende Doppelhaushalt ist kein Reformwerk, sondern Ausdruck rot-grüner Rat- und Hilflosigkeit. Ihr Gesellenstück, Herr Minister, ist voll daneben gegangen. Schade für Schleswig-Holstein.

Eine zweite Chance werden Sie nicht bekommen. Das war für Sie ein Doppelhaushalt in des Wortes wörtlichster Bedeutung. Dies war das Doppel. Wir werden Ihnen nach dem Regierungswechsel zeigen, dass unser schönes Land selbst nach Jahren des Niedergangs aufgrund rot-grüner Chaospolitik noch zu retten ist. Das kostet Zeit, das wird nicht von heute auf morgen gehen. Aber wir werden es beweisen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir werden es schaffen!)

Wir werden es schaffen.

Gut finde ich aber auch, dass Sie mit Ihrer Haushaltsrede

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler
[SPD])

den Wahlkampf 2005 direkt eingeleitet haben, Herr Stegner. Die Wähler werden Sie sicherlich jetzt schon an Ihren Taten messen. Daraus kann ich nur Vorteile für Peter Harry Carstensen und unsere Partei ableiten.

(Anhaltender Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor ich weiter das Wort erteile, will ich Gäste begrüßen. Auf der Tribüne haben zwischenzeitlich Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte der Goetheschule, Flensburg, und der Realschule in Bad Bramstedt Platz genommen. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir fahren in der Grundsatzberatung fort. Ich erteile Herrn Abgeordneten Hay das Wort.

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kayenburg, lassen Sie mich an den Anfang meiner Ausführungen drei kurze Bemerkungen zu Ihrer Rede stellen.

Erstens hatte ich den Eindruck, was das Thema Kita-Bereich und betreute Grundschule betrifft, dass Sie sich zumindest mehrere Wochen außerhalb Schleswig-Holsteins aufgehalten haben - wahrscheinlich auf Grönland; aber auch dort kann man sicherlich Nachrichten über Schleswig-Holstein erfahren. Wir können das im privaten Gespräch gern vertiefen, damit Sie von mir den Aufklärungsbedarf befriedigt bekommen.

(Zuruf von der SPD: Auch auf Sylt!)

Zweitens. Wie jedes Jahr bei Ihren Reden habe ich auch diesmal aufmerksam zugehört und habe eigentlich erwartet - wie ich das als Wirtschafts- und Politiklehrer meinen Schülerinnen und Schülern eigentlich beigebracht habe -, Opposition heißt, auch eigene Vorstellungen zu entwickeln. Wie jedes Jahr muss ich sagen: Fehlanzeige!

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Dritte Bemerkung - nehmen Sie es mir nicht übel -: In Ihrer Aufzählung hat nur eines gefehlt - das hole ich jetzt nach -: Schleswig-Holstein hat auch die schlechteste Opposition.

(Beifall bei der SPD - Holger Astrup [SPD]: Wohl wahr!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit der Entscheidung der Bundesregierung zur Agenda 2010 ist die Richtung, in die gegangen werden soll, angedeutet worden. Noch in diesem Jahr müssen die notwendigen Entscheidungen für die künftige Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme einschließlich der Festlegung langfristiger Zielvorhaben fallen. Die Menschen suchen - das haben Sie zumindest auch angedeutet - nach Orientierung; sie sind bereit, schwierige Entscheidungen mit zu tragen, erwarten aber, damit das

Ziel erreicht werden kann, dass dies auch klar beschrieben wird, damit man sich darauf einstellen kann.

Von der CDU/CSU wird man eigene Vorschläge wohl kaum erwarten können, da sie sich nach den jüngsten Beschlüssen eher darauf verlegen wird, sozialdemokratische Vorschläge im Bundesrat rigoros abzulehnen. Allerdings lässt mich die Debatte der letzten Tage über die **Pendlerpauschale** nur verhalten optimistisch in die Zukunft blicken. Dies sage ich an dieser Stelle auch mit aller Deutlichkeit. Für uns Sozialdemokraten in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein, mit unterschiedlich ausgeprägtem Personennahverkehr, steht fest, dass es nicht zu einer Bevorzugung des öffentlichen Personennahverkehrs bei der Entfernungspauschale für Pendler kommen darf.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Auf dem flachen Land können viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur mit dem Auto an ihren Arbeitsplatz gelangen. Deshalb haben wir einen entsprechenden Beschluss schon in der letzten Woche gefasst, der deutlich sagt, dass wir keine Sonderbehandlung für Pkw-Nutzer, das heißt eine Schlechterstellung, haben wollen.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Das entscheidende Thema sowohl im Bund als auch im Land wird in den nächsten Monaten die **Arbeitslosigkeit** bleiben. Eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird erst eintreten, wenn die Konjunktur wieder anspringt. Über die Erwartungen für das nächste Jahr gibt es widersprüchliche Einschätzungen. Wenn aktuell in der letzten Woche über einen deutlichen Anstieg bei den Gewerbesteuererträgen in den letzten Monaten berichtet wird,

(Rainer Wiegard [CDU]: Dann löst das unser Problem überhaupt nicht!)

so bleibt abzuwarten, ob er sich im zweiten Halbjahr 2003 fortsetzt. Wir hoffen das und werden unseren eigenen Beitrag leisten, um die Konjunktur anzukurbeln. Ein positiver Stimmungsumschwung, der gerade zur Ankurbelung der Binnennachfrage beitragen könnte - und das muss man kritisch sagen -, ist nach den Umfragen auch bei den Unternehmen im Land Schleswig-Holstein noch nicht klar auszumaachen.

Das Vorziehen der dritten Stufe der **Steuerreform** wird hoffentlich zu einer Beschleunigung der Entwicklung beitragen können. Wir haben unsere grundsätzliche Zustimmung zu dieser richtigen Entschei-

(Lothar Hay)

derung der Bundesregierung signalisiert, wobei wir wissen, dass dann mit einer zusätzlichen Belastung für das Land im Jahr 2004 gerechnet werden muss. Wir hoffen, dass bereits die Steuerschätzung im November eine positive Wende bringen wird und die Steuereinnahmen endlich wieder so steigen, dass wir etliche Vorhaben, die wir sonst durchführen müssen, nicht in Angriff nehmen müssen.

Ich komme nun zu einem Punkt, der uns Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein und der Landesregierung besonders am Herzen liegt. Bei der Debatte um die **Gemeindefinanzreform** sehen wir uns direkt an der Seite der Kommunen und den Vorschlägen der kommunalen Landesverbände.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich an dieser Stelle eins sehr deutlich sagen - ich habe den soeben vorgelegten CDU-Antrag zu diesem Komplex nur kurz überfliegen können -: Sie drücken sich doch wieder um die Entscheidung herum, ob Sie auf Bundesebene an der Seite der kommunalen Landesverbände stehen, ob Sie an der Seite der Kommunen des Landes Schleswig-Holstein stehen. Es gibt keine Aussage von Ihnen dazu. Das kann man von Ihnen als vermeintlich stärkste Kraft im kommunalen Bereich im Land Schleswig-Holstein erwarten. Erklären Sie endlich den Kommunen, wohin Sie wollen!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Ihr Landesvorsitzender ankündigt, als Erstes die kommunalen Finanzen anpacken zu wollen mit dem Ziel, die Städte und Gemeinden in die Lage zu versetzen, wieder zu investieren, dann müsste man doch jetzt von ihm erwarten, dass auch er an der Seite der Städte und Gemeinden steht, wenn es um die Gemeindefinanzreform geht. Ich habe von ihm in den letzten Wochen nichts dazu gehört. Aus der Kommunalwahl sind Sie als stärkste Kraft im Land hervorgegangen.

(Zuruf des Abgeordneten Rainer Wiegard [CDU])

Dann unterhalten Sie sich doch einmal mit den Stadtkämmerern, mit den Verantwortlichen auf Kreisebene für die kommunalen Finanzen. Diese fordern förmlich ein: Sagt endlich Ja zum Modell der kommunalen Landesverbände - Erweiterung der Bemessungsgrundlage, Einbeziehung der Freiberufler -, das ist der richtige Weg.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe von CDU und FDP)

Wir haben in diese Landtagsitzung gemeinsam mit dem grünen Koalitionspartner einen Antrag eingebracht

(Rainer Wiegard [CDU]: Das machen wir auch!)

- Herr Wiegard, Sie können ja nachher, ab 17 Uhr, darauf noch eingehen -, der die Landesregierung auffordert, der Gemeindefinanzreform, wie sie von der Bundesregierung vorgelegt worden ist, nicht zuzustimmen.

Und eines möchte ich an dieser Stelle deutlich sagen, weil mehrfach gesagt worden ist, es sei geradezu ein Unding, die eigene Bundesregierung zu kritisieren - ich habe das ja auch gemacht: Wir haben vielen Vorschlägen in der Vergangenheit, die für Schleswig-Holstein zusätzliche Belastungen mit sich gebracht haben, mit Magenschmerzen zugestimmt. Aber jetzt sind wir an dem Punkt angelangt, an dem wir sagen müssen: Im Vordergrund müssen die Interessen des Landes stehen. Das müssen wir auch der SPDgeführten Bundesregierung deutlich machen - und darin sind wir uns mit unserem Koalitionspartner auch einig. Das ist unsere Messlatte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Beschluss der Bundesregierung, die Finanzlage der Kommunen 2004 um 4,5 Milliarden € und 2005 um 5 Milliarden € zu verbessern, ist völlig unangemessen. Und da müssen wir einfach als Fakt nehmen, dass die Gewerbesteuer im Jahr 2002 so eingebrochen ist, dass sie allein 2003 um rund 4 bis 5 Milliarden € niedriger ausgefallen ist als im Jahr 2000.

(Rainer Wiegard [CDU]: Sie wurde eingebrochen, sie ist nicht eingebrochen!)

Herr Wiegard, lesen Sie doch einmal im „Handelsblatt“ nach, lesen Sie doch einmal das Interview der Oberbürgermeisterin von Frankfurt, Petra Roth, die nicht unserer Partei angehört.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Auch mögliche positive Entwicklungen, die sich jetzt im ersten Halbjahr zeigen, orientieren sich an den Basisdaten des Jahres 2002 und nicht an denen des letzten für die Kommunen halbwegs auskömmlichen Jahres 2000. Das ist für uns die Bemessungsgrundlage. Selbst ein Anstieg in diesem Jahr um 25 % in Schleswig-Holstein wird den Kommunen nicht dazu verhelfen, dass sie über bestimmte Schließungen und Kürzungen nicht mehr nachdenken müssen. Das, was die Bundesregierung vorgelegt hat, reicht nicht aus.

(Lothar Hay)

Und ich hoffe, dass das die Bundesregierung in Berlin auch sehr deutlich merken wird.

Lassen Sie mich die schon von mir angesprochene Petra Roth noch einmal zitieren, die sich eindeutig dafür ausgesprochen hat, die Freiberufler mit einzu-beziehen. Als Erstes kam dieser Vorschlag von Stoiber und von weiteren CDU-Spitzenpolitikern. Petra Roth hat gesagt:

„Die Gegner der Reform der Gewerbesteuer verfügen über keine ernst zu nehmende mehrheitsfähige Alternative. Eine Reform der Gewerbesteuer ohne Erweiterung des Kreises von Freiberuflern und ohne Verbreiterung der Bemessungsgrundlage ist keine Reform.“

(Günter Neugebauer [SPD]: Recht hat sie! - Vereinzelter Beifall bei der SPD)

„Würde die Gewerbesteuer im Zuge einer Scheinreform sogar auf eine Ertragssteuer reduziert, indem bereits bestehende hinzuzurechnende Zinsen gestrichen werden, würde sie nicht gestärkt, sondern geschwächt. Sie geriete in Gefahr, verfassungsrechtlich nicht mehr haltbar zu sein. Dann stünden die Kommunen nach der Gemeindefinanzreform schlechter da als vorher.“

Soweit Petra Roth in einer - wie ich finde - korrekten Analyse der Situation. Ich bin gespannt auf die Debatte nachher und darauf, was der Kollege Lehnert zu diesem Punkt sagen wird.

Es kann überhaupt kein Zweifel daran bestehen, dass das Jahr 2004 für den Landeshaushalt durch die zu erwartende Wirtschaftsentwicklung und vor allen Dingen auch durch das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform ein schwieriges Jahr werden wird und wir erst 2005 eine Besserung erwarten können. Alle noch anstehenden Entscheidungen müssen dem Ziel dienen, dieser Situation Rechnung zu tragen.

Wie unglaublich schwierig die Lage tatsächlich ist, zeigt auch der Umfang - das verschweige ich nicht - der **globalen Minderausgaben**, die in den nächsten Monaten durch die einzelnen Ministerien noch aufgelöst werden müssen. Wir waren uns im Parlament - und das sage ich auch als ehemaliger Finanzausschussvorsitzender - immer einig, dass der Umfang der globalen Minderausgaben im Interesse der Kontrolle durch das Parlament möglichst gering gehalten werden muss. Deshalb ist es zu begrüßen, dass bereits bis zur Nachschiebeliste im November eine Auflösung zum großen Teil erfolgen soll. Um dieses Ziel zu erreichen, wird es bis zum November zu weiteren

Kürzungen auch bei den **Förderprogrammen** kommen müssen. Wir werden jedoch nicht daran vorbeikommen, auch über weitere Kürzungen in anderen Bereichen nicht nur nachzudenken, sondern diese Entscheidung auch zu treffen.

Dabei soll in der Tat nicht der Rasenmäher als Maßstab dienen, sondern weitere grundsätzliche Entscheidungen über die Fortführung beziehungsweise den Verzicht auf Förderung. Und wie sich denken lässt, sind diese Debatten auch in meiner Fraktion nicht konfliktfrei zu führen, sondern die Interessen der verschiedenen Bereiche sind gegeneinander abzuwägen. Aber es gibt keine Alternative dazu, den Menschen im Land auch weitere schmerzhaft Einschnitte zuzumuten, weil wir im Dezember einen verfassungsgemäßen Haushalt durch den Landtag verabschieden lassen wollen und müssen. Das wird unser Ziel sein. Und wir werden mit aller Offenheit die Debatte führen und sagen, was im Interesse des Landes in Zukunft fortgeführt werden kann und muss und wer in Zukunft nicht mehr mit einer Landesförderung zu rechnen hat.

(Beifall bei der SPD)

Die Personalkosten sind der dickste Brocken für den Landeshaushalt und aufgrund der Tarifierhöhungen und der Entscheidung zur Einstellung weiterer Lehrer kann eine Erhöhung dieses Ansatzes nicht verhindert werden. Zur Begrenzung der **Personalkosten** ist die Entscheidung getroffen worden, bereits in diesem Jahr das Weihnachtsgeld für die Beamten und ab dem folgenden Jahr das Urlaubsgeld zu reduzieren. Die SPD-Fraktion hat gegenüber der Landesregierung erreicht, dass eine deutliche soziale Komponente bei den unteren Einkommensgruppen eingezogen worden ist. Diese ist erheblich stärker ausgefallen als in allen vergleichbaren Bundesländern.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, auch hier stellt sich die Frage, warum Sie diese Entscheidung, zumindest vom Ansatz her, nicht unterstützen. Denn schließlich haben alle Landesregierungen, bis auf das Saarland und Baden-Württemberg, entsprechende und zum Teil noch einschneidendere Entscheidungen in diesem Sinne getroffen. Hier hätten Sie den Beweis antreten können, dass Obstruktion nicht Ihr Ding ist, sondern Sie als Opposition auch für eine konstruktive Politik in diesem Land stehen. - Aber auch hier: Fehlanzeige.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Bis zum Zeitpunkt, an dem die Nachschiebeliste vorliegt, will die Landesregierung im Bereich der **Verwaltungsstrukturreform** zahlreiche der 49 Punkte, die eine Arbeitsgruppe unter der Führung der Chefin

(Lothar Hay)

der Staatskanzlei erarbeitet hat, schon auf den Weg gebracht haben.

Zu verschiedenen Punkten werden wir Ergänzungen mit eigenen Vorschlägen vornehmen. Ich nenne hier nur die Reduzierung der Zahl der Finanzämter, die Straffung der Amtsgerichtsstruktur, die weitere Überprüfung der Organisation der Landespolizei und das Vorantreiben der gemeinsamen Projekte mit den norddeutschen Bundesländern, speziell mit Hamburg. Gut Ding braucht manchmal eine lange Zeit, deshalb freue ich mich, dass die Fusion der Statistischen Landesämter bereits zum 1. Januar 2004 erfolgen wird.

Auch bezüglich der **Zweistufigkeit** der Landesverwaltung sind noch Aufgaben zu lösen. Die SPD-Fraktion drängt darauf, dass die Neuordnung der Staatlichen Umweltämter, der Ämter für ländliche Räume und des Landesamtes für Gesundheit und Arbeitssicherheit zügig vorgenommen werden wird. Wir gehen nach wie vor von dem Grundsatz aus, dass alle Aufgaben der von mir genannten Ämter auf die kommunale Ebene übertragen werden können. Im Einzelfall muss begründet nachgewiesen werden, warum eine Aufgabe nicht übertragen werden kann. Das ist die Position der SPD. Daran werden wir unsere Entscheidungen auch ausrichten.

(Beifall bei SPD und SSW)

Die Landesregierung hat zeitgleich mit dem Landshaushalt das **Zukunftsinvestitionsprogramm** auf den Weg gebracht. Dies ist ein sinnvoller und wichtiger Schritt zur Stärkung der mittelständischen Wirtschaft und vor allem des Handwerks in unserem Lande. Die Schwerpunkte Bildung, Forschung, Technologie, wirtschaftsnahe Infrastruktur und maritime Wirtschaft werden hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Mit den zusätzlich angepeilten Ausgaben von 100 Millionen € Landesmitteln in den nächsten drei Jahren werden Investitionen in einem Umfang von insgesamt 800 Millionen € ausgelöst, wobei ich darauf hinweise, dass ein großer Teil im Bereich des Schiffbaus anfallen wird.

Es geht hier um Impulse für eine konjunkturelle Belebung. Dies rechtfertigt aus unserer Sicht eine Kreditfinanzierung dieses Programms. Rund 45 Millionen € aus dem Gesamtvolumen sollen bereits im Jahre 2004 investiert werden. Der Finanzminister hat ja darauf hingewiesen, dass es darum geht, durch entsprechende Aufträge das Handwerk vor Ort möglichst schnell mit kleinen Losen zu stärken.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und SSW - Dr. Heiner Garg [FDP]: Tosender Beifall!)

Meine Damen und Herren, vor einigen Tagen hat der Präsident der Vereinigung der Unternehmensverbände, Hans-Heinrich Driftmann, die Landesregierung kritisiert. Diese Kritik scheint mir sehr stark überzogen, obwohl der eine oder andere Punkt sicherlich bedenkenswert ist. Ich möchte hier keinen Rückgriff auf irgendwelche fröhlicheren Spargelessen machen oder zu neuen Spekulationen Anlass geben, eines ist aber doch mehr als auffällig: Der Chef der norddeutschen Unternehmer verschwendet keinen Gedanken an die Möglichkeit, Sie könnten hier ab dem Jahre 2005 eine erfolgreiche Politik machen. Aus meiner Sicht schätzt er die derzeitigen Fähigkeiten der Opposition richtig ein. Sie sind nicht regierungsfähig.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei Ihrem Verhalten im Land erleben wir ein buntes Durcheinander. Ihr fröhlicher Vormann, der sagt, man müsse fleißiger und kompetenter werden, fordert im Frühjahr erst, man solle 1.000 Angestellte entlassen, wenig später reduziert er dies auf den Abbau von 1.000 Stellen bei der Landesverwaltung, was dasselbe bedeuten kann, aber nicht muss. Schauen wir mal, welche weiteren Vorschläge kommen.

Herr Kollege Wiegard, es gab eine Pressekonferenz, an der auch Sie beteiligt waren. Auf dieser wurde von 56.000 Stellen gesprochen. Von diesen werden die Tabubereiche Schule, Polizei, Justiz und Finanzverwaltung abgezogen, wodurch man auf 22.000 verbleibende Stellen kommt, von denen jede fünfte, also insgesamt 4.400, eingespart werden soll.

(Holger Astrup [SPD]: Wir sind begeistert!)

Bedauerlicherweise haben Sie sich verrechnet. Das ist dem Kollegen Stritzl ja auch schon einmal passiert. Nach Abzug der Tabubereiche bleiben nämlich nur 14.300 Stellen übrig.

(Rainer Wiegard [CDU]: Es wurde doch nichts anderes gesagt!)

In diesen 14.300 Stellen ist auch noch der Hochschulbereich mit 5.100 Stellen enthalten. Damit beinhaltet also der Vorschlag der CDU, dass auch bei den Hochschulen fast jede dritte Stelle eingespart wird. Das nenne ich eine solide Oppositionspolitik. Weiter so! Dann wissen die Bürgerinnen und Bürger im Lande Schleswig-Holstein, dass sie bei den Sozialdemokraten in bester Hand sind. Darüber müssen wir uns dann nur noch wenige Gedanken machen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Lothar Hay)

Meine Fraktion und auch die Landesregierung haben deutlich gemacht, dass sie eine Erhöhung der **Mehrwertsteuer** zur dauerhaften Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für den richtigen Weg halten. Als Ihr Fraktionsvorsitzender Martin Kayenburg in der Sommerpause diesem Vorschlag ebenfalls zustimmte, sah er sich einem Gewitter von Kritik aus den eigenen Reihen ausgesetzt. Herr Kayenburg, Sie sind mit diesem Vorschlag auf dem richtigen Weg. Ich freue mich, dass Sie an unserer Seite sind.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich will keine weiteren Beispiele nennen. Dies ist sicherlich kein Zeichen von Regierungsfähigkeit, sondern spricht eher für die Notwendigkeit, sich erst einmal die Oppositionsfähigkeit nachhaltig zu erkämpfen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Dazu werden Sie lange genug Gelegenheit haben!)

In Berlin haben sich die beiden großen Volksparteien SPD und CDU ausnahmsweise aufeinander zu bewegt und sie haben sich bei der **Gesundheitsreform** auf einen gemeinsamen Vorschlag geeinigt. Heute stand in den Zeitungen, dass die SPD-Bundestagsfraktion - wenn auch mit Zahnschmerzen - zugestimmt hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das kommt dabei heraus!)

Für alle weiteren Themen haben Ihre Vertreter auf Bundesebene jetzt den Verzicht auf Gespräche mit der Regierung erklärt. Ich darf Ihnen für meine Fraktion sagen, dass wir es für den richtigen Weg halten, dass die großen demokratischen Parteien bei grundlegenden und schwierigen gesellschaftlichen Problemen miteinander um Lösungen ringen. Gleichzeitig muss ich Ihnen allerdings sagen, dass das, was bezüglich der Gesundheitsreform jetzt herausgekommen ist, aus meiner Sicht nicht die optimale Lösung ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: War Schmidt zu schwach oder Seehofer zu stark? - Veronika Kolb [FDP]: Das ist gar keine Lösung!)

Die Beitragszahler werden erheblich belastet und die Pharmaindustrie und die Ärzte werden zugleich deutlich geschont. Ich gehe davon aus, dass wir uns mit der Gesundheitsreform sehr schnell wieder beschäftigen werden. Ich halte den skandinavischen Weg nach wie vor für richtig.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Schwerpunkte Bildung, Arbeit und innere Sicherheit werden auch im Doppelhaushalt 2004/2005

erkennbar bleiben. Wir erreichen durch die Vorgaben des Haushaltes - also durch die uns zur Verfügung stehenden Einnahmen - eine Ausweitung der Unterrichtsversorgung, das Ausbildungsprogramm und eine auskömmliche Finanzierung der Bereiche Schule, Polizei und Justiz.

Im Bereich der **Schule** steht die verlässliche Halbtagschule neben der Bekämpfung von Unterrichtsausfall im Vordergrund. Mit der verlässlichen Halbtagschule hat die Landesregierung im Bereich der Grundschulen im Hamburger Umland bereits begonnen. Dies wird im nächsten Schuljahr auf die kreisfreien Städte ausgedehnt. Es muss darum gehen, dass die verlässliche Halbtagschule, die betreute Grundschule und auch andere Betreuungsangebote sinnvoll miteinander verknüpft werden. Dies ist nach einigen Nachbesserungen vor der Sommerpause mit Sicherheit gelungen. Die ersten Erfolgsmeldungen gerade aus dem Kreis Pinneberg - man konnte es in der Presse lesen - zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Günther Hildebrand [FDP]: Welche Presse haben Sie denn gelesen?)

- Kollege Hildebrand, ich finde es gut, dass das auch in Stormann so ist. Ich werde Ihnen nachher den Presseartikel geben; im letzten Wochenspiegel war dies nachzulesen.

Seit langem schon fordert die SPD-Fraktion, dass das Problem des Unterrichtsausfalls im Kern gelöst werden muss. Im März hatte die Landesregierung ein sinnvolles Stufenprogramm beschlossen. Vor wenigen Tagen hat die Bildungsministerin ein Konzept mit dem Titel „Jede Stunde zählt“ zur Vermeidung von Unterrichtsausfall vorgestellt, das mit erheblichen zusätzlichen Mitteln auf den Weg gebracht worden ist.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Damit kommt sie ja früh heraus!)

Im Jahre 2003 sind dies 2,1 Millionen € und in den beiden Folgejahren jeweils 10 Millionen €. In der ersten Phase richtet sich das Konzept vor allem an Grundschulen. Im Jahre 2004 soll eine deutliche Reduzierung des möglichen Unterrichtsausfalls in den übrigen Schularten erreicht werden. Dies ist - begleitet durch sinnvolle Kontroll- und Beratungsmechanismen - ein erheblicher Schritt nach vorn.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind uns sicher, dass die vorgesehenen Maßnahmenbündel zu dem entsprechenden Erfolg führen und

(Lothar Hay)

damit gerade auch den berufstätigen Eltern und den allein erziehenden Müttern und Vätern eine große Hilfe sein werden. Dadurch können sie sich nämlich sicher sein, dass ihre Kinder zu bestimmten Zeiten in der Schule sind.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch der Dauerbrenner, die Finanzierung der **Kindertagesstätten**, soll noch in diesem Jahr gelöst werden. Ich möchte nicht wieder darauf eingehen, was der Kollege Kayenburg gesagt hat. Auf der Grundlage einer Absprache zwischen den regierungstragenden Fraktionen verhandelt die Bildungsministerin zurzeit mit den kommunalen Landesverbänden über die Übertragung der Kita-Förderung in den kommunalen Finanzausgleich. Es geht um zusätzliche 60 Millionen für zwei Jahre. Danach wird geschaut, wie das Modell funktioniert. Im Augenblick stehen für ein Haushaltsjahr 56,3 Millionen € zur Verfügung. Es geht also um nochmals 3,7 Millionen € mehr für 2004. Berücksichtigen Sie bitte die Anmerkungen des Landesrechnungshofes. Der zusätzliche Zuwachs, der in den kommunalen Finanzausgleich hineingegeben wird, wird also wahrscheinlich erheblich höher liegen. Ich glaube, wir sind bei diesem Thema damit auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der SPD)

Wir hoffen, dass in den nächsten Wochen eine Einigung zustande kommt und damit ein von der Systematik her sinnvoller Schritt eingeleitet wird. Das bedeutet für die Kommunen auf der einen Seite natürlich einen größeren Handlungsspielraum, auf der anderen Seite aber auch mehr Verantwortung. Wir sind uns sicher, dass die kommunale Seite mit dieser neuen Aufgabe sehr sorgfältig umgehen wird und dass die Befürchtungen, die von der einen oder anderen Seite immer wieder geäußert werden, nach der die Qualität in irgendeiner Form abgesenkt wird, fehlerhaft sind. Die Verantwortung liegt bei den Kommunalpolitikern vor Ort und insbesondere bei denjenigen, die in diesem Bereich schon jetzt tätig sind.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das haben wir immer gesagt!)

Sie wollen die Qualitätsstandards halten. Sie wollen die Entscheidungen aber auch selbst vor Ort treffen. Insofern ist das eine Entscheidung, die auch der Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung dient. Das ist der richtige Weg. Wir sind an der Seite der Kommunen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach den Gesprächen, die wir mit den Wohlfahrtsverbänden geführt haben, gehe ich davon aus, dass diese sich dieser neuen Lösung ebenfalls nicht verschließen werden.

Mit den **Hochschulen** wird zurzeit über neue Zielvereinbarungen verhandelt. Die Vorschläge der Erichsen-Kommission sollen fast vollständig umgesetzt werden und als Grundlage für einen Fünfjahresvertrag mit den Hochschulen dienen. Dies ist für die Hochschullandschaft in unserem Lande wichtig. Eine auskömmliche Finanzierung für die Hochschulen über fünf Jahre zu sichern, ist bei den Finanzdaten, die wir auch in Zukunft zu erwarten haben, aus meiner Sicht ein ordentliches Ergebnis. Dieses findet - wenn man mit den Verantwortlichen spricht - auch Respekt an den Hochschulen.

Was die **Universitätsklinika** angeht, so will ich keinen Hehl daraus machen, dass die SPD-Fraktion eine Entscheidung für einen der beiden Standorte für besser gehalten hätte. Wenn es aber in der Tat so ist, dass die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein ganz wichtiger Punkt ist, dann akzeptieren wir die Entscheidung, dass der Verwaltungssitz auf beide Standorte verteilt wird. Wichtig ist aus unserer Sicht, dass alle anderen Fragen, die an die Fusion gekoppelt sind, nämlich die finanziellen Perspektiven, die strategische Ausrichtung im bundesweiten Wettbewerb und die künftige Unternehmensentwicklung angemessen geregelt werden. Am Ende wollen wir erreichen, dass der Zuschussbedarf des Landes Schleswig-Holstein heruntergefahren wird und nicht - wie in den vergangenen Jahren - steigt. Insofern ist die Entscheidung richtig. Auch im Namen meiner Fraktion danke ich Günther Jansen ausdrücklich.

(Beifall bei SPD und SSW)

In Anerkennung der besonderen Bedeutung der Minderheiten in unserem Lande hat die SPD-Fraktion sich schon vor der Sommerpause darauf verständigt, dass es zu erwarten ist, dass die Ansätze für die **Minderheiten** im Haushaltsentwurf der Landesregierung überrollt werden. Für diejenigen, die in diesem Thema nicht so drin stecken, nenne ich sie noch einmal: Es sind die Friesen, die Sinti und Roma, die deutsche Volksgruppe Nordschleswig und die dänische Minderheit im Landesteil Schleswig. Der Ansatz 2004/2005 ist der Ansatz des Haushaltsjahres 2003. Wir schaffen damit für die durch die Verfassung besonders zu fördernden Gruppen Planungssicherheit. Ich glaube, wir sind mit dem, was wir seit 1988 für die Minderheiten in diesem Land gemacht haben, in

(Lothar Hay)

einer guten Tradition. Daran sollte man uns auch messen!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Die Zwischenbilanz des Sofortprogramms für **Ausbildung** und Qualifizierung in Schleswig-Holstein scheint nach den letzten Informationen sehr positiv zu laufen. Von den angestrebten 2.100 zusätzlichen Plätzen und Angeboten scheint ein großer Teil schon bereitgestellt worden zu sein. Für dieses außergewöhnliche Engagement danke ich dem Wirtschaftsminister, vor allem aber den Kammern und den Unternehmen in Schleswig-Holstein, die zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt haben, damit junge Menschen eine Ausbildung und somit auch eine Zukunftsperspektive bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Zusätzliche Einnahmen sind für das Land zur Deckung des Haushalts 2004 im Umfang von 300 Millionen € vorgesehen. Diese Summe soll sich zusammensetzen aus der zu erwartenden höheren Haftkapitalvergütung und den Verkaufserlösen durch die Veräußerung von **LEG-Anteilen** und Nordwest-Lotto. Was die Veräußerung der LEG-Anteile angeht, so gibt es auf der Seite der SPD-Fraktion noch einen deutlichen Informations- und Klärungsbedarf. Wir begrüßen, dass die Landesregierung die Entscheidung auf den September verschoben hat. Damit haben wir die Möglichkeit, dieses Thema angemessen und intensiv in den parlamentarischen Gremien zu beraten.

Niemand wird von uns erwarten, dass wir angesichts des wohl notwendigen Verkaufs in Begeisterungstürme ausbrechen. Uns geht es vor allem um die Frage, wie es mit den Rechten der Mieter bestellt ist. Was wird aus den zurzeit über 540 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern? Wie soll die Ausgliederung der so genannten LEG-Entwicklungsgesellschaft erfolgen? Es ist nicht zu bestreiten und offensichtlich, dass wir mit guten Argumenten noch vor kurzer Zeit eine andere Position vertreten haben. Das gilt auch für die Ministerpräsidentin. Dabei standen für uns immer die Interessen der Mieter im Vordergrund der Argumentation. Frau Gröpel hat im Landtag mehrfach dazu gesprochen. Wenn es jetzt eine andere Entscheidung geben muss, so sage ich ganz offen und ehrlich, es gibt eigentlich nur eine Begründung, die auch in einer Schlagzeile der „Kieler Nachrichten“ dargestellt wurde: „Not macht erfinderisch.“

(Rainer Wiegard [CDU]: Ihr seid pleite!)

Der Finanzminister hat einen Doppelhaushalt im Entwurf vorgelegt, der der Verfassung entspricht. Wir werden gemeinsam mit der Landesregierung und unserem Koalitionspartner bis zum November über weitere Details und vor allen Dingen über weitere Kürzungen beraten und entscheiden müssen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Schauen wir mal!)

Es geht bis zum Ende des Jahres um grundlegende **Strukturentscheidungen**, die sich langfristig auswirken, und zwar von den Amtsgerichten bis zu den Finanzämtern, hier weiß ich die FDP auf unserer Seite, und von den Ämtern für ländliche Räume bis zu den Staatlichen Umweltämtern.

Bei den **Förderprogrammen** werden weitere Kürzungen erfolgen müssen. Hierüber darf es keine Unklarheit geben, das sei an dieser Stelle ausdrücklich gesagt. Mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm, ZIP, werden einige 100 Millionen € an Investitionen ausgelöst.

Eines kann ich definitiv versprechen: Wir werden jede Möglichkeit nutzen, gemeinsam mit den Kommunen und ihren Verbänden - auch gegenüber unserer eigenen Bundesregierung - für eine sinnvolle **Gemeindefinanzreform** zu streiten. Akzeptabel ist nur eine Reform, die diesen Namen wirklich verdient, die den Kommunen eine finanzielle Perspektive für die nächsten Jahre aufzeigt und die vermeidet, dass dringend notwendige Einrichtungen auf kommunaler Ebene geschlossen werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, Sie werden nachher die Gelegenheit haben, das Modell des Bundesverbandes der deutschen Industrie vorzustellen, wenn es um das Thema Gemeindefinanzreform gehen wird. Wir sind bereit, alles in unseren Möglichkeiten Stehende zu tun, damit es in den nächsten Monaten tatsächlich den Silberstreif am Horizont geben kann. Wir fordern alle Bürgerinnen und Bürger und alle Unternehmer und Arbeitnehmer auf, ihren Beitrag zu leisten. Arbeiten wir gemeinsam daran, die manchmal vorhandene depressive Stimmung zu vertreiben und dem Ziel des wirtschaftlichen Aufschwungs näher zu kommen. Wir wollen alles dafür tun, damit es im Lande wieder aufwärts geht. Dabei setzen wir - bei mancher Kritik - auch auf die Bundesregierung. Schön wäre es auch, wenn es Unterstützung durch eine konstruktive Oppo-

(Lothar Hay)

sition geben würde. Da habe ich immer noch Hoffnung.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Kayenburg hat mich gerade gefragt, warum ich aufstehe. Ich habe gesagt, dass ich immer dann, wenn Beifall kommt, aufstehe, weil ich denke, der Beifall ist für mich.

(Heiterkeit)

Wir haben uns heute zu einem literarischen Spektakel zusammengefunden, nämlich der ersten Lesung von Herrn Dr. Stegners Märchenwelt. Ginge es nach dem Willen der Landesregierung, dann wäre dies die letzte ordentliche erste Lesung eines Haushaltsentwurfs der Landesregierung. Nächstes Jahr soll nur ein Nachtrag durchgewunken werden, damit diese Landesregierung sich vor der Landtagswahl die Schmach der Debatte eines weiteren Konkurshaushalts ersparen kann. Das einzig Positive daran ist, dass wir eine weitere Rede Dr. Stegners der gleichen Art nicht mehr hören müssen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich glaube nicht, dass sich diese Sehnsucht nach dem Vermeiden weiterer Debatten erfüllen wird, denn die Landesregierung hat uns die doppelte Totgeburt eines überflüssigen Doppelhaushalts vorgelegt. Sie hat damit zweifelsfrei erneut ihr Unvermögen belegt. Der Entwurf steht schon wieder unter dem Motto der drei Probleme von Rot-Grün: kein Geld, keine Ahnung, kein Konzept. Deshalb will sich die Landesregierung mit kräftigen Schlucken aus der Schuldenflasche betäuben. Das sind **Schulden**, die den Menschen in Schleswig-Holstein neue Lasten aufbürden. Das finanzpolitische Trinkgelage soll erneut über die Unfähigkeit und das Versagen der Regierungskoalition hinweg trösten. Es wird ihr nicht helfen: Das Erwachen und der Kater werden umso schlimmer sein.

Die Landesregierung ist schuldenstüchtig. In 2004 sollen 595 Millionen € diese Sucht befriedigen. In 2005 werden es 550 Millionen € sein. Ich habe noch im Ohr, wie uns der ehemalige Finanzminister Claus Möller in diesem Haus erklärte, man werde spätestens 2008 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können, und zwar aufgrund der sehr vorsorgenden Finanzpolitik der Landesregierung. Dies hat nicht ein-

mal anderthalb Jahre gehalten, wie übrigens alle weiteren Versprechungen der Regierung auch nicht gehalten haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Rot-Grün verschuldet das Land wie ein Trinker, dem nüchtern die Einsicht in die eigene Erbärmlichkeit fehlt. Auf Entzug will sie nicht ganz verzichten. Sie gibt das Ziel auf, den Haushalt auszugleichen. Mittlerweile ist nicht einmal mehr eine Projektion erklärt worden. Weil die Trunkenheit die Wirklichkeit so vortrefflich vernebelt, will Rot-Grün sich diesmal gleich zweimal auf einmal betrinken. Das ist sozusagen ein Besäufnis auf Vorrat, damit der Kater nicht schon vor der Landtagswahl 2005 kommt. Das ändert jedoch nichts: Das große Problem Schleswig-Holsteins ist, dass Rot-Grün für dieses Land zu teuer ist. Wir können uns diese Regierung einfach nicht mehr leisten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Man kann es nicht oft genug sagen: Sie haben in der Vergangenheit versagt, Sie versagen in der Gegenwart, Sie werden auch in Ihrer begrenzten Zukunft versagen. Um das zu belegen, lade ich Sie ein: Tauchen Sie mit mir ein in eine Geschichte des politischen Versagens, die Geschichte der rot-grünen Depression Schleswig-Holsteins.

Zuerst ein Überblick: Die Geschichte beginnt 1988. Frohen Mutes trat eine neue sozialdemokratische Mehrheit hinter einem charismatischen Ministerpräsidenten an, der schnell hoch stieg, dann vorsätzlich über seine eigenen Füße stolperte und schließlich ganz tief fiel. Davon hat sich die SPD bis heute nicht erholt und seit sie die Grünen ins lecke Regierungsbuch geholt hat, geht es noch schneller unter.

Nie wieder ist die Landesregierung über das Pepita-Niveau hinausgekommen. Dafür hat die Ministerpräsidentin gesorgt - mit ihrem Management à la Champignons: Alle in den Dreck drücken und wenn doch ein Kopf rauskommt, gleich abreißen. - So sitzt heute nur noch eine Ersatzmannschaft auf der Regierungsbank.

(Heiterkeit und Beifall bei FDP und CDU)

Deren Hauptzeitvertreib scheint die Vereinsmeierei um den Platz des Narren in der regierungsinternen Kronprinzengarde zu sein. Wer das Funkenmariechen sein möchte, ist nicht genau zu erkennen. Bei all dieser Vereinsmeierei haben die Regierenden ihre Aufgabe offensichtlich vergessen, dem Volk zu nützen und Schaden von ihm abzuwenden. Genauso ging der Blick für die Wirklichkeit verloren. Die Regierung

(Wolfgang Kubicki)

glaubt, was sie ankündigt, und das Land darbt derweil.

Zu den Einzelheiten. Rot-Grün regiert die Wirtschaftskraft und den Wohlstand in Schleswig-Holstein in Grund und Boden. Deshalb sind unter dieser Landesregierung zu wenig Menschen in Schleswig-Holstein beschäftigt und zu viele arbeitslos. Darauf werde ich noch zurückkommen.

Das Land ist pleite. Die Ausgaben laufen den Einnahmen immer schneller davon: Rot-Grün hat sich gegen gute Finanzpolitik und für Schuldenmachen entschieden.

Die Ausgabenwut lenkt jedes Jahr einen größeren Teil der Einnahmen in den laufenden Verbrauch, immer weniger in zukunftssträchtige Projekte, in Projekte, mit denen die Grundlagen für mehr Wohlstand und mehr Arbeitsplätze in der Zukunft geschaffen werden könnten. Die rot-grüne Bürokratiemaschine verschlingt immer mehr von der Saat zukünftigen Wohlstandes. Für die Investitionen des Landes bleiben nur noch Kleckerbeträge übrig. 2007 soll die Investitionsquote nur noch 8,3 % betragen - wohlge-merkt, diese Angabe bezieht sich auf die Aufstellung des Haushaltes, nicht auf seine Durchführung.

Die Grenzen der Verfassung sind dieser Regierung zu eng. Deshalb verramscht die Landesregierung immer wieder Landesvermögen stümperhaft und weit unter Wert. Dann verschenkt sie einen großen Teil der Einnahmen außer Landes und verprasst den Rest. Jüngstes trauriges Beispiel ist der Ausverkauf der LEG.

Die Qualität der Bildung in Schleswig-Holstein liegt weit unter dem Durchschnitt. Diese Regierung vergeht sich mit Bildungssozialismus an der Zukunft unserer Kinder.

Dieser Raubbau, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das eigentliche Vergehen von SPD und Grünen an den Menschen in Schleswig-Holstein. Die Menschen bezahlen es teuer - mit entgangenem Wohlstand und schlechteren Chancen für die Zukunft.

(Beifall bei FDP und CDU)

Was haben die letzten zehn Jahre für die Menschen in Schleswig-Holstein gebracht? Sie haben die rot-grüne Depression gebracht. Selbstverständlich war es bei weitem nicht so schlimm wie die Weltwirtschaftskrise, aber trotzdem viel zu schlimm. Es ist eine schleichende Depression, die die Grundlagen unseres Wohlstandes immer stärker unterhöhlt.

Im Vergleich zu den westdeutschen Flächenländern fällt Schleswig-Holstein immer weiter zurück. Die Landesregierung scheint das nicht zu stören. Warum

auch? Die Ministerpensionen wachsen ja viel schneller als die Wirtschaftskraft des Landes.

Um die schlimmen Wirkungen der Depression bis zur Landtagswahl zu verschleiern, arbeitet die Landesregierung nur ungern mit Zahlen, und zwar aus zwei Gründen. Die Landesregierung hat mit Zahlen an sich Probleme, was viele plötzliche Haushaltslöcher wegen Rechenfehlern belegen, und es gibt kaum Zahlen, mit denen die Landesregierung glänzen könnte. So wunderte ich mich nicht, dass der neue Finanzminister in seiner ersten Pressekonferenz zu den Eckwerten seines Haushaltes auf die Frage, wo denn die Eckwerte blieben, antwortete, Zahlen zum Haushalt seien nicht so wichtig; Hauptsache, die Richtung stimme. - Herr Dr. Stegner, haben Sie in Harvard denn nicht gelernt, dass gute Finanzpolitik auf Zahlen beruht und dass nicht große Sprüche, sondern die Zahlen des Haushaltes die Richtung der Finanzpolitik anzeigen? Aber Schwamm drüber! Bei dieser Regierung kommt es auf Zahlen nun wirklich nicht an. Sie stimmen einfach zu selten, wie wir aus der Vergangenheit wissen und wie der Herr des 35-Millionen-Lochs erneut eindrucksvoll bewiesen hat.

Ich komme zum wichtigsten Kapitel meiner kleinen Geschichte: Wirtschaftskraft und Wohlstand. 1991 betrug das reale Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner - das ist der Ausweis des materiellen Wohlstandes - in Schleswig-Holstein 20.996 € und lag damit 2.740 € oder 4,5 % unter dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer und 3.933 € oder 8,1 % unter dem Bayerns. 2002 lag das schleswig-holsteinische reale BIP pro Einwohner 3.281 € oder 15,6 % unter dem der westdeutschen Flächenländer und 6.038 € oder 21,4 % unter dem Bayerns.

Rot-Grün hat die Wohlstandslücke dramatisch vergrößert. Gegenüber den westdeutschen Flächenländern hat sich der prozentuale Rückstand mehr als verdreifacht. Auch die Versorgung mit öffentlichen Gütern ist in Schleswig-Holstein viel schlechter als anderswo. Desolate Schulgebäude, veraltete Schulbücher, kaputte oder fehlende Straßen und fehlende Arbeitsplätze beweisen es täglich. Das ist das Ergebnis der rot-grünen Depression.

(Beifall bei FDP und CDU)

Herr Kollege Hentschel und Herr Kollege Hay, man kann das alles nachlesen. Ich zitiere hier nicht aus Statistiken, die wir entwickelt haben. Sie werden vielmehr vom Bundesfinanzministerium und von der Bundesbank herausgegeben. Sie können sie auch im Lande Schleswig-Holstein vom Statistischen Landesamt bekommen. Die Schere zwischen dem Wohlstand in allen westdeutschen Bundesländern und

(Wolfgang Kubicki)

im Bundesschnitt auf der einen Seite und dem Wohlstand in Schleswig-Holstein auf der anderen Seite hat sich in den letzten zehn Jahren der Regierung Simonis immer mehr zulasten des Landes Schleswig-Holstein geöffnet. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist die Bilanz des Misserfolges der Regierung Simonis. Sie erdrückt das Land mit falscher Politik und senkt die Anreize der Menschen und Unternehmen zu arbeiten und zu investieren.

Der Wohlstand der Menschen in Schleswig-Holstein wächst auch immer langsamer. Er wuchs von 1991 bis 2002 um magere 0,47 % jährlich. In den westdeutschen Flächenländern waren es 0,6 % und in Bayern 1,1 % - das 2,4-fache unseres Wertes. Seit 1996, seit die Grünen mitwursteln, ist der Wohlstand nur noch um 0,39 % jährlich gewachsen. Die Grünen sind eben echter Wohlstandsballast.

(Heiterkeit und Beifall bei FDP und CDU)

Auch das wirtschaftliche Wachstum schleicht nur, obwohl wir knapp 2 % jährlich brauchen, damit die Beschäftigung wächst. Von 1991 bis 2002 betrug das durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum in Schleswig-Holstein 1,06 %. In den westdeutschen Flächenländern betrug es 1,13 % und in Bayern 1,75 %.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Unterschiede sehen klein aus, bewirken aber bedauerlicherweise Großes. Blieben die durchschnittlichen Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsproduktes pro Kopf so, dann verdoppelte sich der materielle Lebensstandard der Menschen in Bayern in 66 Jahren und in Schleswig-Holstein in 178 Jahren. Ein Mensch in Bayern würde es noch erleben, in Schleswig-Holstein würden es erst die Enkel erleben. Wäre der Wohlstand seit 1991 in Schleswig-Holstein genauso schnell gewachsen wie in den westdeutschen Flächenländern, dann hätte jeder Mensch in Schleswig-Holstein allein 2002 rund 350 € mehr gehabt. Im Vergleich zu Bayern fehlten allein 2002 fast 1.600 € pro Kopf der Bevölkerung. Davon könnte eine Familie eine schöne Reise bezahlen oder auch sonst viel Gutes tun. Diese großen Wirkungen kleiner Unterschiede in den Wachstumsraten haben Robert M. Solow, den Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften von 1987, veranlasst, darauf hinzuweisen, dass ein paar zehntel Prozent mehr Wachstum mit Blick auf den Wohlstand der Menschen alle anderen wirtschaftspolitischen Ziele verblässen lassen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Das ist eine einfache Erkenntnis angewandter Zinsrechnung, die schon lange allgemeines Wissen in der VWL war, als die Ministerpräsidentin das Fach hier

in Kiel studierte. Es wundert mich, dass sie trotzdem schamlos behauptet, sie mache mit ihrer Regierung gute Politik für die Menschen in Schleswig-Holstein.

Aber vielleicht ändert sich ja doch etwas bei den Sozialdemokraten. Ich erinnere mich sehr genau daran, dass der Kollege Günter Neugebauer im Frühjahr im Finanzausschuss forderte, man müsse jetzt endlich Politik machen, die mehr Wachstum generiert. Ich habe mich allerdings gefragt, warum es sich so anhörte, als wenn er diese Politik von mir einforderte. Wahrscheinlich tat er es wegen seiner Lebenserfahrung.

(Heiterkeit und Beifall bei FDP und CDU)

An einem einzigen Beispiel will ich deutlich machen, worin das Versagen von Sozialdemokraten und Grünen in der Vergangenheit lag und warum unser Wohlstandsgefälle in Deutschland, europaweit gesehen, aber auch in Schleswig-Holstein größer ist als anderswo. Ich empfehle Ihnen die Lektüre der Kommentierung von Ulrich Schäfer in der heutigen Ausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ unter der Überschrift „Die leise Hoffnung“, in der er auf einen ganz markanten Punkt hinweist. Ich zitiere wörtlich:

„Besonders erstaunlich ist aber, was die Lockerung des Ladenschlusses bewirkt. Seit die Kunden samstags vier Stunden länger einkaufen dürfen, steigen die Umsätze des Handels. Ausgerechnet jene Reform, die nichts gekostet hat, beflügelt nun die Binnennachfrage.“

Erinnern Sie sich noch an die Debatten, die wir hier in diesem Hause über die Freigabe der Ladenschlusszeiten geführt haben? Damals haben Sozialdemokraten und Grüne erklärt, das soziale Elend werde ausbrechen, wenn die Ladenschlusszeiten freigegeben würden. Nun stellen wir in der Tat fest, dass mit der Freigabe der Ladenschlusszeiten Umsatz und Wachstum generiert werden, was Sie früher verhindert haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wenn es mit **mehr Wettbewerb und Liberalisierung** so weiterginge, wäre dies ein großer Sinneswandel. Bis vor kurzem war die entsprechende Forderung der FDP und der Union für den Kollegen Neugebauer und viele seiner Genossinnen und Genossen das „Teufelszeug Neoliberalismus“. Jetzt soll es der neueste Regierungsversuch von Gerhard Schröder werden.

Ein kleiner Exkurs zum Wirrwarr der Bundespolitik: 1998 hat der famose Kanzler Gerhard Schröder die Steuerreform verhindert, die er jetzt als Meisterstück

(Wolfgang Kubicki)

feiert. Dann hat er die sozialen Sicherungssysteme verteuert, sich strikt gegen die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes ausgesprochen, damit die Arbeitslosigkeit nicht sinkt, Deutschland mit lahmer Hand zum Sorgenkind Europas gemacht und in zwei Rezessionen geführt: Die erste war 2001 und die zweite läuft gerade.

Jetzt will der Bundeskanzler endlich alles nicht nur anders, sondern auch besser machen. Mit fünf Jahren Verzögerung sollen die Menschen niedrigere Steuersätze genießen dürfen und trotzdem genauso viel Steuern zahlen wie vorher. Das Gesundheitssystem soll ohne Rücksicht auf die Patienten und die Entwicklung der Bevölkerung umgestellt werden. Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sollen unter dem Dach des Bürokratiemonsters Bundesanstalt für Arbeit verwaltet werden, damit Herr Gerster 11.000 neue Bürokraten einstellen darf. Die **Gewerbsteuer** soll erhöht werden, damit die Kommunen von mehr Geld träumen dürfen, das die insolventen Unternehmen nicht mehr zahlen können.

Herr Buß und Herr Stegner, dass Sie davon nichts verstehen, liegt einfach daran, dass Sie im öffentlichen Dienst sind. Sie haben noch nie selbst eine Mark für irgendetwas investieren müssen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich sage Ihnen voraus, was die Unternehmen und die **Freiberufler** tun werden. Sie werden aufhören, Ausbildungsverhältnisse zu generieren, damit sie die erhöhte Gewerbesteuer zahlen können, die sie zahlen müssen. Ich verweise darauf, dass die Hebesätze in Kiel ungleich höher sind als in den Umlandgemeinden. Die Ärzte werden Leute nicht mehr einstellen. Sie werden entlassen. Das wird die Folge einer entsprechenden Änderung der Gewerbesteuer sein.

(Beifall bei FDP und CDU)

Aber Sie können sicher sein, dass Sie dafür im Bundesrat keine Mehrheit bekommen.

Gerhard Schröder und seine Regierungstruppe sind das lebende Beispiel dafür, dass „gut gemeint“ das Gegenteil von „gut“ ist.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Hentschel, Sie können gern mit mir wetten. Ich nehme die Wette an, um eine Flasche Champagner. Sie können die Marke aussuchen, damit es nicht so teuer für Sie wird.

(Heiterkeit bei FDP und CDU)

Ich nehme die Wette an. Es wird eine Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer nicht geben. Das sage ich Ihnen voraus.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

- Jetzt habe ich schon zwei, die mit mir wetten wollen. Ich nehme auch die zweite Wette gern an. Lothar Hay und der Kollege Hentschel haben mit mir um eine Flasche Champagner gewettet, dass die Freiberufler nicht in die Gewerbesteuer einbezogen werden.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

- Ich kann das bezahlen. Ich verdiene ja neben den niedrigen Diäten, die du bekommst, noch Geld mit ehrlicher Arbeit.

(Heiterkeit bei FDP und CDU)

Ich bezweifle nicht, dass Kollege Neugebauer uns nachher vollmundig erklären wird, wie die im Finanzplan 2003 bis 2007 vorgesehene stetige **Senkung der Investitionsquote** im Landeshaushalt auf 8,3 % im Jahre 2007 ein dynamisches Wirtschaftswachstum generieren und noch blühendere Landschaften mit mehr Beschäftigten schaffen soll. Hierzu zitiere ich erneut Peer Steinbrück - immer noch Sozialdemokrat und aus meiner Sicht immer noch einer der Vernünftigsten. Er sagte 1997, mit der Investitionsquote von nur noch 11,1 % im Etatentwurf 1997 sei die Schmerzgrenze bereits überschritten. Die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit im Norden habe auch mit dem Rückgang der öffentlichen Investitionen zu tun.

Wenn das stimmt, dann hat der weitere Rückgang der Investitionsquote im Landeshaushalt mit weiteren Arbeitslosen zu tun, die Sie damit verantworten müssen und veranlasst haben. Oder Sie müssen hier jetzt erklären, Herr Steinbrück wisse nicht, was er gesagt habe, er sei dumm oder in seinem Amt als Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen überfordert.

(Zurufe)

- Das können Sie gern sagen.

Auch ich will wie Herr Stegner, weil es immer gut ist, sich die Reden der Vergangenheit zu vergegenwärtigen - Herr Stegner hat gesagt, er habe das auch getan, aber wir hätten daraus nichts gelernt -, zitieren aus einer Rede der Ministerpräsidentin aus dem Jahre 1993, der ersten Rede zur Einbringung des Haushalts 1993:

„Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir reden in der Zwischenzeit viel vom Sparen, weil wir sparen müssen. Es geht aber um mehr als um Sparen. Es geht darum, in einer

(Wolfgang Kubicki)

Zeit knapper Mittel das Haus Deutschland von Grund auf zu stabilisieren, damit es für uns alle bewohnbar bleibt. Das bedeutet auch, sich die schmerzliche Aufgabe vorzunehmen, Ansprüche an den Staat auf das zu konzentrieren, was gemacht werden muss, um unsere Gesellschaft nicht auseinander fliegen zu lassen. Es ist und bleibt die größte Ungerechtigkeit gegenüber Menschen, Arbeitslosigkeit, Massenarbeitslosigkeit, Dauerarbeitslosigkeit zuzulassen.“

Frau Ministerpräsidentin, ich vergleiche einmal die Zahlen des Jahres 1993 mit den Zahlen des Jahres 2002. Ich lerne daraus, dass wir 1993, als Sie antraten, eine **Arbeitslosigkeit** von etwas über 93.000 Personen hatten und die Arbeitslosigkeit jetzt bei etwas über 122.000 Personen liegt. Das an sich laste ich Ihnen nicht an; was ich Ihnen anlaste, ist die Tatsache, dass die Schere der Arbeitslosigkeit in den westdeutschen Flächenländern immer weiter zulaufen des Landes Schleswig-Holstein aufgegangen ist. Das bedeutet: Wir generieren in Schleswig-Holstein seit zehn Jahren jedes Jahr prozentual mehr Arbeitslosigkeit als bundesweit im Verhältnis der westdeutschen Flächenländer. Das ist eine Folge der mangelnden Wachstumsraten, die wir haben. Wenn wir hier nicht konsequent gegensteuern, müssen wir uns um den Haushalt 2010 keine Gedanken mehr machen, weil wir nichts mehr haben, was uns finanziert.

(Beifall bei FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, addiert man, wie viel das Land jährlich zusätzlich hätte investieren müssen, um den Istwert der Investitionsquote von 1991 zu halten - ich habe 1991 als Vergleichsmaßstab genommen, Herr Kollege Kayenburg -, 14,6 %, dann hat Rot-Grün von 1991 bis 2002 knapp 3 Milliarden € zu wenig investiert, was den Verlust von Arbeitsplätzen zur Folge hatte, 3 Milliarden in der Kaufkraft von 2000.

Spätestens jetzt sollte allen klar sein, warum Schleswig-Holstein ein Opfer der rot-grünen Depression ist und wer für die lahmende Wirtschaft und die vielen Arbeitslosen mitverantwortlich ist: diese Landesregierung. Ihr Niveau zeigt sie mit der 100-Millionen-€-Luftbuchung ZIP 2004: Ein echtes 3-Milliarden-€-Loch soll jetzt - kurz vor der Landtagswahl - mit einer 100-Millionen-€-Blende notdürftig überdeckt werden. Das wären 3% des zehnjährigen Investitionsloches. Die anderen 97 % sind der Unterschied zwischen rot-grüner Utopie und der Wirklichkeit - Zehntausende Arbeitsplätze wären nicht verloren gegangen und Zehntausende hätten neu geschaffen werden können,

hätte die Regierung verantwortlich gehandelt, jedenfalls auf dem Niveau der Regierung Björn Engholm.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Bei Investitionen denkt die Landesregierung gleich an neue **Schulden**, was Frau Heinold zu Recht häufig beklagt - ohne bedauerlicherweise etwas dagegen zu tun.

Ich bin beim nächsten Kapitel der rot-grünen Depressionsgeschichte. Endlich einmal vorn. Frau Simonis hat Schleswig-Holstein an die Spitze der Schuldenstatistik der westdeutschen Flächenländer geführt. Jeder Mensch in Schleswig-Holstein hatte 2001 5.957 € Schulden. Das sind 2.039 € oder 52 % mehr als im Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer. Den Wert für 2002 hat der Finanzminister aus dem Finanzplan herausgelassen. Wahrscheinlich war ihm die Steigerung um 5,8 % auf 6.304 € zu hoch. Gleichzeitig hat die Ministerpräsidentin - ich habe es vorhin verlesen - seit 1993 jedes Jahr aufs Neue angekündigt, sie sei ganz verzweifelt, müsse aber trotzdem den Ausgleich des Haushaltes um mindestens ein Jahr nach hinten schieben. Damit ist jetzt Schluss. Rot-Grün will den Haushalt offenkundig nicht mehr ausgleichen. Ich kann das verstehen. Immer dieser Ärger - und in den letzten anderthalb Jahren ist es nun wirklich nicht mehr zu schaffen. Da haben Sie gesagt: Schluss mit der Pietät und her mit den Schulden! 595 Millionen € neue Schulden 2004 und 550 Millionen € 2005. Vor der Landtagswahl verliert Rot-Grün jede Scham. Ein verzweifelter Versuch, über die Runden zu kommen.

In letzter Zeit wird viel über die Konjunktur geredet, vor allem darüber, dass sie fehlt. Dieser Doppelhaushalt ist ein Lehrbuch-Beispiel für den Versuch, einen politischen Konjunkturzyklus zu starten. Der geht so: Gib vor der Wahl viel Geld auf Pump aus, das fällt vielleicht mit einem kleinen Aufschwung zusammen, wird vom Volk als Politikerfolg missverstanden und bringt deshalb bei der Wahl mehr Stimmen. Die dicke Rechnung kommt erst nach der Wahl, aber bis zur nächsten hat das Volk es vergessen.

Rot-Grün versucht es auch: Nächstes Jahr sollen die Nettoausgaben um 2,2 % steigen und 2005 um 0,9 % sinken. Vor der Wahl drehen Sie den Geldhahn auf, um die Stimmen der Wähler mit deren eigenem Geld zu erkaufen und hinterher will Rot-Grün es ihnen doppelt und dreifach kürzen. Das ist ungefähr so, als hätten sich die Römer die bekannten dreißig Silberlinge bei Jesus geborgt.

(Beifall bei der FDP)

(Wolfgang Kubicki)

Neue Schulden haben dieser Regierung nicht gereicht, auch das Landesvermögen musste dran glauben: 1994 wurden Landesbankanteile verkauft, 1995 die Provinzial, 1997 Forderungen, 1998 genehmigte man sich eine Sonderausschüttung aus dem LEG-Vermögen - die jetzt übrigens den Preis beim Notverkauf drückt -, 1998 und 2000 Anteile am Flughafen Hamburg, 1999 bediente man sich aus dem Vermögen der Investitionsbank, ab 1999 kam der Flop des Immobiliendeals dazu, der uns übrigens 70 Millionen € gekostet hat, und 2001 der erste Teilverkauf der LEG. Dieses Jahr sollen die Reste der LEG und nächstes Jahr die Lottogesellschaft verscherbelt werden. Nominal hat das bis jetzt knapp 1,2 Milliarden € gebracht, eine stolze Summe. Berücksichtigt man aber die Schleuderpreise, wird deutlich, wie Rot-Grün das Vermögen des Landes verbrannt hat, um dem Staatskonsum zu frönen. Diese Kosten kann man grob schätzen: Mehrere 100 Millionen €, vielleicht mehr als 1 Milliarde hat die Landesregierung verschenkt, zum Beispiel nach Nordrhein-Westfalen. Landesbankanteile wurden spottbillig an die WestLB verscherbelt und beim Börsengang der HSH hebt NRW die stillen Reserven, einen dreistelligen Millionenbetrag. Der hätte Schleswig-Holstein gehört, wenn die Regierung auf uns gehört, die Landesbank frühzeitig in eine AG umgewandelt und dann verkauft hätte.

(Beifall bei FDP und CDU)

Bei Gründung der HSH hätte die Chance bestanden, einen Teil des Geldes nach Schleswig-Holstein zurückzuholen, aber die Landesregierung wollte es nicht einmal versuchen.

Die Provinzial wurde ebenfalls spottbillig verscherbelt. Mehr Geld hätte das Land eingenommen, wenn man die Provinzial vorher in eine AG umgewandelt und dann verkauft hätte - übrigens auch ein gemeinsamer Vorschlag von FDP und CDU.

Die LEG ist weit unter Wert verkauft worden. Erst wurde der Unternehmenswert durch die Sonderausschüttung gemindert, dann hat Rot-Grün die erste Hälfte wieder spottbillig verscherbelt und sich dabei vertraglich so gebunden, dass auch beim jetzigen Restverkauf nur noch wenig zu holen ist. Hätte man die LEG frühzeitig als Ganzes verkauft - von Union in abgewandelter Form und uns gemeinsam vorgeschlagen -, hätte man etliche dutzend Millionen € mehr für Schleswig-Holstein einnehmen können.

Lieber Lothar Hay, damit sich die Sozialdemokraten bei ihrem weiteren Nachdenken noch einmal rückversichern können, worauf es ankommt, mehrere Zitate. Die Ministerpräsidentin in der Sitzung des Landtages vom 12. Dezember 2001:

„Die Antwort der Opposition auf die schwierige Situation, dass man durch eine konjunkturelle und strukturelle Delle durchmuss, ist jedes Mal, entweder die Landesbank oder die LEG beziehungsweise die LEG oder die Landesbank - je nachdem, was Sie gerade zuerst erwischen - zu verkaufen. Es ist bei Ihnen in all den Jahren nicht angekommen, dass diese beiden Instrumente für die regionale Weiterentwicklung unseres Landes und unserer Wirtschaft unersetzlich sind.“

Unersetzlich! 12. Dezember 2001. Schall und Rauch!

Ich habe bereits am 26. September 2001 darauf hingewiesen, dass sich die Landesregierung mit dem LEG-Verkauf ökonomisch unsinnig verhält. Ich habe darauf - deshalb halte ich es für besonders wichtig - durch den Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein eine Antwort erhalten. Ich bitte wirklich, dass man mir da zuhört. Ich zitiere vom 26. September 2001. Es ist eine Antwort von Klaus Möller an mich:

„Was den LEG-Verkauf angeht, haben wir eben nicht, wie es die Opposition gefordert hat, Wohnungsbestände verkauft, sondern in völliger Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Landtags eine Minderheitsbeteiligung verkauft. Das ist ein großer Unterschied. Bei Minderheitsverkäufen ist es branchenüblich, dass beim Kaufpreis Abschläge hinzunehmen sind.“

Den Zwischenruf, der an dieser Stelle gemacht wurde, muss ich mitzitieren:

„Wolfgang Kubicki [FDP]: Völliger Unsinn!“

Jetzt geht es weiter in dem Zitat Möller:

„Für den Fall übrigens, was ich nicht hoffe, dass der Landtag einmal zu einer anderen Entscheidung kommt, würde nachgezahlt.“

Diese Nachzahlung fordern wir ein. Oder ich erkläre: Das Parlament ist vom Finanzminister belogen worden.

(Beifall bei der FDP)

Wir vermuten, dass erneut Geld nach Nordrhein-Westfalen verschenkt werden soll. Die HSH kauft den Rest der LEG günstig ein. Als Eigentümer von 16,86 % Anteil an der HSH erhält das Land mittelbar diesen Prozentsatz des Verlustes zurück. Die anderen 83 % verbuchen die anderen Eigentümer der HSH als geldwerten Vorteil, zum Beispiel die WestLB, der es bekanntermaßen nicht sehr gut geht.

(Wolfgang Kubicki)

Der Immobiliendeal war sowieso der Versuch, hintenherum mehr Schulden aufnehmen zu können, wie es das Bundesverfassungsgericht zutreffenderweise festgestellt hat. Bezahlt wurde er dadurch, dass die Landesbank sehr billiges Kapital bekam. Der Zinssatz betrug 0,6 %. Das ist ein geldwerter Vorteil, der schon wieder zu großen Teilen außerhalb Schleswig-Holsteins verbucht wurde, unter anderem erneut bei der WestLB.

Herr Kollege Hay, ich höre immer sehr gern, dass es Vorschläge der Opposition geben möge. Es ist gar nicht so lange her, dass wir vorgeschlagen haben, die **Haftkapitalvergütung** heraufzusetzen. Das ist von der CDU und der FDP vorgeschlagen worden. Aber uns ist damals vorgehalten worden, das sei extrem unseriös. Das war noch nicht entschieden und noch nicht ausgehandelt. Es wurde gesagt, man könne das nicht etatisieren. Aber wir sind begeistert, dass Sozialdemokraten und Grüne sowie Herr Dr. Stegner mittlerweile diesem unseriösen Modell von FDP und CDU gefolgt sind, um den Haushalt zu sanieren.

Die Landesregierung verleiht also Geld zu 0,6 % und verschuldet das Land zu mehrfach höheren Zinssätzen. Wir haben schon damals gesagt: Als Kaufmannslehrlinge würden Sie nicht eingestellt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier zeigt sich ein Muster. Die Landesregierung hat nie ganze Sachen gemacht, sondern immer nur Teile des Tafelsilbers verramscht, um Haushaltslöcher zu stopfen. Die Gewinner saßen hauptsächlich außerhalb Schleswig-Holsteins, vor allem bei der WestLB.

Das zeigt nach meiner Ansicht zweierlei: Erstens taugt diese Landesregierung nicht als Vermögensverwalter Schleswig-Holsteins, und zweitens gab und gibt es eine Geld-Pipeline nach Nordrhein-Westfalen zum Schaden des Landes Schleswig-Holstein.

Ich frage mich: Warum? Schleswig-Holstein war doch nie Mitglied in Friedel Neubers Sparklub.

Sei es drum! Wir können die Zeit nicht zurückstellen. Aber wir können die Verantwortlichen anprangern. Die Hauptschuldige sitzt als Ministerpräsidentin auf der Regierungsbank.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das letzte oder vorletzte Kapitel der Geschichte der rot-grünen Depression handelt von der **Bildungspolitik**. Alle wissen, dass Bildung der Rohstoff ist, aus dem unser Wohlstand erwächst. Bildung ist für den einzelnen Menschen die beste Kapitalanlage, der beste Schutz gegen Arbeitslosigkeit, die beste Altersvorsorge und eine gute Voraussetzung für ein selbstbestimmtes, glückliches Leben. Was in der Schulzeit verweigert

wird, können die meisten kaum noch aufholen, besonders die Leistungsschwächeren nicht.

Man sollte meinen, dies seien Gründe genug, unseren Kindern ein gutes Bildungssystem aufzubauen. Aber für Rot-Grün ist das nicht so.

PISA hat gezeigt, dass Deutschland weit zurückhängt und wir in Schleswig-Holstein noch weiter zurückhängen. Die Kultusministerkonferenz hat nachgewiesen, dass die schleswig-holsteinischen Schüler bis zu 10 % weniger Unterricht bekommen als im deutschen Durchschnitt. Der Mittelstand beklagt und weist nach, dass Abgänger von Haupt- und Realschulen immer weniger in der Lage sind, den Anforderungen von Lehrberufen zu genügen.

Der Landesrechnungshof hat 2001 nachgewiesen, dass bis zum Schuljahr 2009/10 insgesamt 9.070 Lehrer in Schleswig-Holstein eingestellt werden müssten. Die Kultusministerin sagt, das werde alles durch die kleinen Klassen in Schleswig-Holstein ausgeglichen. Das ist aber schon vor dieser Behauptung widerlegt worden.

Bildung ist angeblich einer der Schwerpunkte der Landesregierung. Er ist so schwer, dass er untergegangen ist. Der quasisozialistische Bürokratiekoloss Bildungsministerium agiert nur noch als Produzent undurchführbarer Erlasssammlungen, ganz so wie GOSPLAN, die alte sowjetische Planbehörde.

Ergebnis: Diese Regierung nimmt die Bildungschancen unserer Kinder nicht ernst und nicht wahr, schmälert ihre Chancen und sägt damit an dem Ast, aus dem unser aller Wohlstand sprießt.

Seit Jahren rechnen wir der Landesregierung vor, dass wir viel mehr Lehrer brauchen. Die zeitliche Entwicklung der Schülerzahlen und der Eintritte von Lehrern in den Ruhestand hätten es auch ermöglicht, seit Mitte der 90er-Jahre viele Lehrer einzustellen, um den Schülerberg bis zum Ende des Jahrzehnts ordentlich bilden zu können. Wenn die Schülerzahlen wieder sinken, geht die Zahl der Lehrer wegen der Pensionierungsflutwelle noch viel schneller zurück. Alles bliebe einigermaßen im dynamischen Gleichgewicht ohne großen Unterrichtsausfall.

Aber Rot-Grün wollte es besser wissen. Jetzt fordert der von mir sehr geschätzte Kollege Lothar Hay, dass der Unterrichtsausfall 2005 kein Thema mehr sein soll - rechtzeitig zur Landtagswahl. Das rot-grüne Versagen soll unter den Teppich gekehrt werden.

Wie soll das gehen? Der Feuerwehrfonds für Unterrichtsvertretungen soll es richten. Das ist eine gute Idee, die die Ministerpräsidentin plötzlich im stillen Kämmerlein gehabt haben will. Ich sage Ihnen, woher

(Wolfgang Kubicki)

sie kommt: von der FDP. Seit Jahren fordern wir diesen Unterrichtsergänzungsfonds. Uns ist interessanterweise immer wieder gesagt worden, das sei nicht finanzierbar und nicht darstellbar. Aber jetzt geht es doch. Unser Name war wohl nicht reißerisch genug.

Wahrscheinlich hat die Ministerpräsidentin die Idee bekommen, als sie über unseren Änderungsanträgen zum Haushalt vom letzten Jahr gebrütet hat, weil sie endlich einmal gute Vorschläge lesen wollte.

Zum Bereich der **inneren Sicherheit** muss man nicht sehr viel sagen. Die Polizeibeamten vor Ort wissen ganz genau: Schleswig-Holstein ist nicht nur personell, sondern auch sachlich unterausgestattet. Es ist ausschließlich der hohen Motivation und Einsatzbereitschaft der Beamtinnen und Beamten zu verdanken, dass noch ein Höchstmaß an innerer Sicherheit in Schleswig-Holstein gewährleistet wird.

(Beifall bei der FDP)

Aber dass das Vertrauen in diese Regierung auf den Nullpunkt gesunken ist, muss ich Ihnen nicht erklären. Das kann jeder einzelne Abgeordnete vor Ort bei seinen Gesprächen mit den Polizeibeamten selber erfahren.

Ich mache das einmal an einer Zahl deutlich. Im Vergleich zu 1992 ist die unmittelbare Umweltverwaltung des Landes um über 1.000 Mitarbeiter gewachsen und die unmittelbare Anzahl der Polizeibeamten um 200 gesunken - trotz gesteigener Anforderungen, trotz erhöhter Kriminalitätsraten, trotz Auslandseinsätzen und vieler anderer Dinge mehr.

Der Personalhaushalt des Innenministers ist nicht auskömmlich. Er hat in seinem Haushalt für 2005 die höchste globale Minderausgabe seit Bestehen des Landes, von der er heute noch gar nicht erklären kann, wie er sie erwirtschaften will. Er hat bei der Deckelung seines Haushalts zusätzliche Belastungen durch Mietsteigerungen und durch neue Mietzahlungen bei der GMSH. All dies wird dazu führen, dass der Schwerpunkt innere Sicherheit in den Fluten der Ostsee versinken wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind der Auffassung: Jahrelang sind unsere Vorschläge als neoliberale Teufelszeug verschrien worden. Jetzt werden sie klammheimlich übernommen, aber schlecht umgesetzt - zu schlecht, zu wenig und vor allem zu spät. Das ist nach meiner Auffassung die Folge von keiner Ahnung und keinem Konzept.

Die Regierungskoalition braucht immer mehr Feuerwehrmaßnahmen und Feuerwehrtöpfe, um Feuer zu löschen, die sie selbst gelegt hat. Besser wäre es ge-

wesen, die Feuer gar nicht erst entflammen zu lassen. Rot-Grün hatte lange Zeit, das zu lernen, hat es aber nicht geschafft. Jetzt bemängeln Sie immer häufiger, es gebe keine Alternativen zu den Feuertöpfen mehr.

Dass das falsch ist, werden wir Ihnen 2005 beweisen.

(Zurufe von der SPD)

- Da brauchen wir uns gar nicht zu streiten. Es ist ja nicht mehr lange hin. Es sind 18 Monate.

Dem Wunsch des Kollegen Hay, dass die SPD die beste Oppositionsfraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag werden soll und will, werden wir selbstverständlich Folge leisten. Wir halten es mit Sir Karl Popper, der erklärte: Es ist der Vorteil der Demokratie, dass das Volk schlechte Regierungen ohne Blutvergießen loswerden kann. Nach unserer Auffassung stellt Rot-Grün eine schlechte Regierung dar. Denn sie ist teuer, aber wertlos. Das beweist der Haushaltsentwurf zweifelsfrei.

Unser finanzpolitischer Experte, Dr. Garg - er ist übrigens Doktor der Finanzwissenschaft und nicht der politischen Wissenschaft -, wird es Ihnen nachher im Einzelnen darlegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Tage an der Macht sind für Rot-Grün gezählt. Ihre Zeit läuft ab. Die schleswig-holsteinische Bevölkerung wird die rot-grüne Depression 2005 beenden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt dem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir befinden uns in einer außergewöhnlichen Situation. In diesem Jahr werden voraussichtlich über 200 Millionen € an Einnahmen wegbrechen. Zugleich steigen durch die wachsende Arbeitslosigkeit die Sozialausgaben, die Sozialhilfe und das Wohngeld. Das wird mit Sicherheit zu einer erheblichen Steigerung der Neuverschuldung führen. Das sind Fakten, die auch die Opposition schlecht diskutieren kann.

Herr Kayenburg, Sie haben behauptet, die Steuereinnahmen seien jedes Jahr gestiegen. Sie müssen sich die Zahlen aber einmal angucken. Tatsache ist, dass wir bei den Steuereinnahmen in diesem Jahr unter denen von 1998 liegen. Das liegt fünf Jahre zurück.

(Karl-Martin Hentschel)

Wenn Sie solche Zahlen nicht einmal zur Kenntnis nehmen, dann ist es logisch, dass Sie anschließend keine Ratschläge geben können, wie man es besser machen könnte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die Landesregierung hat sich in dieser Situation entschieden, nicht prozyklisch zu reagieren. Das scheint mir vernünftig zu sein. Denn wir wollen nicht dazu beitragen, die Konjunktur abzuwürgen, sondern wollen im Gegenteil Wachstumssignale setzen.

Umso erfreulicher ist, dass es der Regierung gelungen ist, einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen. Es ist schon erstaunlich, Herr Kayenburg, dass Sie da der Regierung Verfassungsbruch vorwerfen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Jawohl!)

Ich frage Sie: Wie viele Briefe haben Sie denn an Ihre Parteikollegen Ministerpräsidenten in anderen Bundesländern geschrieben, um sie darauf hinzuweisen, dass sie sich verfassungswidrig verhalten? Der Einbruch dieses Jahres, der zu einem verfassungswidrigen Vollzug führt, wenn die Investitionsquote nicht eingehalten wird, ist etwas, was auf der Grundlage der jetzigen Konjunktur in allen Bundesländern passiert.

(Rainer Wiegard [CDU]: 200 Millionen sind kein Einbruch, Herr Hentschel! Das ist dummes Zeug! - Martin Kayenburg [CDU]: Das ist schön, dass Sie wenigstens akzeptieren, dass ein Verfassungsbruch vorliegt! - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Quatsch! Hören Sie genau zu!)

Es gelang, einen **verfassungsmäßigen Haushalt** vorzulegen, obwohl die Investitionen nicht heruntergefahren werden, sondern mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm sogar ein zusätzlicher Wachstumsimpuls vorgeschlagen wird. Wenn Sie das, ein zusätzliches Wachstumsprogramm mit einem Volumen von 100 Millionen €, das Investitionen von 500 Millionen € auslöst, ein lächerlich kleines Programm nennen, Herr Kayenburg, weiß ich nicht mehr, in welcher Welt wir leben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Die Einhaltung der Verfassungsgrenze war nur möglich, weil es sich wieder um einen radikalen Sparhaushalt handelt. Gleichzeitig werden die Weichen für erforderliche Strukturmaßnahmen gestellt, um zu einer mittelfristigen Senkung der Personalkosten und der Verwaltungskosten zu kommen.

Ich erinnere an dieser Stelle gern an das erfreuliche Angebot des CDU-Vorsitzenden und des CDU-Fraktionsvorsitzenden vom Oktober letzten Jahres. Sie beide haben versprochen - ich habe das schriftlich -, den Konsolidierungskurs konstruktiv mit zu begleiten. Auf dieses Angebot werde ich zurückkommen. Ich hoffe, Sie werden sich auch in den kommenden Monaten daran erinnern, wenn die Interessengruppen im Land ihre Forderungen stellen und vor dem Landeshaus demonstrieren.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Das Landwirtschaftsministerium wurde aufgelöst. Jetzt gibt es ein einheitliches Verbraucherschutzministerium und das **Umwelt-** und das **Landwirtschaftsministerium** sind zusammengelegt. Ich bedanke mich hier ausdrücklich für die Unterstützung des CDU-Vorsitzenden, der genau das letztes Jahr gefordert hat.

Der vorgelegte Haushalt macht deutlich, dass diese Entscheidung sinnvoll war. Dem Umwelt- und Landwirtschaftsminister ist es dank der Umweltabgaben, durch eine Umschichtung der Mittel hin zu einer artgerechten und umweltverträglichen Landwirtschaft und durch Nutzung der neuen Möglichkeiten der EU-Landwirtschaftspolitik wie der Modulation gelungen, zusätzliche EU-Mittel und GA-Mittel zu binden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Das nützt der Landwirtschaft. Das nützt auch der Umwelt, wenn die Landwirtschaft stärker auf nachhaltige Bewirtschaftungsarten setzt. Und es nützt dem Land. Denn die intakte Natur ist nicht nur ein Wert an sich. Sie bedeutet Lebensqualität für die Menschen. Sie ist ein wichtiger weicher Wirtschaftsfaktor, wie der Jahresbericht des Wirtschaftsminister deutlich gemacht hat. Sie ist ein zentraler Faktor für unseren wichtigsten Devisenbringer, den Tourismus.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Durch eine Anhebung der Grundwasserentnahmeabgabe wird es darüber hinaus möglich, trotz sinkender Landeszuschüsse wieder die Neuwaldbildung zu fördern. Ich bedanke mich hier auch für die Unterstützung durch die Kreistage von Nordfriesland und Rendsburg-Eckernförde, die mit den Stimmen der CDU-Mehrheiten die Forstförderung durch die Grundwasserentnahmeabgabe gefordert haben, die der Umweltminister jetzt umsetzt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

(Karl-Martin Hentschel)

Die Erhöhung der Grundwasserentnahmeabgabe um durchschnittlich 2,60 € pro Person im Jahr ist moderat. Sie ist auch vertretbar, weil Schleswig-Holstein durch seine intakte Natur die niedrigsten Wasserpreise im Bundesgebiet hat.

Mittelfristig werden Maßnahmen wie die Förderung von artgerechten Ställen, das Biomasseprogramm und der Bau von Biogasanlagen sowie die Forstförderung sogar zu einer guten Grundwasserqualität beitragen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Bei einem Sinken der Bodenbelastung wird ein überdurchschnittlicher Zugriff auf preiswertes Grundwasser möglich, was wiederum die Wasserpreise senkt. Das ist ein Beispiel dafür, dass vorsorgende Umweltpolitik sich letztlich auch für die Verbraucherinnen und die Verbraucher und die Wirtschaft rentiert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Im Zentrum dieses Haushalts steht die **Bildungspolitik**. Dies entspricht meiner Überzeugung. Denn Bildung ist die wichtigste Investition in die Zukunft des Landes.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Sowohl im Jahr 2004 wie auch im Jahr 2005 werden - wie versprochen - jeweils 200 neue Lehrerstellen geschaffen. Zusätzlich werden in den beiden Jahren 20 Millionen € für das Programm gegen den Unterrichtsausfall bereitgestellt. Die **Hochschulen** bekommen mit dem Hochschulvertrag für die kommenden fünf Jahre Finanzsicherheit.

Aber das reicht nicht aus. Die PISA-Studie hat uns gelehrt, dass die Qualität eines Bildungssystems nur sehr begrenzt von den Bildungsausgaben abhängt. Deswegen hat die Regierung mit Unterstützung der Regierungsfractionen eine ganze Palette von Strukturmaßnahmen auf den Weg gebracht.

Dazu gehört die Ausweitung der betreuten Grundschulen auf über die Hälfte aller Grundschulen,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
vereinzelt bei der SPD und Beifall beim
SSW)

die Einführung der verlässlichen Halbtagschule am Hamburger Rand und im kommenden Jahr in den kreisfreien Städten. Dazu gehört das Programm für Ganztagsangebote, dass gut angenommen wird und das durch das Investitionsprogramm der Bundesregierung einen weiteren Schub bekommt. Dazu gehört die

Stärkung der Autonomie der Schulen durch das Programm „Geld statt Stellen“, durch die dezentrale Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern vor Ort, durch die Umwandlung von Berufsschulen in autonome Berufsbildungszentren. Dazu gehört die Einführung von Evaluationsmaßnahmen wie der Schultest EVIT und die Vergleichsarbeiten VERA.

Zugleich werden die Ressourcen im Schulsystem verlagert: Etwas größere Kursgrößen in den Oberstufen ermöglichen es, mehr neue Lehrerinnen und Lehrer im Elementar- und im Primarbereich einzusetzen. Damit tun wir genau das, was PISA fordert: bessere Förderung für die Kleinen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Umstellungen stellen hohe Anforderungen an die Schulen. Meine Fraktion und ich haben uns in zahlreichen Schulbesuchen überzeugen können, mit welchem großen Engagement in vielen Schulen an der Umsetzung gearbeitet wird. Deswegen bedanke ich mich an dieser Stelle bei allen Lehrerinnen und Lehrern, die sich im Interesse der Kinder so sehr engagieren und sich eingesetzt haben, um die neuen Herausforderungen zu Beginn des Schuljahres reibungslos zu bewältigen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD)

Ich bedanke mich auch bei allen Landtagsabgeordneten und Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern sowohl der Regierungsparteien wie auch der Opposition, die diese schwierigen Umstellungen konstruktiv begleiten.

Ich habe allerdings kein Verständnis für blinden Populismus, wenn Probleme auftreten. Erst recht habe ich kein Verständnis, wenn Politik auf dem Rücken von Kindern gemacht wird, wie wir es jetzt im Landkreis Ostholstein erleben.

(Lothar Hay [SPD]: Gut!)

Man kann über eine Schule oder über eine Schulform unterschiedlicher Meinung sein. Aber es ist nicht in Ordnung, wenn vorsätzlich Billigcontainer für die neuen Klassen der Gesamtschule Pansdorf dort aufgestellt werden, wo demnächst die Baumaschinen für den Neubau durchrollen müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Jost de Jager
[CDU])

- Das hat nichts mit der Frage der Finanzierung zu tun. Die Container hätten auf die andere Seite gestellt werden können. Die Container sind bewusst auf der Straße zum Bauplatz gestellt worden. Der Wunsch

(Karl-Martin Hentschel)

der Schule, die Container an anderer Stelle aufzustellen, ist abgelehnt worden. Das ist pure Schikane.

(Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: Kennen Sie die Situation?)

Wenn trotzdem doppelt so viele Eltern ihre Kinder für diese Schule angemeldet haben, als Plätze bereitstehen, wäre es wirklich schön, wenn Sie diesen Elternwillen akzeptieren könnten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zurufe von der CDU)

Ich erinnere mich wohltuend an den letzten Landtagswahlkampf - es gibt ja auch gute Erinnerungen an die CDU -, in dem Volker Rühle die klare Ansage machte, dass der Elternwille von jetzt ab auch von der CDU respektiert wird. Ein solches Machtwort erwarte ich auch von dem neuen Vorsitzenden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsen-Reese [CDU])

In der **Hochschulpolitik** ist dieser Haushalt ein Dokument dafür, dass wir bei der Neuordnung unserer Hochschulen vorangekommen sind. Die Landesregierung ist entschlossen, die Ergebnisse der Erichsen-Kommission rasch umzusetzen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Der Fünf-Jahres-Rahmenvertrag ist paraphiert. Er gibt den Hochschulen Finanzsicherheit und Freiheit für Personalmaßnahmen. Im September werden wir im Landtag die Eckpunkte für die Zielvereinbarungen verabschieden. Die Neuorganisation der Uni-Klinika schreitet voran. Auch hier bedanke ich mich - trotz Ihres Zwischenrufs, Herr Kayenburg - für die durchaus konstruktive Haltung der Oppositionsparteien, die die Erichsen-Ergebnisse einhellig begrüßt haben.

Die kritische Einmischung bei Einzelentscheidungen - wie bei Eckernförde - ist ausdrücklich erwünscht. Das trägt zur Verbesserung der Ergebnisse bei. Gerade wenn es um die Schließung oder die Verlagerung von Einrichtungen geht, ist es gut, wenn die Zahlen noch einmal evaluiert werden, damit solche weitreichende Entscheidungen auf einer sicheren Basis getroffen werden können. Aber ich erwarte auch, dass die Neuordnung der Hochschulen letztlich von allen mitgetragen wird, die die Ergebnisse der Erichsen-Kommission begrüßt haben. Denn die Hochschulen brauchen sichere und verlässliche Rahmenbedingungen für die kommenden Jahre.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Jost de Jager [CDU])

Meine Damen und Herren, einer der schwierigsten Punkte innerhalb unserer Koalition war die Finanzierung der **Kindertagesstätten**. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn wir schon jetzt eine dauerhafte Neuordnung der Finanzierung im Kita-Gesetz hätten verabschieden können. Das war leider nicht möglich. Nun sind wir einen anderen Weg gegangen und den Kommunen ein gewaltiges Stück entgegengekommen, indem wir ihnen angeboten haben, die Kita-Förderung in Höhe von zwei Mal 60 Millionen € in den kommunalen Finanzausgleich zu geben. Dies setzt allerdings voraus, dass eine Rahmenvereinbarung mit den Kommunen und den Trägern zustande kommt, die die Qualität der Kinderbetreuung sicherstellt, die den Bildungsauftrag der Kitas konkretisiert, die bedarfsgerechte Öffnungszeiten belohnt und eine verbindliche Evaluation der Kindertagesstätten gewährleistet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wissen, dass die Grundlagen für eine erfolgreiche Bildung und Erziehung bereits im Vorschulbereich gelegt werden. Deshalb ist für uns klar: Wir sind bereit, mehr Flexibilität zuzulassen. Wir könnten uns zum Beispiel vorstellen, dass anstelle der Gruppengrößen ein Schlüssel zwischen Kinderzahl und Zahl der Betreuungskräfte vereinbart wird. Wir sind aber nicht bereit, zuzulassen, dass die Qualität abgesenkt wird. Wenn einzelne Politiker und Politikerinnen glauben, sie könnten Kosten sparen, indem sie die Standards senken und die Erziehung unserer Kinder unausgebildeten Kräften überlassen, dann haben sie schlicht die Zeichen der Zeit nicht begriffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, im Rahmen der Kabinettsreform wurde das **Wirtschaftsministerium** durch die Übernahme der Arbeitsmarktpolitik und der Energiewirtschaft gestärkt. Ich freue mich, dass auch diese Entscheidungen durch die Opposition unterstützt worden sind.

Schleswig-Holstein hat, entgegen den ständigen Unkenrufen vonseiten der Opposition, ausgezeichnete **Verkehrsverbindungen**. Das mit weitem Abstand wichtigste Verkehrsmittel für unsere Exportwirtschaft ist das Schiff. Hier ist Schleswig-Holstein mit den leistungsfähigen Ostseehäfen Lübeck und Kiel und der Nachbarschaft zu Deutschlands bedeutendstem internationalen Hafen Hamburg ausgezeichnet angebunden. Der Bundesverkehrswegeplan hat dem Ausbau der Nord-Süd-Verbindung für die Gütertransit-

(Karl-Martin Hentschel)

verkehre nach Skandinavien auf Schiene und Straße Vorrang gegeben. Durch die Nachbarschaft zum internationalen Flughafen Hamburg Airport sind wir ausgezeichnet mit ganz Europa und der Welt verbunden. Beim Ausbau des Personenverkehrs hat Schleswig-Holstein mit seiner mutigen Ausschreibungspolitik, mit der Schaffung des einheitlichen Fahrkartensystems für Hamburg und Schleswig-Holstein und dem integralen Taktfahrplan bundesweit Zeichen gesetzt,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und jeder, der die Fachzeitschriften liest, stellt fest, dass überall Schleswig-Holsteins Weg als Vorbild für andere Bundesländer geschildert wird. Allerdings ist dieser Weg nicht einfach zu gehen. Der Insolvenzantrag der FLEX und die häufig schwierige Haltung der DB AG beim Ausbau der Infrastruktur und der Bahnhöfe sind bekannt. Aber wir werden uns von diesem Weg nicht abbringen lassen. Durch die endlich erfolgte Änderung des Personenbeförderungsgesetzes sind 10 Millionen € für den ÖPNV frei geworden. Ich begrüße, dass diese Mittel in Gänze dem Ausbau des Schienenverkehrs zugute kommen und uns ermöglichen, den Takt auf den Hauptstrecken zu verdichten und so mehr Menschen in die Züge zu holen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf von der CDU: Alles aus Bundesförderung!)

- Nur zu deiner Information: In diesem Fall handelt es sich um Landesmittel. Das kannst du im Haushalt nachlesen. - Die wichtigsten Kapitel in der **Wirtschaftsförderung** sind die Förderung der Berufsausbildung und die Technologieförderung. Es ist gut, dass durch das **Zukunftsinvestitionsprogramm** ZIP gerade in diesem Bereich zusätzliche Investitionen bereitgestellt werden konnten. Dies sind strategische Investitionen, mit denen die Arbeitsplätze der Zukunft geschaffen werden. Als jemandem, dem Ökonomie und Ökologie gleichermaßen am Herzen liegt, freue ich mich natürlich besonders, dass die Schwerpunkte bei der Wirtschafts- und Technologieförderung des Landes insbesondere bei Umwelttechnologien, bei der Förderung erneuerbarer Energien, der Medizintechnik und den maritimen Technologien liegen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Schwerpunkte sind allerdings kein Zufall. Ich bin der sicheren Überzeugung, dass in Zukunft nur energie- und ressourcensparende sowie umweltfreundliche Technologien und Produkte eine Chance haben werden.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Meine Damen und Herren, die größten Unsicherheiten dieses Haushaltes liegen beim **Sozialministerium**. Das ist nicht die Schuld der Sozialministerin, sondern es liegt an der Situation der komplizierten Verhandlungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen über die zukünftige Gestaltung der Sozialhilfe und der Arbeitsmarktpolitik. Deswegen kann es sich bei einigen Haushaltansätzen, zum Beispiel bei der **Sozialhilfe**, nur um grobe Schätzungen handeln. Das Ministerium hat uns versichert, dass die Ansätze so gewählt sind, dass sie mit hoher Wahrscheinlichkeit ausreichen werden. Natürlich waren auch in diesem Ministerium an vielen Stellen erhebliche Einsparungen erforderlich, die wir in den Beratungen unserer Fraktionen genau prüfen werden. Gesondert erwähnen möchte ich die **Verbraucherzentrale**. Sie hat sich mit einem neuen Konzept und mit der Konzentration auf fünf Beratungsstellen neu und modern positioniert und wird deshalb nach den Kürzungen der letzten Jahre von weiteren Streichungen ausgenommen. Angesichts der Bedeutung des Themas Verbraucherschutz möchte ich dies ausdrücklich unterstützen und gratuliere der Verbraucherzentrale zur erfolgreichen Neupositionierung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD)

Meine Damen und Herren, eine moderne und leistungsfähige **Justiz** ist die Grundlage unseres Rechtsstaates. Sie ist aber auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, wie uns die Zustände in Osteuropa in den 90er-Jahren plastisch vor Augen geführt haben. Nur durch die konsequente Modernisierung und Automatisierung der Abläufe ist es gelungen, Einsparungen zu realisieren und so die wachsenden Kosten teilweise aufzufangen. Ein Beispiel dafür ist die von der Ministerin gegen anfängliche Widerstände des vorigen Finanzministers hartnäckig durchgesetzte Einführung von automatischen Warnverfahren. Dies führt mittlerweile sogar zu erheblichen zusätzlichen Einnahmen. Dazu gratuliere ich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erhebliche Investitionen fließen weiterhin in die grundlegende Modernisierung der alten Vollzugsanstalten aus dem Anfang des vorigen Jahrhunderts. Damit werden die Voraussetzungen für einen modernen Strafvollzug verbessert und wird dem Vollzugsziel entsprochen, die begrenzten Möglichkeiten des Strafvollzuges möglichst optimal auszuschöpfen, um

(Karl-Martin Hentschel)

den Gefangenen künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu ermöglichen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um den Resozialisierungsgedanken zu gewährleisten, ist und bleibt eine Forderung der Grünen-Fraktion. Ganz besonders gilt dies für den Jugendstrafvollzug. Moderne Gebäude, eine gute Ausstattung und gute Ausbildungschancen garantieren den Jugendlichen den Weg zurück in die Gesellschaft.

Die drastischen Kürzungen der vergangenen Jahre sind auch an der Jugend-, Frauen- und Familienpolitik nicht vorbeigegangen. So notwendig dies angesichts der dramatischen Haushaltslage ist, möchte ich doch deutlich machen, dass dies meiner Fraktion erhebliche Sorgen bereitet. Wir werden uns deshalb bei den Haushaltsberatungen in der Fraktion und mit unserem Koalitionspartner in besonderer Weise auch mit diesem Thema beschäftigen und prüfen, ob und wo Korrekturen erforderlich sind.

Beschäftigen wollen wir uns auch mit einer Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes. Das Land schießt die Leistungen an allein erziehende Mütter vor, aber nur jeder fünfte unterhaltspflichtige Vater zahlt den Betrag zurück. Der Rückgriff muss konsequenter durchgeführt werden. Unterhaltsvorschuss ist kein Freibrief für die Unterhaltspflichtigen.

Ich halte es auch für erforderlich, zu einer Neuregelung über die Kosten und die Verteilung der Rückgriffseinnahmen mit den Kommunen zu kommen, damit die Kreise mehr finanzielle Anreize haben, sich in diesem Bereich stärker zu engagieren. Sie haben Recht: Ich verfolge dieses Ziel schon seit mehreren Jahren wie vieles andere auch. Sie werden feststellen, dass immer wieder - manchmal dauert es länger, manchmal kürzer - auch etwas umgesetzt wird. Hartes Bohren führt meistens zum Erfolg.

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein hat eine **Polizei**, mit der sich meine Fraktion voll identifizieren kann, und das liegt nicht nur an der Farbe der Uniform.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer sich 20 Jahre zurückerinnert, weiß, dass dieses gute Verhältnis nicht selbstverständlich ist. Die Arbeit der modernen Polizei umfasst mehr als nur Verbrechensbekämpfung. Nennen möchte ich als Beispiele die Arbeit in kriminalpräventiven Räten in den Kommunen, die Verkehrsberatung an Schulen, die Beteiligung an der Jugendarbeit, die Sicherung und Deeskalation bei Demonstrationen und Veranstaltungen und den vielfältigen Bürgerservice in allen

Lebenslagen. Kurz und gut: Schleswig-Holstein kann stolz darauf sein, dass wir eine bürgerfreundliche Polizei haben. Was - ich brauche jetzt das Zitat - -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] geht zu seinem Platz)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich möchte die Zwischenzeit nutzen, um Ihnen zu sagen, dass, wenn wir gleich in die Mittagspause eintreten, wir unser Mittagessen in der neuen Kantine zu uns nehmen werden. Das ist dann sozusagen die Inbetriebnahme der neuen Kantine. Der Weg dorthin ist ausgeschildert.

(Lothar Hay [SPD]: Der Vizepräsident wird uns einladen!)

- Der Kollege Hay übernimmt die Rechnung.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Was im Vergleich dazu eine CDU-Regierung leistet, kennen wir aus Hamburg. Dort ist mit einer innenpolitischen Debatte eine Partei, die sich nach ihrem ehemaligen Vorsitzenden benannt hat, hochgejubelt worden, damit eine Regierungsübernahme möglich war. Was jetzt davon gehalten wird, als der Innenminister Schill vom Bürgermeister vor die Tür gesetzt wurde, das sagte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei - Zitat -:

„Für uns geht ein Albtraum zu Ende. Mit seinen politischen Amokläufen hat Schill der Stadt und ihrer Polizei bundesweit geschadet.“

So viel zum Thema innere Sicherheit in Verantwortung eines liberalkonservativen Senats!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir wissen, dass die Arbeit der Beamten mit erheblichen Belastungen verbunden ist. Angesichts der knappen Mittel sind in den vergangenen Jahren große Anstrengungen unternommen worden, um die Polizei von bürokratischen Aufgaben im Revier, in der Verwaltung und in der Verkehrsregelung zu entlasten. So wurde erreicht, dass mehr Polizisten auf der Straße und zur Verbrechensaufklärung tätig sind. Zugleich wurde die Ausrüstung der Polizei erheblich modernisiert durch moderne Leasingfahrzeuge, durch Handys und durch die Ausstattung mit leichten Schutzwesten. Die Ausstattung der Reviere mit Computeranlagen muss zügig fortgesetzt werden, da dies erhebliche Büroarbeit erspart.

(Karl-Martin Hentschel)

Nun soll die geplante Polizeireform III eine weitere Hierarchieebene auflösen. Damit verbunden ist die geplante Einrichtung von einheitlichen Notrufzentralen. Hier appelliere ich auch an die Kreise, die sich noch zieren. Das Konzept von fünf Zentralen landesweit für Polizei, Feuerwehr, Krankenwagen und so weiter in einer Hand ist richtig. Angesichts der enormen Kosten, die für den digitalen Funk auf uns zukommen, müssen wir hier an einem Strang ziehen und Egoismen überwinden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Probleme bereitet zurzeit wieder einmal der Beförderungsstau. Hunderte von Polizisten im gehobenen Dienst sitzen auf so genannten Relationsstellen, auf die sie sich extra beworben haben und dafür häufig mit ihrer Familie umgezogen sind. Nun können sie nicht befördert werden. Ich habe den Innenminister gebeten, mir hierzu die Zahlen zusammenzustellen, damit wir prüfen können, ob wir zumindest punktuell etwas tun können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sorgen bereitet uns weiterhin die Integration von **Migranten**. Die Mittel für Deutschkurse für Erwachsene reichen nicht aus. Wenn ein neues Einwanderungsgesetz verabschiedet wird – ich hoffe das -, dann kommen hier Mehrausgaben in Millionenhöhe auf uns zu. Es mag sein, dass einige von Ihnen glauben, das sei nicht so wichtig. Ich sehe das anders; denn die Probleme, die entstehen, wenn es uns nicht gelingt, die Einwanderer zu integrieren, sind unser aller Probleme, die sich multiplizieren, wenn wir nicht handeln. Für die Integration steht das Erlernen der deutschen Sprache an erster Stelle.

Schwierig ist auch die Situation im Bereich des **Sports**. Die Sportvereine leisten in der Jugendarbeit mehr als alle anderen Einrichtungen zusammen. Dies geschieht zum großen Teil ehrenamtlich. Dagegen ist die Landesförderung angesichts unserer begrenzten Mittel nur marginal. Deswegen ist es bedauerlich, dass es auch in diesem Jahr erneut eine Kürzung um 700.000 € geben muss. Ich hoffe, dass es gelingt, im Rahmen der Neuordnung der Verwendung der Lotteriemittel zu einer neuen Lösung zu kommen, die in Zukunft eine sichere Finanzierung der Sportförderung ermöglicht.

Auch die Kommunen sind in den letzten Jahren durch Steuereintrübe hart getroffen worden und die Auswirkungen der Steuer- und Sozialreform sind noch nicht absehbar. Die Landesregierung hat sich in dieser Situation bei der **Reform der Gemeindefinanzen** ohne Wenn und Aber auf die Seite der Kommunen

gestellt. Das ist nicht selbstverständlich, meine Damen und Herren von der Opposition. Ich bedauere es umso mehr, dass ein Teil der CDU-geführten Länder die Position des BDI gegen die Position des Deutschen Städte- und Gemeindetages unterstützt hat und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sogar die völlige Abschaffung der Gewerbesteuer fordert. Ich finde das ein Unding und einen Schlag ins Gesicht der Kommunen, die Abschaffung der Gewerbesteuer zu fordern, die ihre finanzielle Grundlage ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Heiner Garg [FDP]: Weil Sie nichts davon verstehen!)

Noch etwas! Wir haben gemeinsam lange Debatten über den Föderalismus geführt und darüber, dass wir die Mischfinanzierung abschaffen wollen. In dieser Situation wollen Sie den Gemeinden ihre eigene Finanzquelle entziehen und stattdessen zu einer neuen Mischfinanzierung kommen

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

und das ausbauen. Ich finde, das, was Sie hier vertreten, ist völlig widersprüchlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie haben überhaupt keine Ahnung!)

Das hat mit Logik nichts mehr zu tun.

Wir dagegen wollen wie die Kommunen eine Ausweitung der **Gewerbesteuer**, und zwar nicht nur für kleine Betriebe und die freien Berufe, sondern vor allem auch für große Firmen. Deshalb wollen wir die Abschaffung der Organschaft, durch die es sich große Konzerne aussuchen dürfen, wo sie die niedrigsten Steuern zahlen. Wir wollen eine Rückkehr der Besteuerung zum Ort der Produktion, wo die Menschen arbeiten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD sowie des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Zugleich wollen wir eine Mindestbesteuerung, damit Konzerne, die blendende Gewinne machen, nicht mehr mit gekauften Verlustabschreibungen auf Jahre keine Steuern zahlen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nachdem Sie es ihnen mit der Körperschaftsteuer ermöglicht haben!)

(Karl-Martin Hentschel)

Herr Kayenburg, ich fordere Sie auf: Pfeifen Sie Ihre Bundestagsfraktion zurück

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU)

und setzen Sie sich wie viele CDU-Politiker für den Erfolg und den Ausbau der Gewerbesteuer ein!

Über die FDP lohnt es sich an dieser Stelle kaum zu reden; sie ist zu einer „Lobbyinteressengruppe“ für Anwälte verkommen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: O Gott!)

Aber gut, dass sich zumindest Herr Kubicki für den Besten hält.

(Heiterkeit des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Meine Damen und Herren, wer den Kommunen helfen will, muss auch dafür sorgen, dass die Steuerreform zumindest solide gegenfinanziert wird.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Dann ist es keine mehr!)

Gestern noch forderte die CDU Subventionsabbau, aber wenn es heute konkret wird, fordert sie schnell den Erhalt der Pendlerpauschale. Herr Kayenburg, damit verabschieden Sie sich wieder einmal durch die Hintertür, bevor Sie das Haus der Reform überhaupt bemerkbar betreten haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Auch in der Debatte über die Umsetzung der **Hartz**-Vorschläge hat sich das Land Schleswig-Holstein von Anfang an für die Position der Kommunen eingesetzt. Wir wollen, dass die Kommunen bei der Arbeitsvermittlung nicht von den Arbeitsämtern ausgebootet werden können, denn sie haben in der Vergangenheit ausgezeichnete Erfahrungen erworben und viele erfolgreiche Projekte auf die Schiene gesetzt. Dieses Know-how darf nicht verloren gehen. Zugleich darf der Übergang von der Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II nicht zu einer finanziellen Mogelpackung werden, bei der die Kommunen zuzahlen. Deswegen hat sich Schleswig-Holstein so klar positioniert und sich auch entschieden gegen die eigene Bundesregierung gestellt. Ich würde mir wirklich wünschen, was andere Bundesländer auch so klar reagieren würden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD] – Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich würde auch gern wissen, wie die CDU hier im Landtag dazu steht. Das kann man doch wirklich einmal erfahren wollen. Sie kritisieren hier stundenlang die Regierung, aber Sie sind nicht bereit, in den elementaren Punkten, über die in dieser Republik diskutiert wird, überhaupt zu sagen, wie Ihre Fraktion dazu steht,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

weil Sie sich nicht trauen, den absurden Vorstellungen Ihrer Bundestagsfraktion entgegenzutreten. Wir sind nicht in der Opposition, wir sind in der Regierung; trotzdem wagen wir es – wir tun es auch -, im Interesse unseres Landes unsere eigene Bundesregierung zu kritisieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Sie kritisieren nicht einmal Ihre Bundestagsfraktion, obwohl sie hier in der Opposition sitzen. Darin werden Sie so auch ewig bleiben.

Meine Damen und Herren, die berechtigten Forderungen an den Bund ersparen es uns nicht, unsere eigenen Aufgaben zu machen. Wir haben bei den freiwilligen Leistungen und **Förderprogrammen** seit Jahren zum Teil drastische Kürzungen vorgenommen. Dies müssen wir leider fortsetzen, ohne das Augenmaß zu verlieren. Nur in Einzelfällen haben wir bisher Kürzungen bei Leistungsgesetzen vorgenommen. Ich habe den Finanzminister gebeten, mir eine Aufstellung aller Leistungsgesetze zu schicken. Diese Aufstellung habe ich gestern bekommen. Vielen Dank. Meine Fraktion will nämlich auch hier weiter systematisch Sparmöglichkeiten prüfen.

Der größte Block des Landeshaushalts sind die **Personalausgaben**. Hier ist es wirklich erstaunlich, was Sie dargestellt haben, Herr Kayenburg. Das muss man schon sagen. Schleswig-Holstein ist das Land mit den geringsten Personalausgaben. Was machen Sie daraus? Sie beklagen sich, dass wir in allen Bereichen der Regierung weniger Personal als andere Bundesländer haben. Ja, das ist wahr: Wir haben in allen Bereichen der Regierung weniger Personal als andere Bundesländer, besonders in den zentralen Verwaltungsbereichen. Das beklagen Sie hier, schimpfen darüber, sagen, die Investitionsquote sei zu niedrig, wir sollten mehr für Investitionen ausgeben, und gleichzeitig sollen wir in allen Bereichen die Personalausgaben erhöhen. Das ist absurd, Herr Kayenburg, was Sie hier vorgetragen haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Martin Kayen-

(Karl-Martin Hentschel)

burg [CDU]: Sie haben wieder mal nicht zugehört! – Zuruf: Es ist ja auch egal!

In den großen Bereichen Bildung, Polizei und Justiz sind – das ist ja auch Ihre Meinung – große Einsparungen nicht gewollt. Deswegen geht es in Zukunft vor allem bei der Einsparung von Personalausgaben um die **Strukturreform der Verwaltung**. Unsere Große Anfrage hat deutlich gemacht, wie viel seit unserer großen Initiative zur Verwaltungsreform 1997 bereits passiert ist.

Hier muss ich einen Fehler des Parteivorsitzenden der CDU korrigieren. Er behauptet, dass in Schleswig-Holstein mehr Personal im öffentlichen Dienst beschäftigt sei als in anderen Bundesländern. Damit ist er durchs Land gelaufen. Das ist falsch. Sowohl das Land als auch die Kommunen beschäftigen weniger Personal als fast alle anderen Bundesländer. Seine Zahlen und der Irrtum kommen dadurch zustande, dass Sie die Beschäftigten des Bundes einschließlich der Bundeswehr mitgerechnet haben.

(Zuruf des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Schleswig-Holstein hat nun einmal die größte Bundeswehrrichte unter allen Bundesländern. Ich hoffe, Sie weisen, wenn Sie das erkannt haben, Ihren Vorsitzenden auf diesen Irrtum hin, damit er nicht noch im nächsten Jahr während des gesamten Wahlkampfes mit falschen Zahlen herumrennt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Projekt, das Frau Heinold seit Jahren verfolgt, ist die Bildung von **gemeinsamen Behörden mit Hamburg**. Mit der Fusion der Eichverwaltungen, der Statistischen Landesämter

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

und der Datenzentralen sind wir hier ein mächtiges Stück vorangekommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Rainer Wiegard [CDU]: Zum sechsten Mal! – Zurufe)

- Herr Garg, Sie brauchen nicht zu lachen. Jeder hat Dinge, an denen er hartnäckig festhält. Und meine Erfahrung ist, dass Leute, die hartnäckig an bestimmten Dingen arbeiten, auch meistens Erfolg haben. Deshalb finde ich es auch richtig, dass ich sie hier erwähne. Frau Heinold hat diese Diskussion seit Jahren geführt und wenn wir jetzt einen Erfolg haben, ist das auch zu wesentlichen Teilen ihr Erfolg.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich nehme das ja auch zur Kenntnis! Ich dachte bisher immer, das sei die Ministerpräsidentin!)

Als nächsten Schritt prüfen wir, inwieweit Aufgaben der **unteren Landesbehörden** und der **Kreise** besser abgestimmt oder sogar zusammengelegt werden können. Dabei geht es um Bereiche wie Straßenbauverwaltung, Umweltverwaltung, Gewerbeaufsicht, Ämter für ländliche Räume, Agrarverwaltung, Katasterverwaltung und so weiter. Es hat aber wenig Sinn - und das ist der zentrale Punkt in der Diskussion -, drei bis sechs untere Landesbehörden jeweils auf 15 Kreise aufzuteilen. Da diese Behörden häufig sehr spezielle Aufgaben haben, würde dann sogar mehr Personal als heute benötigt werden. Deshalb habe ich vorgeschlagen - wenn wir schon diese Diskussion führen -, die Struktur der Kreise mit zu überprüfen. Wenn wir zugleich die Zahl der Ämter drastisch reduzieren könnten - vielleicht kann man das auch dadurch erreichen, dass man ihnen Anreize gibt, das zu tun -, dann könnten die Kreise wiederum viele Aufgaben an die Amtskommunen abgeben. Damit würde vieles bürgernäher geschehen. Das ist doch unser Ziel.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß, dass diese Diskussion heute noch bei vielen Kommunalpolitikerinnen und -politikern auf Abwehr stößt. Aber ich bin sicher, dass Hartnäckigkeit und Vernunft auch in dieser Frage siegen werden. Am Ende könnten nicht nur erhebliche Einsparungen, sondern auch eine Stärkung der Demokratie vor Ort und ein besserer Service für die Bürgerinnen und Bürger dabei herauskommen.

Meine Damen und Herren, am 10. Oktober 2002 erklärte der CDU-Vorsitzende Carstensen in einer gemeinsamen Pressemitteilung mit dem Fraktionsvorsitzenden im Landtag:

„Wir wollen deutlich machen, dass wir (...) eine konstruktive Opposition sind, die bereit ist, die Sanierung des Landes mitzutragen.“

Dieses Angebot der CDU ist erfreulich. Leider haben Sie das Versprechen während der Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr noch nicht eingelöst. Anstelle von Sparvorschlägen hat die CDU damals zusätzliche Forderungen in dreistelliger Millionenhöhe aufgestellt. Nun gibt es einen neuen Haushalt und Sie

(Karl-Martin Hentschel)

haben eine neue Chance - die letzte vor der Wahl, darauf haben Sie alle schon hingewiesen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Kayenburg, ich habe Ihre Rede allerdings noch nicht so empfunden, sie klang mehr wie ein Jammertal.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Sie waren noch nicht sehr konstruktiv mit den Vorschlägen - wollen wir es einmal so sagen. Aber das kann ja in den nächsten Monaten noch kommen.

(Heinz Maurus [CDU]: Deshalb haben wir ja auch mehrere Lesungen beim Haushalt!)

Auf einen Punkt möchte ich allerdings eingehen, Herr Kayenburg. Sie haben tatsächlich gesagt, dass 50 Millionen € in diesem Haushalt wackelig sind, nämlich der im Bundeshaushalt bereits beschlossene **Subventionsabbau**, der den Ländern auch zugute kommt. Diese 50 Millionen €, die wir dadurch mehr bekommen sollen, seien unsicher. Sie haben nicht gesagt, warum sie unsicher sind.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Sie sind unsicher, weil die CDU in den Ländern und im Bund den Abbau von Subventionen blockiert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben wieder nicht zugehört!)

Sie blockieren den Abbau von Subventionen und Sie wollen verhindern, dass es diese 50 Millionen € mehr für das Land durch den Abbau von Subventionen gibt. Und gleichzeitig kommen Sie hierher und werfen uns vor, die Einnahmen, die bereits im Bundeshaushalt stehen, seien unsicher. Das ist absurd und das ist ein Zeichen einer destruktiven Politik, Herr Kayenburg.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir werden sehen und Sie sehr genau an Ihren Vorschlägen im Dezember messen. Wir werden sehr genau das Verhalten Ihrer Abgeordneten vor Ort in den nächsten Monaten beobachten.

(Zurufe von der CDU)

Sie können jetzt zeigen, ob Sie in der Lage sind, konstruktive Alternativen und Einsparvorschläge zu for-

mulieren, oder ob Sie wiederum jeder Wählergruppe im Land das Blaue vom Himmel versprechen.

(Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: So, wie Sie das machen!)

Ich bin sicher, die Bürger werden Sie an Ihren Vorschlägen und nicht an leeren Versprechungen messen. Hic Rhodos, hic salta!

(Zurufe von der CDU)

Die grüne Fraktion wird prüfen, ob es Spielräume für weitere Einsparungen gibt und an welchen Stellen es Korrekturbedarf gibt. Und wir werden wie gewohnt alle vorliegenden Vorschläge unvoreingenommen mit unserem Koalitionspartner beraten.

(Klaus Schlie [CDU]: Das ist ja schon mal viel wert!)

Wir werden aber alles tun - und das sage ich auch im Hinblick auf das nächste Jahr -, um das zu verhindern, was in Niedersachsen und in Hessen passiert ist, nachdem die CDU die Regierung übernommen hat. Dort ist die Neuverschuldung innerhalb von zwei Jahren verdreifacht worden. Das, was dort durch die Übernahme der Regierung durch die CDU passiert ist, weil sie gnadenlos Versprechungen gemacht hat und hinterher das Geld zum Fenster herausschmeißen musste,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Widerspruch bei der CDU)

das garantiere ich Ihnen - da können Sie noch so viel grinsen -, wird in Schleswig-Holstein nicht passieren.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich darf auf die vereinbarte Mittagszeit hinweisen.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat ihre Hausaufgaben gemacht: erstens ein radikaler Sparhaushalt in einem Wahljahr - was sehr mutig ist -; zweitens ein klarer Schwerpunkt im Bereich Bildung; drittens ein Zukunftsinvestitionsprogramm, das auch auf Landesebene ein Beitrag zur Konjunkturbelebung liefert; viertens eine gelungene Zusammenführung von Landwirtschaft und Umwelt. Die Regierungskoalition hat damit in schwierigen Zeiten ihre Handlungsfähigkeit bewiesen.

Sie wissen schon, dass ich Haushaltsreden gern mit einem Zitat schließe - heute mit Max Frisch: „Die

(Karl-Martin Hentschel)

Krise ist ein produktiver Zustand. Man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen!“

Ich finde, das ist der Regierung gut gelungen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Lachen bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Wir werden jetzt - mit hoffentlich positivem Beigeschmack - die Premiere in der neuen Kantine feiern. Der Landtagspräsident wird dort einige Worte an uns richten. Ich wünsche Ihnen allen guten Appetit. Um 15 Uhr setzen wir die Sitzung hier wieder fort. Bis dahin ist die Sitzung unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:08 bis 15:02 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die Nachmittagsitzung. Zunächst möchte ich auf der Tribüne Besucher begrüßen, und zwar den Sozialverband Deutschland, Ortsverband Schenefeld, und die Gemeindevertretung Pöschendorf. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sage es noch einmal, falls man es vergessen haben sollte: Erstmals in der über 50-jährigen Geschichte Schleswig-Holsteins berät der Landtag heute einen **Zweijahreshaushalt**. Ein Blick in die Runde der Bundesländer genügt, um festzustellen, dass wir damit kein Neuland betreten. Richtig ist auch, dass es mit einem Doppelhaushalt einfacher wird, perspektivische Entscheidungen zu treffen und Planungsziele zu verdeutlichen. All dies könnte man somit mit der guten Nachricht umschreiben.

Die schlechte Nachricht lautet, dass ein Doppelhaushalt in Anbetracht der schnellen wirtschaftlichen und konjunkturellen Entwicklung zu größeren Unsicherheiten bei der Schätzung von Einnahmen und Ausgaben führt. Dies gilt nicht zuletzt für das zweite Haushaltsjahr.

(Rainer Wiegard [CDU]: Dadurch gibt es mehr Planungssicherheit!)

Besonders die Einnahmesituation unseres Landes ist 2004/2005 äußerst unklar, denn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die dem Doppelhaushalt

zugrunde liegen, sind so unsicher wie selten zuvor bei der Vorlage eines Haushaltsentwurfs. Bei den zu erwartenden **Steuereinnahmen** geht die Landesregierung in ihrem Haushaltsentwurf von den Daten der Mai-Steuerschätzung aus. Das ist - formal gesehen - völlig korrekt, greift aber zu kurz. Die Steuerschätzer gingen im Mai für 2003 von einem **Wirtschaftswachstum** von 0,75 % und für 2004 von 2 % aus. Man kann getrost sagen, dass diese Zahl in diesem Jahr nicht mehr zu erreichen sein wird, auch wenn die wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein etwas positiver verläuft als im Bundesdurchschnitt.

Im ersten und zweiten Quartal haben wir es in der Bundesrepublik sogar mit einem kleinen Rückgang des Wirtschaftswachstums zu tun gehabt. Einige Wirtschaftsinstitute sprechen bereits von einer leichten Rezession, während der Bundeswirtschaftsminister von einer wirtschaftlichen Stagnation ausgeht. 2003 ist also höchstens noch ein Nullwachstum zu erwarten, während die Bundesregierung und die Wirtschaftsinstitute für 2004 Prognosen zwischen 1 % und 2 % Wirtschaftswachstum abgegeben haben.

Für 2005 gibt es noch überhaupt keine gesicherten Zahlen hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung und der Steuereinnahmen. Allein diese Tatsachen, die auch von der Landesregierung im Finanzplan 2003 bis 2007 offen ausgesprochen werden, zeigen, dass die Aufstellung eines Doppelhaushalts schon aus strukturellen Gründen mit vielen Unsicherheitsfaktoren belastet ist.

(Rainer Wiegard [CDU]: Dadurch gibt es mehr Planungssicherheit!)

- Lieber Kollege Wiegard, wenn man sich die Erfahrungen der anderen Bundesländer ansieht, so ist dies immer wieder ein Punkt, der positiv hervorgehoben wird.

(Beifall bei SSW und SPD)

Konkret heißt das, dass wir uns im nächsten Jahr auf einen Nachtragshaushalt - wenn nicht sogar auf zwei Nachtragshaushalte - einzustellen haben. Dies ist aber auch notwendig, damit der Landtag am Ball bleiben und sein vornehmstes Recht, nämlich das Haushaltsrecht, weiterhin wirkungsvoll ausüben kann. Es wird also künftig so sein müssen, dass die Haushaltsberatungen des Landtags viel mehr als bisher als Prozess aufzufassen sind.

Auch inhaltlich betrachtet enthält der Haushaltsentwurf gute und schlechte Nachrichten. Dabei ist es offensichtlich, dass die schlechten Nachrichten überwiegen; da beißt die Maus keinen Faden ab. Neben der strukturell bedingten unsicheren Einnahmesituati-

(Anke Spoorendonk)

on hat es darüber hinaus selten so viele ungedeckte Schecks und offene Fragen in einem Haushaltsentwurf gegeben wie in diesem. Das hängt natürlich damit zusammen, dass sich die Bundesrepublik in einer der schwersten Krisen ihrer Geschichte befindet. Die **Arbeitslosigkeit** hat in diesem Sommer mit fast 4,5 Millionen Menschen, die davon betroffen sind, einen Stand erreicht, wie man ihn eigentlich seit der Weimarer Republik nicht mehr gesehen hat. Auch in Schleswig-Holstein haben wir leider in diesem Jahr einen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen gehabt.

Dazu sprengt die Verschuldung von Bund, Ländern und Kommunen fast den Rahmen des Vorstellbaren. Alle gesetzlichen Sozialversicherungskassen - von der Arbeitslosenversicherung über die Pflegeversicherung bis hin zur **Renten- und Krankenversicherung** - sind mit geradezu katastrophalen Defiziten belastet. Kurzum: Deutschland braucht Reformen so nötig, wie ein Durstiger in der Wüste Wasser braucht.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundesregierung hat mit der Agenda 2010 eine ganze Reihe von Reformen in Gang gesetzt, um die Bundesrepublik aus der Misere herauszuführen. Abgesehen von der Frage, ob diese Maßnahmen im Einzelfall alle sinnvoll sind, was ich seitens des SSW bezweifle,

(Beifall beim SSW)

wird die Umsetzung auf jeden Fall erhebliche direkte oder indirekte Auswirkungen auf den Haushalt des Landes haben. Dies gilt insbesondere für das Vorziehen der dritten Stufe der **Steuerreform**, die - ohne Kompensation - zu Einnahmeausfällen von ungefähr 210 Millionen € für Schleswig-Holstein führen wird. Dabei ist es nicht von der Hand zu weisen, dass wir in der jetzigen angeschlagenen Konjunktur unbedingt ein positives Signal brauchen, damit die Nachfrage wieder in Gang kommt.

Ein Mittel ist es, die dritte Stufe der Steuerreform vorzuziehen, denn diese entlastet die Bürgerinnen und Bürger und den Mittelstand um fast 10 Milliarden € zusätzlich zur bereits beschlossenen zweiten Stufe der Steuerreform, die in jedem Fall am 1. Januar 2004 in Kraft treten wird.

Allerdings wird dieses Instrument nur wirken, wenn die Menschen endlich wieder Vertrauen in die gesamte Politik Berlins haben. Von daher ist die Unklarheit über die Weichenstellung in der zukünftigen Gesundheitspolitik und die Diskussion über die Zukunft der Renten weiterhin ein großes Problem. Das heißt, wir

brauchen schnell gerechte und nachvollziehbare Reformen in diesen beiden Kernbereichen des deutschen Sozialstaates.

Darüber hinaus reißt das Vorziehen der Steuerreform weitere riesige Löcher in die Haushaltskassen der Länder und der Kommunen. Wie sollen das Land und die schleswig-holsteinischen Kommunen unter diesen Bedingungen für 2004 noch einen vernünftigen Haushalt vorlegen können?

Der SSW fordert die Landesregierung daher dazu auf, dem Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform nur zuzustimmen, wenn Land und Kommunen vom Bund dafür eine angemessene Kompensation erhalten.

(Beifall beim SSW)

Ein weiteres Problem beim Vorziehen der Steuerreform sind Teile des geplanten **Subventionsabbaus** zu ihrer Finanzierung. Natürlich macht es Sinn, als Gegenleistung zu den Steuererleichterungen endlich mit einem Abbau der vielen Subventionen ernsthaft zu beginnen. Allerdings hat die bisherige Diskussion gezeigt, dass es überhaupt keinen Konsens darüber gibt, welche Subventionen überflüssig sind und welche noch immer eine Berechtigung haben. Stichworte sind hier beispielsweise die Eigenheimzulage, der Kohlepfennig und die Pendlerpauschale, um nur einige der in der Diskussion stehenden Kürzungen zu nennen. Hier fehlt ein langfristig angelegtes Gesamtkonzept der Bundesregierung, die sich aus taktischen Gründen zugedeckt hält. Diesen Vorwurf muss man aber auch der größten Oppositionsfraktion im Bundestag machen, die über diese Fragen intern scheinbar zutiefst zerstritten ist.

Natürlich hängt die Sichtweise hinsichtlich des Subventionsabbaus immer auch von der eigenen Interessenslage ab. Ich denke, das ist in einer Demokratie völlig legitim. Von daher kann es niemanden überraschen, dass der SSW als regionale Partei insbesondere die Pläne der Bundesregierung zum Auslaufen der **Gemeinschaftsaufgabe** zur Verbesserung der **Wirtschaftsstruktur** in den alten Bundesländern mehr als kritisch bewertet. Die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe sind ein wesentlicher Bestandteil für das Regionalprogramm 2000 in Schleswig-Holstein. Ohne diese Bundesmittel werden nicht nur laufende Projekte gefährdet, sondern sind auch negative Folgen für die Entwicklung in den strukturschwachen Räumen und für die gesamte Wirtschaftsstruktur in Schleswig-Holstein zu erwarten. Alle vernünftigen Kräfte müssen darauf drängen, dass die Bundesregierung diese Entscheidung wieder rückgängig macht. Deshalb haben wir dazu einen Entschließungsantrag

(Anke Spoorendonk)

eingbracht. Wir hoffen auf die Unterstützung aller Fraktionen in dieser für uns sehr wichtigen Frage.

(Beifall beim SSW)

Auch bei der geplanten **Gemeindefinanzreform** und der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sind die finanziellen Folgen für das Land noch nicht hinreichend abzusehen. Das liegt natürlich auch daran, dass diese Initiativen der Bundesregierung zum überwiegenden Teil von der Zustimmung des Bundesrates abhängig sind. Wir alle wissen, dass die Unionsmehrheit im Bundesrat einem Kompromiss in diesen vielen Bereichen vor der Bayernwahl nicht zustimmen wird.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch wieder eine Unterstellung!)

- Lieber Kollege Kayenburg, ich glaube, es gibt genügend Aussagen dazu, die das bestätigen.

Die aktuelle Blockadehaltung der Bundesratsmehrheit von CDU und CSU - ich sage es noch einmal - zeigt übrigens wieder einmal, wie groß der Bedarf für eine **Reform** des deutschen **Föderalismus** ist.

(Lars Harms [SSW]: Sehr gut!)

Wir müssen die verschiedenen Formen der Mischfinanzierung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden endlich entflechten.

(Beifall beim SSW sowie des Abgeordneten Joachim Behm [FDP])

Noch viel wichtiger ist: Die Anzahl der Gesetze, die der Zustimmung des Bundesrates bedürfen, muss reduziert werden. Dies gilt aber nur - auch das will ich hinzufügen -, wenn die Länder im Gegenzug mehr eigene Gesetzgebungskompetenzen erhalten.

Der Beschluss des Föderalismuskonvents im Frühjahr in Lübeck gibt hierzu ja eine eindeutige und vernünftige Richtung im Sinne der Länder an. Gerade vor dem Hintergrund des Konvents ist es schon sehr befremdlich, dass man auf der Bundesebene die Einsetzung einer Kommission zur Reform des Föderalismus diskutiert, in der die Landesparlamente nicht am Beratungsverfahren beteiligt werden sollen. Das kann nun wirklich nicht angehen. Von daher unterstützen wir die Kritik, die unter anderem von den Kollegen Kayenburg und Hentschel in diesem Zusammenhang öffentlich geäußert wurde.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dennoch ist es klar, dass wir wegen der ungeklärten Beschlusslage auf Bundesebene bei der Aufstellung

eines Haushalts für Schleswig-Holstein in der Luft hängen. Die Landesregierung sagt in ihrem Finanzplan in aller Deutlichkeit, dass die vielfältigen Auswirkungen der bundespolitischen Initiativen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht exakt beziffert werden können. Dies gilt aber auch für viele der landespolitischen Initiativen im Haushalt 2004/2005.

So hat die Landesregierung in ihrer Haushaltsklausurtagung beschlossen, dass die Umsetzung der Anfang des Jahres von der Chefin der Staatskanzlei vorgestellten Vorschläge zur weiteren **Verwaltungsreform** vorgezogen werden soll.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Von wem?)

Das ist grundsätzlich natürlich zu begrüßen. Schon vor rund einem Jahr wies der Landesrechnungshof in einem Prüfbericht auf die mangelhafte und schleppende Umsetzung der Modernisierungsvorhaben hin. Allerdings hat dies zur Folge, dass viele Reformvorschläge mit heißer Nadel gestrickt und erst in der Nachschiebeliste konkretisiert werden.

Das gilt zum Beispiel für einen Vorschlag zur Neuordnung der bisher in den Umweltämtern, den Ämtern für ländliche Räume und dem Landesamt für Gesundheit und Arbeitsschutz wahrgenommenen Aufgaben. Erst nach Vorlage der Nachschiebeliste werden wir die Ausgaben für den Geschäftsbedarf pro Mitarbeiterin und Mitarbeiter und die Konsequenzen für den Haushalt kennen. Auch die Auswirkungen, die durch die Umsetzung des Entwurfs für eine Änderung des Grundwasserabgabegesetzes, durch den die Sätze für die öffentliche Wasserversorgung erhöht werden, entstehen, soll der Umwelt- und Landwirtschaftsminister erst in der Nachschiebeliste vorlegen. Gleiches gilt für die Verhandlungen mit den Kommunen über die Verwaltungsreform.

Zentraler Punkt dieser Verhandlungen wird die Neuordnung des Kindertagesstättenbereiches sein. Dazu ist heute Morgen schon einiges gesagt worden. Die Landesregierung plant - Sie wissen das -, die bisher im Landeshaushalt berücksichtigte Landesförderung für Kindertagesstätteneinrichtungen und qualifizierte Tagespflegestellen für 2004 und 2005 in Höhe von 60 Millionen € als Vorwegabzug in den kommunalen Finanzausgleich zu überführen. Mit den zugewiesenen Mitteln sollen die Kreise und kreisfreien Städten als örtliche Träger in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben bei der Betreuung und Förderung von Kindern in Tagesstätteneinrichtungen eigenverantwortlich erfüllen zu können.

Um die Qualität und Standards der Kindertagesstätten zu sichern, will die Landesregierung eine Rahmenvereinbarung mit den kommunalen Landesverbänden

(Anke Spoorendonk)

und den Wohlfahrtsverbänden abschließen. Ich will nicht verhehlen, dass der SSW diesem Vorschlag skeptisch gegenübersteht.

(Beifall beim SSW sowie des Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU])

Zum einen bekommen wir quasi durch die Hintertür eine Standardöffnung, die die Mehrheit des Landtages vor kurzem noch vehement abgelehnt hat; denn die Kommunen werden einer Rahmenvereinbarung nicht ohne ein Entgegenkommen der Landesregierung in dieser Frage zustimmen.

(Beifall des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr richtig)

Zum anderen sind die Einflussmöglichkeiten des Landtages auf die Ausgestaltung einer Rahmenvereinbarung doch sehr viel begrenzter, als wenn wir die Details durch das Kita-Gesetz ändern würden. Mit der Änderung des Kita-Gesetzes im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes geben wir der Landesregierung praktisch eine Blankovollmacht dafür, die Vereinbarung mit den Kommunen abzuschließen.

(Werner Kalinka [CDU]: So ist das!)

Wir sind nicht grundsätzlich gegen eine Kommunalisierung von Aufgaben. Wir sind aber der Meinung, dass wir uns im Bildungsausschuss nochmals damit beschäftigen müssen, wie wir als Parlament einen größeren Einfluss auf das Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden erhalten können. Das gilt auch für den Sozialausschuss. Aus Sicht des SSW gilt dies natürlich insbesondere auch für die Belange der Kindergärten der dänischen Minderheit, für die Möglichkeiten der Integrationsförderung und nicht zuletzt auch für die Förderung der Minderheitensprache in den Kindertagesstätten.

Auch der geplante **Verkauf der Landesentwicklungsgesellschaft** ist noch mit vielen Unwägbarkeiten behaftet. Die Landesregierung plant, im Jahre 2004 mit dem Verkauf einen Erlös von 110 Millionen € zu erzielen. Der Deutsche Mieterbund steht dem Verkauf der Wohnungen weiterhin sehr kritisch gegenüber. Auch die Zukunft der Landgesellschaft macht uns in diesem Zusammenhang Sorgen. Wichtig bleibt, dass durch die gefundene Regelung die Zielsetzung der Landesentwicklung gesichert wird.

Wir dürfen uns aber natürlich nichts vormachen: Der Verkauf der LEG geschieht aus blanker Not und nicht aus Überzeugung.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Hinzu kommt, dass der Verkauf der LEG eigentlich schon im Haushaltsjahr 2003 geplant war. Wenn die LEG nun erst im nächsten Jahr verkauft wird, erhalten wir automatisch ein weiteres Haushaltsloch für das laufende Haushaltsjahr. Dieses Haushaltsloch wird allein schon deshalb entstehen, weil wir mit weniger Steuereinnahmen als bei der Haushaltsaufstellung erwartet rechnen müssen, und das, obwohl Schleswig-Holstein im ersten Halbjahr 2003 einen Anstieg der Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 9,9 % oder über 225 Millionen € zu verzeichnen hatte. Damit hat Schleswig-Holstein das beste Ergebnis aller Flächenländer aufzuweisen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Du musst das mal genauer ansehen! Das sind zwei Erbschaftsteuerfälle!)

- Lieber Kollege Kubicki, ich nehme die Anregung auf. - Damit hat Schleswig-Holstein - das steht fest - das beste Ergebnis aller Flächenländer aufzuweisen. Allerdings sind wir dadurch mit einer Finanzkraft von 100,7 % im Länderfinanzausgleich wieder zum Gebirg geworden und haben deshalb im ersten Halbjahr auch geringere Einnahmen aus den Bundesergänzungszuweisungen bekommen. Das ist übrigens ein Punkt, der bei einer Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern aus unserer Sicht eine wichtige Rolle spielen sollte.

Im Ergebnis führt dies dazu, dass die **Steuereinnahmen** des Landes unter Berücksichtigung von Bundesergänzungszuweisungen und Länderfinanzausgleich um 6,7 Millionen € oder um 0,3 % unter dem Aufkommen des vergleichbaren Vorjahreszeitraumes liegen. Im Jahresdurchschnitt wurde bei der Haushaltsaufstellung von einem Anstieg der Steuereinnahmen im Verhältnis zum Vorjahr von 4,5 % ausgegangen. Das wird nach Adam Riese wohl nicht mehr zu erreichen sein. Zusammengenommen heißt dies, dass wir im November wahrscheinlich einen weiteren Nachtragshaushalt für 2003 verabschieden müssen, um dieses Defizit abzudecken.

Auch deshalb geht die Landesregierung für den Haushalt 2004/2005 von erheblichen Sparmaßnahmen im Bereich der **Förderprogramme** aus. Hier soll für die kommenden Jahre jeweils um 10 % der verbleibenden Mittel gekürzt werden. Bei den Zuwendungen, die nicht mehr unter den Förderprogrammen geführt werden, sollen 5 Millionen € gespart werden. Wir wissen alle, dass diese Sparvorschläge vielen Organisationen und Vereinen im sozialen und kulturellen Bereich das Rückgrat brechen können. Deshalb ist es sehr bedenklich, dass die Landesregierung mit der Konkretisierung bis zur Nachschiebeliste warten

(Anke Spoorendonk)

will. Die Betroffenen haben ein Recht auf schnellstmögliche Auskunft über ihre zukünftige Situation.

Darüber hinaus plant die Landesregierung globale Minderausgaben 2004 und 2005 in dreistelliger Millionenhöhe. Auch hier muss man kritisieren, dass wir heute nicht wissen, wo die Ministerien diese Einsparungen vornehmen werden. Richtig ist, dass sich der Finanzausschuss einvernehmlich immer wieder mit dem Problem der globalen Minderausgaben beschäftigt hat.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was heißt „einvernehmlich“?)

- Das ist im Finanzausschuss parteiübergreifend immer wieder kritisiert worden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Es ist kritisiert worden - das ist klar!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt aber auch gute Nachrichten im Haushaltsentwurf der Landesregierung. Dazu gehört zum Beispiel das neu aufgelegte Investitionsprogramm. Der SSW begrüßt, dass die Landesregierung solch ein Investitionsprogramm beschlossen hat. Mit dem vorgeschlagenen **Zukunftsinvestitionsprogramm** - ZIP 2004 - von 100 Millionen €, das auch Investitionen der EU und des Bundes sowie der Werftenhilfe von rund 800 Millionen € auslösen soll, greift die Landesregierung eine alte Forderung des SSW auf. Wir haben schon seit Jahren immer wieder gefordert - das kann man in den Haushaltsreden nachlesen -, dass der Staat in einer konjunkturellen Schwächephase mit öffentlichen Investitionen gegensteuern muss. Das Investitionsprogramm ist daher ein wichtiges Signal, um die Wirtschaft in Schleswig-Holstein wieder in Schwung zu bringen. Gerade vor dem Hintergrund einer rückläufigen Investitionsquote brauchen wir gezielte Maßnahmen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Schwerpunkte im Bereich der Bildung, der Wirtschafts- und Verkehrsinfrastruktur sowie der maritimen Wirtschaft kann der SSW unterstützen, obwohl man über die Details in den Haushaltsberatungen sicherlich noch diskutieren kann.

Durch das ZIP-Programm steigt die **Investitionsquote** von 10,3 % im Jahre 2003 auf bescheidene 10,4 % 2004.

(Martin Kayenburg [CDU]: Was ist 2005?)

Es ist allerdings bedauerlich, dass die Investitionsquote im Zeitraum des Finanzplans bis 2007 auf 8,3 % zurückgehen soll.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie müssen zu Ende lesen, Frau Kollegin, und sollten nicht auf jeden Trick hereinfallen!)

Der SSW bedauert diese Entwicklung. Gleichwohl erkennen wir an, dass der Investitionsbegriff in einigen Bereichen sicherlich überholt ist. Im Finanzausschuss haben wir dieses Thema schon mehrfach miteinander diskutiert. Vor allem die Ausgaben im Bildungsbereich müssten als Investitionen in die Zukunft des Landes gewertet werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Die Ministergehälter auch!)

In diesem Bereich ist es begrüßenswert, dass die Landesregierung endlich wirksame Maßnahmen gegen die schlechte **Unterrichtsversorgung** besonders in den Grundschulen in Angriff genommen hat.

Für das Handlungskonzept zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls stehen bis 2005 knapp 22 Millionen € zusätzlich zur Verfügung. PISA hin oder her: Eine bessere Unterrichtsqualität kann nur gewährleistet werden, wenn auch wirklich unterrichtet wird. Diese Binsenweisheit hat sich auch die Landesregierung zu Eigen gemacht. Auch die geplante Neueinstellung von weiteren Lehrerinnen und Lehrern im Rahmen des Doppelhaushalts 2004/2005 ist wegen der steigenden Schülerzahlen notwendig.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der SSW hofft, dass wir uns dann endlich auf die Verbesserung der Qualität des Unterrichts und auf Veränderungen in den Schulstrukturen konzentrieren können, denn an der Qualität unserer Schulen entscheidet sich auch die Zukunft unseres Landes.

Das Gleiche gilt natürlich für den Hochschulbereich. Auch wenn die Landesregierung die meisten Vorschläge der Erichsen-Kommission umgesetzt hat, halten sich aus Sicht des Landesteils Schleswig Freude und Schmerz noch immer die Waage. Wir bedauern immer noch - ich habe das schon mehrfach gesagt -, dass die vorgeschlagene Konzentration der gesamten Realschullehrerbildung in Flensburg nicht stattfinden soll. Damit wird das von der Erichsen-Kommission angestrebte Profil der Universität als vermittlungswissenschaftliches Kompetenzzentrum des Landes verwässert. Wir fordern von der Landesregierung, dass diese diesen Zustand nicht über Jahre hinaus in Beton gießt, sondern die Option einer späte-

(Anke Spoorendonk)

ren Verlagerung nach Flensburg weiterhin aufrechterhält.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung hat glücklicherweise verstanden, dass die grenzüberschreitenden Studiengänge an der **Universität Flensburg** nicht gefährdet werden dürfen. Der jetzt zwischen der Universität und der Fachhochschule Flensburg gefundene Kompromiss sichert, dass sie erhalten bleiben und in Zusammenarbeit mit dem dänischen Partner Syddansk Universitet ausgebaut werden können. Auch die Stärkung des Maschinenbaus an der Fachhochschule Flensburg durch Kapazitäten aus Heide ist ein richtiger Schritt zur Profilbildung der Flensburger Hochschulen.

Natürlich musste die Landesregierung insgesamt bei der Reform des Hochschulbereichs so manchen Kompromiss eingehen. Das gilt insbesondere für die Fusion der beiden Universitätskliniken des Landes, wobei die Standorte Kiel und Lübeck erst einmal beide erhalten bleiben. Diese Entscheidung hat - Sie wissen es - zu erheblicher Kritik geführt. Aus Sicht des SSW sollten wir aber erst einmal die Ergebnisse dieser Beschlüsse abwarten. Denn es ist ja nicht von der Hand zu weisen, dass bei der Fusion der Landesbanken Schleswig-Holstein und Hamburg nach einem ähnlichen Verfahren vorgegangen worden ist. In diesem Fall gab es parteiübergreifenden Beifall dafür, dass die Arbeitsplätze an beiden Standorten, also in Kiel und Hamburg, im Kern erhalten bleiben. Was für die Landesbanken gut ist, könnte sich bei näherem Hinsehen doch auch für die Universitätskliniken als positiv erweisen.

(Beifall beim SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu den wirklich guten Nachrichten des Haushaltsentwurfes für 2004/2005 gehört der Bereich der **Minderheitenpolitik**. Es ist erfreulich, dass die Landesregierung vorschlägt, die Zuschüsse für die Minderheitenorganisationen zu überrollen. Damit hat die Landesregierung dem hohen Stellenwert, den sie der Minderheitenpolitik des Landes stets beimisst, auch im Haushaltsentwurf Rechnung getragen. Darüber freuen wir uns. Das ist gut so. Der SSW wertet diese Haushaltsansätze als Beweis dafür, dass unsere jahrelangen Bemühungen und Gespräche gefruchtet haben und dass die Landesregierung jetzt auch im Haushaltsentwurf deutlich macht, dass bei den Organisationen der Minderheiten keine Kürzungen vorzunehmen sind, solange die finanzielle Gleichstellung von Mehrheit und Minderheit nicht erreicht ist.

(Beifall beim SSW)

Es ist für uns ein großer Schritt nach vorne, dass die Organisationen der Minderheiten erstmals seit 1996 nicht von Kürzungen bedroht sind. Wir freuen uns darüber, dass der Finanzminister beim dänischen Jahrestreffen im Juni nicht nur eine Ansprache auf Dänisch hielt, sondern dass er auch bei der Aufstellung des Haushalts zu seinem Wort stand.

(Beifall bei SSW und SPD)

Gerade vor dem Hintergrund der katastrophalen finanziellen Lage des Landes und der drastischen Einsparvorschläge bei vielen Organisationen und Vereinen ist das keine Selbstverständlichkeit. Das ist uns sehr wohl bewusst. Dazu kommt, dass der 2001 erzielte Kompromiss bei der Finanzierung der Privatschulen, zu denen formaljuristisch auch die dänischen Schulen gehören, jetzt Früchte trägt. So rechnet die Landesregierung in ihrem Entwurf sowohl für 2004 als auch für 2005 mit einem leichten Anstieg bei den Zuschüssen für Dansk Skoleforening. Das ist darauf zurückzuführen, dass die privaten Schulen nach jahrelanger Stagnation ihrer Zuschüsse zumindest für die Erhöhung der Lehrergehälter einen finanziellen Ausgleich bekommen.

Insbesondere freuen wir uns darüber, dass das Nordfriisk Institut für zwei weitere Jahre Planungssicherheit erhält und die Kulturarbeit der Friesen weiterhin institutionell abgesichert bleibt. Der Haushaltsentwurf der Landesregierung sieht für die Jahre 2004/2005 jeweils 209.600 € Zuschuss für das Nordfriisk Institut vor. Für die Kulturarbeit der **friesischen Volksgruppe** sind jeweils 53.400 € vorgesehen, während die Landesregierung 2004/2005 jeweils 15.000 € für den Friesenrat bezahlen will. Für die **dänische Minderheit** und deren Institutionen werden im Jahr 2004 rund 26 Millionen € und 2005 26,5 Millionen € bereitgestellt.

Wir wissen zu schätzen, dass die Landesregierung erkannt hat, dass der Minderheitenbereich kein normaler Teil des Kulturhaushaltes ist und deshalb mit anderen Maßstäben beurteilt werden muss. Vor dem Hintergrund des 50-jährigen Jubiläums der Bonn-Kopenhagener-Erklärungen 2005 ist das ein großer Fortschritt; gleichwohl sind damit nicht alle Probleme der Finanzierung der Minderheiten vom Tisch. In der Finanzierung der Schülerbeförderung der **dänischen Schulen** sieht der SSW immer noch erhebliche Defizite. Aber hier werden wir erst einmal die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeitsgruppe von Bildungsministerium und Dansk Skoleforening, die Ende des Jahres präsentiert werden sollen, abwarten. Dennoch erwarten wir auch für den Minderheitenbereich schwierige Haushaltsverhandlungen und werden uns dafür einsetzen, dass die Vorschläge der Landesregie-

(Anke Spoorendonk)

rung auch im Dezember vom Landtag so beschlossen werden. Vor diesem Hintergrund bedanke ich mich ausdrücklich bei dem Kollegen Hay für die klare Aussage der SPD-Landtagsfraktion.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Ich tue dies nicht zum ersten Mal. Diese klare Aussage wissen wir zu schätzen. Als Anregung für alle füge ich hinzu, dass es kürzlich eine Veranstaltung mit der Minderheitenbeauftragten der Ministerpräsidentin gegeben hat, die ich wirklich weiterempfehlen kann, weil daraus hervorgeht, dass Minderheitenpolitik für die Landesregierung ein definierter und wichtiger Politikbereich ist. Darüber haben wir uns gefreut und auch dafür noch einmal meinen Dank.

Angesichts der vielen Haushaltsrisiken, die ich in meiner Rede deutlich gemacht habe, stellt sich aber die Frage, ob es wirklich eine gute Idee war, ausgerechnet in der jetzigen Haushaltslage zum ersten Mal einen Doppelhaushalt vorzulegen.

Jenseits der mangelnden Konkretisierung der vielen bundes- und landespolitischen Initiativen gibt es einige grundsätzliche Entwicklungen, die sich aus dem Finanzplan für die Jahre bis 2007 ergeben, die ich kurz kommentieren möchte. Alle finanziellen Eckdaten zeigen die zunehmende Versteinerung des Haushaltes. Zum Beispiel sind die Ausgaben Schleswig-Holsteins für soziale Maßnahmen aufgrund bundesgesetzlicher Vorgaben seit 1998 bei stagnierenden Steuereinnahmen um 10 % gestiegen. Der weitaus größte Teil dieser Ausgabensteigerung ist auf den Anstieg der Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Dazu kommen weitere Ausgaben des Landes, die dynamisch ansteigen und vom Land nicht unmittelbar zu beeinflussen sind, wie die Beihilfekosten, die seit 1998 einen Anstieg von 21 % zu verzeichnen haben.

Zu einem immer größeren finanziellen Problem werden auch die Pensionsausgaben des Landes. Bereits heute gibt Schleswig-Holstein knapp 24 % der fast 3 Milliarden € für **Personalausgaben** für die Versorgung der Landesbediensteten aus. Wir wissen alle, dass diese Summe in den nächsten Jahren dramatisch anwachsen wird. In diesem Zusammenhang ist es geradezu lächerlich, dass das Gesamtvermögen des Sondervermögens Versorgungsrücklage, das als Rücklage für die Versorgungsausgaben im Lande eingerichtet worden ist, per 31. Dezember 2002 rund 28 Millionen € betrug. Damit sage ich nichts gegen dieses Sondervermögen, aber ich weise darauf hin, wie groß dieses Problem ist und wie viel größer dieses Problem in Zukunft noch werden wird. Hier hat sich der blinde Glaube breit gemacht, dass Beamte

und Beamtinnen billiger als Angestellte sind. Dass das ein fataler Trugschluss ist, das wissen wir jetzt, denn das schlimme Ende kommt ganz zum Schluss, wenn es um die Bezahlung der Pensionen geht.

Auch die vielen Frühpensionierungen belasten die Landeskasse. Der im Finanzausschuss vorgestellte Bericht zu diesem Thema zeigt zwar die Bemühungen der Landesregierung, Lösungsmöglichkeiten zur Reduzierung der Frühpensionierungen zu erarbeiten, aber schnelle finanzielle Entlastungen sind auch in diesem Bereich nicht zu erwarten. Da Schleswig-Holstein bereits jetzt das am höchsten verschuldete Flächenland pro Einwohner ist, steigen auch die Zinsausgaben in den kommenden Jahren weiter an. In den letzten Jahren konnte das Niveau der Zinsausgaben durch geschicktes Umschulden der Landesregierung einigermaßen gleich bleibend gehalten werden. Aber im Finanzplan rechnet die Landesregierung mit einem leichten Anstieg der Zinsausgabenquote von 11,5 % im Jahr 2003 auf 11,9 % im Jahr 2007.

Man könnte also fast sagen, dass der jetzigen Haushalt nicht nur versteinert, sondern geradezu in Granit gemeißelt ist. Wenn über 90 % der Einnahmen- und Ausgabenseite eigentlich nicht mehr vom Landesgesetzgeber direkt zu beeinflussen sind, bleibt vom politischen Gestaltungsspielraum auf Landesebene so gut wie gar nichts übrig. Die Landesregierung sieht dann auch den einzigen Ausweg aus der finanziellen Krise in einem deutlichen Abbau der **Arbeitslosigkeit**. Denn dies würde nicht nur zu höheren Steuereinnahmen führen, sondern auch zu fallenden Ausgaben für soziale Transferleistungen.

Der SSW begrüßt daher, dass die Landesregierung ihr Heil nicht in massiven Kürzungen auf breiter Linie sucht, sondern alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unterstützen will. Auf Landesebene gibt es neben dem ZIP 2004-Programm vielfältige und Erfolg versprechende Initiativen und Förderprogramme des Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialministeriums, die teils weitergeführt werden, wie das ASH-Programm oder das Bündnis für Arbeit und Ausbildung Schleswig-Holstein, und teils neu aufgelegt werden, wie die Ausgründungs- und Ansiedlungsinitiative Schleswig-Holstein. Auch im Existenzgründungsbereich oder in der Technologiepolitik arbeitet die Landesregierung weiterhin recht erfolgreich.

Diese Erfolge im kleinen Bereich werden aber nicht ausreichen, wenn die Weichen in Berlin nicht endlich in die richtige Richtung gestellt werden.

(Vereinzelter Beifall)

Insbesondere geht es um strukturelle Reformen auf Bundesebene in den wichtigen Politikfeldern Arbeit,

(Anke Spoorendonk)

Soziales, Alterssicherung, Gesundheit und Steuern. Wenn der Sozialstaat erhalten werden soll, muss er geändert werden. Dabei ist es aber entscheidend, wie diese Reformen im Detail umgesetzt werden und welche Bevölkerungsgruppen die Hauptlast dieser Änderungen tragen sollen. Aus der Sicht des SSW dürfen die angestoßenen Strukturreformen nicht auf dem Rücken der Schwächsten unserer Gesellschaft ausgetragen werden.

Die Landesregierung gibt als vorrangiges Ziel an, die zu hohen Arbeitskosten in Deutschland zu reduzieren und dadurch Wachstumsimpulse zu schaffen.

In diesem Zusammenhang ist interessant, dass die Steuerquote in Deutschland im internationalen Vergleich mit 23,6 % eigentlich sehr gering ist, während die Sozialabgabenquote, die auch die Arbeitskosten der Arbeitgeber erhöht, mit 18,5 % die höchste in Europa ist. Dennoch liegt die Gesamtquote von Steuern und Sozialabgaben in Deutschland mit 42,1 % knapp unter dem europäischen Durchschnitt.

Wer die Arbeitskosten wirklich senken will, muss also insbesondere die zu hohen **Sozialabgaben** für Arbeit senken. Das bedeutet aber nicht notwendigerweise, dass die Sozialausgaben auf breiter Front gesenkt werden müssten. Die skandinavischen Wohlfahrtsstaaten finanzieren ihre Sozialausgaben zum großen Teil aus einer sehr hohen **Mehrwertsteuer**. In Dänemark beträgt die Mehrwertsteuer beispielsweise 25 %, während sie in Deutschland nur 16 % beträgt. Die Steuerquote liegt nördlich der Grenze bei sagenhaften 76,6 %, während die Sozialabgabenquote nur 2,3 % beträgt. Das heißt, das hohe Niveau der Sozialleistungen wird überwiegend durch die Steuern finanziert.

Der SSW begrüßt daher auch, dass die Landesregierung für eine Senkung der Sozialabgaben und damit der Arbeitskosten durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer eintritt.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn wir - das wird Sie nicht überraschen - orientieren uns weiterhin an dem skandinavischen Modell des Sozialstaats, der sich trotz der großen Veränderungen der letzten Jahre immer noch durch relativ hohe Sozialleistungen, niedrige Lohnnebenkosten, eine geringe Arbeitslosenquote und durch eine größere Chancengleichheit im Bildungssystem auszeichnet.

Obwohl die skandinavischen Länder die höchsten Steuerquoten in Europa haben, entwickelten sie in den vergangenen Jahren eine deutlich stärkere wirtschaftliche Dynamik als Deutschland. Umgekehrt ist

auch Japan durch eine geringe Staatsquote von nur 38,8 % nicht von der Deflation und den damit verbundenen ökonomischen Problemen verschont geblieben.

Also: Wirtschaftliche Dynamik hat nicht unbedingt nur mit der Höhe der Steuer- und Abgabenquote oder der Staatsquote zu tun, sondern hängt vielmehr von Flexibilität und Veränderungsbereitschaft einer Volkswirtschaft und ihrer Bürgerinnen und Bürger wie auch von der geschmeidigen Ausgestaltung der Sozialsysteme für Wirtschaft und Verwaltung ab.

Aber im Grunde - liebe Kolleginnen und Kollegen, das wissen wir - fängt vieles in den Köpfen an. Nur wenn Politik, Verwaltung, Wirtschaft und die Bevölkerung endlich gemeinsam einsehen, dass wir grundlegende Veränderungen brauchen, wird es wieder aufwärts gehen können. Die alte Methode des Aussitzens funktioniert nicht mehr, auch weil die Bürgerinnen und Bürger dieses Verhalten nicht mehr tolerieren und womöglich bei den nächsten Wahlen abstrafen könnten. Aber dies hat in Deutschland eine lange Tradition.

Das Problem bleibt, einen Grundkonsens zu finden, wohin die Reise gehen soll. In diesem Sinne ist unsere Gesellschaft noch in der Findungsphase. Immerhin wird 2003 in die Geschichte als das Jahr eingehen, wo endlich eine breite Diskussion über die Zukunft unserer Gesellschaft in Gang gesetzt wurde. Wie diese Diskussion ausgehen wird und welche Konsequenzen sich daraus ergeben, ist immer noch eine offene Frage. Aber der Wettbewerb um die besten Zukunftsmodelle ist gestartet. Davon lebt allen Unkenrufen zum Trotz die Demokratie.

Die Landesregierung leistet mit ihren Vorschlägen zum Umbau des Sozialstaats aus der Sicht des SSW einen positiven Beitrag. Wir fordern aber auch, dass sie diese Vorschläge auf Bundesebene einbringt und nicht nur verbal in Diskussionen verwendet.

Als Fazit bleibt: Der Haushaltsentwurf 2004/2005 hat noch einen langen Weg vor sich, bevor ihn der Landtag in trockenen Tüchern hat.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erteile ich der Frau Ministerpräsidentin Heide Simonis.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Oppositionsführer hat es heute

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Morgen für richtig erachtet, darauf hinzuweisen, dass meine Zukunft in der Vergangenheit liege. Lieber Herr Kayenburg, ohne Vergangenheit keine Zukunft! Mancher Frühstart hat sich schon als Fehlstart erwiesen. Wir wollen einmal abwarten, wie es im Jahr 2005 aussehen wird.

(Beifall bei der SPD)

Noch unterhalten wir uns ganz normal über den Haushalt und nicht über den Wahlkampf.

(Zurufe von CDU und FDP)

- Zumindest ich mache das so.

Heute Morgen ist in düsteren Annahmen gesagt worden, wir machten einen **Doppelhaushalt**, um im Wahlkampf nächstes Jahr zu verschleiern, wie schlimm es finanziell mit uns sei. Da frage ich mich natürlich, was der Finanzsenator Wolfgang Peiner in Hamburg nun macht, der ebenfalls einen Doppelhaushalt aufstellen will und damit offensichtlich auch ganz Schlimmes verbergen möchte.

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt, glaube ich, nur noch zwei Bundesländer, die keine Doppelhaushalte fahren, während alle anderen festgestellt haben: Die Flexibilität solcher Doppelhaushalte ist über zwei Jahre leichter zu gestalten. Das gibt auch größere Planungssicherheit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben bereits gehört, dass sich der Doppelhaushalt auf einem sehr schmalen Grat zwischen Sparen und Anspornen bewegt. Wir können nicht sagen, wie schnell sich Erfolge der Reformpolitik, sollten denn die Reformen die parlamentarischen Hürden nehmen, durchsetzen werden. Es gibt erste kleine positive Konjunkturerwartungen, unter anderem in der heute Morgen als Quatsch bezeichneten Veröffentlichung im „Handelsblatt“, wo es heißt: Der Aufschwung kommt, beginnt aber schwach. Das steht in der Zeitung, kein Quatsch. Das ist ganz real, nicht virtuell. Man sollte sich vielleicht mit den Fakten auseinandersetzen.

Wir merken, dass sich einzelne Firmen, die sich selber neben der Problematik von Globalisierung und schlechter Konjunktur durch Missmanagement an den Rand des Ruins gebracht haben - angefangen von Mobilcom über Allianz bis zur Deutschen Bank und und und -, langsam wieder erholen. Mobilcom gibt mir nun ein gutes Stichwort. Hätten wir damals auf Sie gehört, als es darum ging, Mobilcom zu retten, dann säßen wir jetzt ganz schön in der Tinte.

(Beifall bei der SPD)

Es ist immer besser, dass wir uns auf unsere eigene Stärke besinnen.

(Zurufe von CDU und FDP)

- Sie waren doch damals der Meinung, dass der Wirtschaftsminister lieber hier bleiben sollte, statt nach Berlin zu gehen, wo er den Grundstein für die Sanierung gelegt hat. Worüber Sie sich jetzt aufregen, verstehe ich überhaupt nicht.

Heute Morgen ist uns für die mangelnde Flexibilität in der Politik der Bundesrepublik nun ausgerechnet - ich finde, das ist wirklich der Klopper des Jahrhunderts - das **Ladenschlussgesetz** um die Ohren gehauen worden. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, wer war denn ebenfalls gegen das Ladenschlussgesetz? Wer hat denn hier in Schleswig-Holstein das Wort überhaupt in den Mund zu nehmen gewagt? Wer hat sich denn überhaupt bewegt? Das war die im Moment leider nicht anwesende Sozialministerin. Christlicher Glaube auf Ihrer Seite hat es verboten, dass man abends zu lange und am Sonntag und an diesem und an jenem Tag die Öffnung zulässt. Hand in Hand mit den Gewerkschaften ist man durch die Lande gelaufen und hat den Ladenschluss verteidigt.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Ministerpräsidentin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Strauß?

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Möchten Sie von mir gern wissen, ob ich gegen Ladenschlusszeiten gewesen bin? Nein, ich war immer dafür, dass sie verlängert werden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das muss geheim geblieben sein!)

- Nein, das kann nicht geheim geblieben sein. Ich suche Ihnen die Zeitungsmeldung gern aus dem Archiv heraus.

Roswitha Strauß [CDU]: Könnte Ihnen möglicherweise entgangen sein, dass die CDU mehrere Anträge zur Öffnung des Ladenschlusses und seiner Flexibilisierung gestellt hat und dass wir eineinhalb Jahre gebraucht haben, bis sich Rot-Grün zu einer Modifizierung - -

- Das ist aber eine sehr lange Frage. Ich hoffe, das wird nicht auf meine Redezeit angerechnet.

Roswitha Strauß [CDU]: Die Frage ist, ob Ihnen das entgangen ist. Es ist keine zwei

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Monate her, dass wir hier gemeinsam im Einvernehmen - -

- Dennoch hat die CDU an anderer Stelle ganz schön daran gerackert, dass der Ladenschluss nicht verlängert wurde.

Roswitha Strauß [CDU]: Sie sollten aber in diesem Parlament nicht so tun, als ob das - -

- Die schleswig-holsteinische CDU ist an der Stelle so gut wie die schleswig-holsteinische SPD. Vielleicht können wir uns darauf einigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir muten den Menschen mehr Reformen des Arbeitsmarkts, des Steuersystems und der sozialen Sicherungssysteme zu. Da kommt einiges auf sie zu. Ich stelle fest: Nicht alle sind begeistert. In der Zwischenzeit wehren sich zum Beispiel die Beamten mit Einzelklagen dagegen, dass ihre Pension von 75 auf 71 % gesenkt wird. Da würde ich gern jeden Beamten bitten zu bedenken, was ein angestellter Kollege in der Zwischenzeit hat, wenn er in **Rente** geht. Es kann sich nicht jedes Mal eine einzige Gruppe herauswinden und sagen: „Wir nicht, alle anderen sollen das gern machen!“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben heute Morgen auf die **Gesundheitspolitik** hingewiesen und an anderer Stelle gesagt, wir bewegen uns nicht. Ja, wer hat denn, um Himmels willen, bei diesem Gemeinschaftswerk mitgemacht, das wir nun wirklich nicht begeisternd finden und von dem wir sagen, viel zu einseitig an den Versicherten, viel zu wenig an den anderen Trägern beziehungsweise Akteuren auf dem Gesundheitsmarkt ausgerichtet. Wer hat denn aus dem Kompromiss die Positivlisten mit dem Wahnsinn von 45.000 Medikamenten in der Bundesrepublik Deutschland - gemessen an 6.000 in anderen Ländern; wie in jedem anderen demokratischen, hoch entwickelten, mit gutem Gesundheitssystem ausgestatteten Land - herausgestrichen?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Dann sind Sie Expertin?)

Das verdanken wir der CDU, die dabei gewesen ist. Ich finde es immer so witzig, dass man andere angreift, wenn man selber daran mitgearbeitet hat.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich das, was Sie heute Morgen gesagt haben, richtig verstanden habe, sind die Einzigen, die etwas von Steuern verstehen, Sie

(Werner Kalinka [CDU]: Wer bringt denn die Gesetze ein? -Zuruf von der SPD: Zuhören!)

und die Einzigen, die nichts davon verstehen, sind wir.

(Beifall des Abgeordneten Rainer Wiegard [CDU])

Ist Herr Koch eigentlich in der CDU? Ist Herr Merz eigentlich in der CDU? Ist Herr Stoiber in der CSU? Oder sind die bei uns? Der eine will die Mehrwertsteuer erhöhen. Die andere möchte die Gewerbesteuer abschaffen, aber dafür den Kommunen noch ein bisschen mehr zukommen lassen, nämlich 6 Milliarden. Der Nächste möchte die Gewerbesteuer überhaupt nicht haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist bei Ihnen genauso, Frau Simonis!)

- Aber wir sind wenigstens ehrlich

(Veronika Kolb [FDP]: Das sind Sie nicht!)

und tun nicht so, als seien wir die Allwissenden.

(Lachen bei CDU und FDP - Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie und Ehrlichkeit! Das ist der größte Hohn!)

Sie treten mit diesem Durcheinander vor die Bevölkerung und sagen, das sei ein Konzept. Ich muss Ihnen sagen: Es ist kein Konzept, wenn man den Menschen verspricht, dass es für die Kommunen 6 Milliarden € gibt, keine Gewerbesteuer, dass sie also abgeschafft werden soll, und obendrein noch eine Umverteilung von Einkommensteuer und Umsatzsteuer machen will, die niemandem wehtut. Das ist wie die familienpolitischen Versprechungen vor der Wahl, die Sie den Familien der Bundesrepublik gemacht haben.

(Werner Kalinka [CDU]: Was haben Sie denn vor der Wahl versprochen?)

Wir werden eine **Steuerreform** bekommen, eine vorgezogene dritte Stufe, der die Landesregierung zähneknirschend, aber dennoch zugestimmt hat, weil uns einleuchtet, dass das jetzt als ein psychologisch wichtiges Signal zur Belebung der Wirtschaft betrachtet werden kann. Das bedeutet allerdings, dass es in unseren Haushalt richtig reinknallen wird.

Deshalb sagen wir, dass wir bei anderen Reformvorschlägen gern wissen wollen, wie die Gegenfinanzierung aussieht. Dazu gehört natürlich auch der Abbau von **Steuersubventionen**. 90 % der **Subventionen** sind **Steuersubventionen**. Wenn man wie Sie am Sonntag auf dem roten Kissen den Abbau von Subventionen vor sich herträgt, frage ich, wieso Sie da-

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

gegen sind, dass Sie ausgerechnet bei den Steuern hingehen und das Ganze als eine Steuererhöhung beklagen. Jedes Streichen einer Subvention ist natürlich per se und logischerweise eine Erhöhung der Steuerlast für denjenigen, der die ganze Zeit das Privileg der Steuersenkung gehabt hat. Wenn man das will, muss man es sagen. Wenn man das nicht will, soll man ehrlich sein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

An dieser Stelle muscheln Sie sich ein bisschen mit raus und wollen einer Diskussion möglichst aus dem Wege gehen.

(Rainer Wiegard [CDU]: Was war die Aussage Ihrer Rede? - Zuruf von der SPD: Sie muscheln sich heraus!)

- Dass Sie das nicht verstanden haben, wundert mich überhaupt nicht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Sie weiß es selber nicht! - Veronika Kolb [FDP]: Es fehlt die Antwort!)

Das habe ich heute Morgen schon an den Zwischenrufen gemerkt.

Ein wichtiger Punkt ist die **Gemeindefinanzreform**. Hier muss ich Ihnen ganz offen sagen: Das, was in Berlin vorgeschlagen wurde - -

(Zuruf: Beitrag zum Haushalt!)

- Ich weiß nicht, wieso Sie über Gott und die Welt reden dürfen und Sie dann, wenn man Ihnen antwortet, fragen: Können Sie nicht einmal etwas von Land und Dorf erzählen?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Nein, ich möchte Ihnen nichts von Land und Dorf erzählen. Ich möchte Ihnen etwas über die Rahmenbedingungen unseres wirtschaftlichen Verhaltens erzählen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Es ist sowieso egal, was Sie erzählen!)

Das, was die Bundesregierung zur Gemeindefinanzreform vorgeschlagen hat, ist aus Sicht der Landesregierung noch nicht zufrieden stellend. Wir sind nicht sicher, dass sich die Einnahmegarantien, die gegeben worden sind, wirklich ab dem Jahr 2005 durchhalten lassen werden. Vor allem merken wir, dass, je mehr wir nachrechnen, es vor allem die Länder sind, die einen großen Anteil dessen bezahlen sollen, was die

Kommunen bekommen. Das führt dazu, dass sich unsere Haushaltssituation noch einmal verschlechtert oder aber - das wollen wir nicht - dass wir im Finanzausgleich den Kommunen das wegnehmen, was uns der Bund weggenommen hat, um es den Kommunen zu geben. Diese Operation können wir uns sparen. Die wollen wir nicht. Wir wollen an dieser Stelle auch nicht den Ärger. Da bin ich ganz ehrlich.

(Zuruf von der CDU: Das hat Herr Stegner heute anders gesagt!)

- Nur nicht aufregen, Frau Schwarz. Das kommt alles noch. Wir werden in den Bundesrat gehen. Ich werde Ihnen dann gern erzählen, was ich dort gesagt habe.

(Zurufe von der CDU)

- Ich weiß gar nicht, warum Sie sich so aufregen. Das Wetter ist doch nicht heiß. Man kann doch in Ruhe zuhören.

Wir werden im Bundesrat jedenfalls entsprechende Gegenanträge stellen, damit klar ist, dass sich die Situation der Kommunen bessert, dass das aber nicht auf Kosten der Länder geht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Landesregierung hat immer klargemacht, dass ihr das skandinavische Modell des Zusammenlegens von **Arbeitslosengeld** und **Sozialhilfe** besonders gut gefällt, weil damit die Verschiebebahnhöfe endgültig dichtgemacht werden. Dass die Bundesregierung nun Arbeitslosengeld und Sozialhilfe zusammenlegt, so wie Hartz es vorschlägt, ist in Ordnung. Dass sie das aber ausgerechnet auf die Bundesanstalt für Arbeit überträgt, dass ist nun alles andere als in Ordnung.

(Zurufe von der CDU)

- Ich muss ja nicht alles toll finden, was „meine“ Bundesregierung sagt. Mein Gott, wie soll man sich der Bevölkerung gegenüber parteipolitisch in einer Diskussion eigentlich darstellen, wenn von Ihnen als Zwischenruf immer nur kommt: „Das ist doch die Bundesregierung, die von Ihnen gestellt wird“?

(Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsen-Reese [CDU])

- Ich weiß es. Ich nehme es zur Kenntnis. Ich habe den Mut und nehme mir das Recht heraus, Vorschläge der Bundesregierung, auch wenn sie meiner Partei angehört, zu kritisieren, wenn ich finde, dass das nicht vollständig ist, was sie vorschlägt, oder das verbessert werden kann.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe)

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Ich glaube, dass die Lösung der Zusammenlegung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe im Grundsatz richtig ist, dass aber das Übertragen auf die **Bundesanstalt für Arbeit** mehr als nur ein Fragezeichen übrig lässt. Die Frage ist, ob wir uns mit anderen Kollegen zusammensetzen und darüber reden können. Mit einem Kollegen wie von Beust kann man unter Umständen darüber reden, dass es für ihn genauso unangenehm werden wird wie für uns, wenn wir beispielsweise die Sozialarbeiter behalten müssen, die sich auskennen, und die Bundesanstalt für Arbeit 11.000 neue Leute sucht, die sie ausbilden muss, aber eh schon 90.000 hat; damit ist sie viel zu groß. Dies werden wir vortragen.

(Beifall im ganzen Haus)

Kommt dann noch hinzu, dass durch das Zusammenlegen das Wohngeld in Höhe von rund 15 Millionen € beziehungsweise 24 Millionen € ab dem Jahr 2005 auf den Landeshaushalt durchschlägt, kann dieser tolle Gedanke so toll nicht sein. Wir werden uns dagegen wehren müssen.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Sie haben noch nicht ganz ernst genommen, vielleicht auch noch nicht wahrgenommen - jedenfalls nicht die Oppositionsseite -, dass die Kommunen in der Zwischenzeit einen sehr ausführlichen und intensiven Diskussionsprozess mit der Staatskanzlei, mit dem Innenministerium, mit dem Finanzministerium

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

über Verwaltungs- und Strukturreformen führen. Sobald die Türen zu sind und man am runden Tisch sitzt, ist das ganz vernünftig. Da werden Vorschläge daraufhin abgeklopft, ob sie das bringen, was man gern haben möchte, ob man es so oder anders machen kann. Die Hauptziele der Funktionalreform werden in der Zwischenzeit und Gott sei Dank von uns allen geteilt. Die Frage ist nur: Kriegen wir eine so saubere Teilung hin, dass das, was die **Kommunen** besser können, preiswerter können, effizienter können und bürgernäher können, auch wirklich bei ihnen ankommt und wir die anderen Aufgaben machen oder wird es eventuell Schnittstellen geben, die wir alle nicht wollen, weil es eine zu große Schnittmenge ist, die wir an dieser Stelle haben?

Ich bin nach wie vor dafür, dass wir die Aufgaben auf zwei Ebenen und nicht auf drei oder mehr Ebenen machen - Ausnahmen müssen wirklich die absolute Ausnahme bleiben -, dass die Kommunen das machen, was sie besser tun können, dass allerdings auch klar sein muss, dass es Kontrollmechanismen geben muss, dass Kommune A eine Sache nicht anders aus-

legt als Kommune B oder C. Das kann dem Bürger nicht zugemutet werden.

(Zurufe von der CDU)

Heute Morgen ist zum wiederholten Mal missverstanden worden, was wir uns mit der Kita-Finanzierung vorgestellt haben. Deshalb sage ich Folgendes. Wir geben für die Kindertagesstätten den Betrag, den die Kommunen von uns haben wollten, plus noch etwas drauf, nämlich statt 56 Millionen € 60 Millionen € zweimal, gleich 120 Millionen €, Landesgeld vorweg in den Finanzausgleich.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Dafür werden wir mit den Kommunen rechtliche Rahmenbedingungen für zwei Jahre aushandeln. Damit werden wir sicherstellen, dass die Standards in den **Kindergärten** nicht über die Maßen hinaus nach unten abgesenkt werden, aber durch Flexibilität die Qualität der Betreuung der Kinder in den Kindertagesstätten vernünftig garantiert bleibt. Wir haben das Gefühl, als ob zumindest die Kommunen, mit denen wir geredet haben, beziehungsweise die Wohlfahrtsverbände diese Absicht durchaus mit uns teilen und das mitmachen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von Schule wird heute eine Menge verlangt. Zum einen soll sie den Kindern Wissen vermitteln, zum anderen fordern die Eltern, dass sich Schule nicht nur um Erziehungsaufgaben, sondern auch um Betreuungsaufgaben kümmert, damit sie Familie und Beruf unter einen Hut bringen können. Der neueste Slogan sind Benimmstunden. Sich nett zu benehmen, halte ich für ausgesprochen in Ordnung. Die Frage ist, ob eine solche Diskussion die Schule nicht überfrachtet. Die Schule ist nicht dazu da, jungen Menschen nun auch noch in einer Sonderstunde beizubringen, wie man sich höflich benimmt. Lehrer müssen jeden Tag durch ihr Vorbild und durch das Ahnden von schlechtem Benehmen zeigen, wie so etwas funktioniert. Dafür brauchen wir kein gesondertes Unterrichtsfach. Wir wollen gern die beiden Sachen, Bildung zu vermitteln und am Betreuungskonzept teilzunehmen, übernehmen. Ich empfehle Ihnen: Gehen sie doch einmal in die **Schulen**, die in der Zwischenzeit Konzepte aufgestellt haben.

Die Eltern sind zufrieden, die Lehrer sind zufrieden und die Politik ist zufrieden, weil die Bürgermeister und Kommunen ein bisschen damit werben können, dass sie solche Angebote machen. Auch die Kinder in den Schulen sind glücklich, weil es keine Hektik

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

mehr gibt, da der Unterricht über eine längere Zeit läuft. Das sollte man sich einmal ansehen.

Heute Morgen ist viel über die **Erichsen-Kommission** gesprochen worden. In dem Bericht der Erichsen-Kommission steht jedoch nicht nur Schönes, sondern dort steht auch etwas von Verlagerung, Schließungen und Ansiedlungen an anderer Stelle. Wenn Sie so tapfer, wie Sie uns heute Morgen angegriffen haben, mitmachen, dann dürfen Sie sich gern bei uns melden, wenn es so weit ist, dass zum Beispiel der eine Studiengang von Heide nach Flensburg verlagert wird.

(Zuruf von der CDU: Da sind wir dabei!)

Sie können sich in unserer Tanzkarte eintragen. Sie werden der Reihe nach drangenommen, um uns zu unterstützen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben den Universitäten in einem Hochschulpakt **Planungssicherheit** versprochen. Wir werden einen Teil der Besoldungs- und Tariferhöhungen mittragen. Es wird einen Innovationsfonds geben. Die Verbindlichkeit der Stellenpläne wird ausgesetzt. Die durch Umstrukturierungsmaßnahmen freigesetzten Mittel dürfen im Hochschulsystem bleiben. Demgegenüber müssen sich die Hochschulen in Form von Zielvereinbarungen verpflichten, bestimmte Empfehlungen der Erichsen-Kommission durchzusetzen.

Jetzt würde ich gern von Ihnen wissen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die den Vorwurf heute Morgen in die Welt gesetzt haben, für welchen **Verwaltungssitz** Sie sich entschieden hätten, also Lübeck oder Kiel. Hierüber hätte ich gern etwas gehört. Dazu hat es in unserer Fraktion eine Diskussion gegeben. Niemand hat sich so richtig outen mögen, außer die Lübecker, die für Lübeck waren, und die Kieler, die für Kiel waren. Man kann also leicht meckern. Wir sind jedenfalls der Meinung, dass die psychologische Wirkung eines Doppelsitzes - nicht Doppelspitze - höher anzusiedeln ist als alles andere. Heute Morgen ist mir das Thema Professor Driftmann um die Ohren gehauen worden. Hierzu kann ich nur sagen: Für das, was Herr Driftmann erlebt hat, bedaure auch ich ihn. Er war sehr mutig. Er hat etwas zu den Universitätskliniken gesagt, wofür er in Lübeck verdroschen worden ist. Deshalb hat er gesagt, dass er nicht mehr in der Kommission mitarbeiten kann, was ich gut verstehe. Ich muss jedoch in der Kommission bleiben und kann nicht heraus. Deswegen habe ich in Demut - das gehört zu meiner Besoldungsklasse - den Rüffel von Herrn Driftmann entgegengenommen und biete ihm im Gegensatz mein volles Mitleid dafür an, wie

sehr ihn seine Kollegen in Lübeck und Umgebung „gebügelt“ haben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zum **Zukunftsinvestitionsprogramm** braucht man wohl nicht mehr viel zu sagen. Ich weiß, dass alle, die heute dagegen sind, morgen mit dabei sein werden, wenn die Anträge gestellt werden. Dann werden wir, ohne nachtragend zu sein, das beste Projekt herausnehmen und versuchen, für die Region etwas zu machen. Eines ist jedenfalls sicher: Mit diesem Projekt wollen wir auch die Mittelstandspolitik unseres Landes weiter stärken. Der Mittelstand weiß, dass wir mit unserem dichten Netz von Gründungs-, Innovations- und Technologiezentren versuchen werden, ihm zu helfen, und dass wir seine Interessen in Berlin vertreten, weil zum Beispiel bei der letzten Steuerreformstufe die Interessen des Mittelstandes weiß Gott eher untergegangen als unterstützt worden sind. Die Mittelständler in unserem Land wissen, dass wir uns auch weiterhin für sie einsetzen und dass sie bei uns gut aufgehoben sind.

(Zuruf von der CDU: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Ich darf mich bei allen Unternehmern in Schleswig-Holstein dafür bedanken, dass sie sich an der **Ausbildungsinitiative** des Wirtschaftsministers beteiligen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies tun sie in ihrem eigenen Interesse, denn es ist schon heute abzusehen, dass wir mittelfristig einen Arbeitskräftemangel im Bereich der Facharbeiter haben werden. Das wird nicht mit „grüner Karte“ zu beheben sein, denn ein großer Teil von nicht ausgebildeten Menschen einerseits und die „grünen Karten“ für hoch Ausgebildete andererseits reißt unsere Gesellschaft auseinander. Das ist nicht sozial und nicht fair. Wir wollen alles tun, um Ausbildungsplätze oder wenigstens überbetriebliche, außerschulische oder schulische Ausbildung zu garantieren.

Nun komme ich, Herr Kayenburg, zu den 329 **Planstellen** weniger und allem anderen, was Sie gesagt haben. Diese Statistik müssen Sie sich selber ausgerechnet haben. Es würde uns interessieren, wie Sie auf diese Zahlen kommen. Ich erinnere daran, dass anders als in anderen Bundesländern im Haushalt unserer Landespolizei nicht die Versorgungsbezüge, die baulichen Maßnahmen, die Bußgeldstelle und die Abschiebungsverfahren enthalten sind. Vier große Aufgaben werden bei unserer Polizei nicht so erfasst, wie sie in anderen Ländern haushaltsmäßig erfasst wer-

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

den. Das können Sie nicht miteinander vergleichen. Hierbei handelt es sich um einen Vergleich zwischen Äpfeln und Birnen. Deshalb läuft Ihr Vorwurf ins Leere. Bei uns geht es darum - das wird der Innenminister gern mit Ihnen nachrechnen; das gilt für die anderen Zahlen, die Sie heute Morgen genannt haben, auch; hierbei sind Sie eher nach Ideologien als nach Inhalten vorgegangen -, Effizienz zu steigern, und zwar nicht nach Köpfen oder Zahlen, sondern wir wollen die Leistung steigern.

(Zurufe von der CDU)

- Sie sind doch sonst immer dafür, dass Effizienz gesteigert wird. Warum denn an dieser Stelle nicht? Das gilt natürlich auch für die Polizei und für die Schule, bei der wir im letzten Jahr gesagt haben, dass aus dem bestehenden Lehrertopf 50 Planstellen erwirtschaftet werden müssen und dass die Effizienz gesteigert werden muss. Das ist natürlich unangenehm. Dafür wird man verdroschen. Aber es ist dennoch richtig, dass man es so macht. Reine Spielwiesen kann es auf keinen Fall geben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Ministerpräsidentin, ich möchte an die vereinbarte Redezeit erinnern.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Einen Satz noch. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie werden sich nun den Haushalt zu Gemüte führen, ihn zerpfücken und hoffentlich auch einmal loben. Sie werden uns zerpfücken und hoffentlich auch einmal loben. Wir hoffen, dass am Ende ein Haushalt herauskommt, den wir wieder erkennen, weil wir glauben, dass er eine gute Vorlage ist.

(Lebhafter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Wiegard.

Rainer Wiegard [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Man fragt sich, Frau Ministerpräsidentin, was eigentlich Ihr Beitrag zur Lösung der strukturellen Haushaltsprobleme unseres Landes Schleswig-Holstein bei dem Kaffeeklatschgespräch, das Sie eben vorgetragen haben, war. Ich nehme einmal den Beitrag zur Ausbildungsplatzinitiative, den Sie geleistet haben, ausdrücklich aus. Aber alles andere

drücklich aus. Aber alles andere beweist, dass Sie sich ganz offensichtlich bei der Lösungsfindung der Probleme Schleswig-Holsteins abgemeldet haben, die Sie selbst in der Regierungszeit, die nun schon 15 Jahre beträgt, herbeigeführt haben.

Ich wollte im Gegensatz dazu dem Finanzminister ein Kompliment für seine Rede machen, jedenfalls für die erste Seite, weil er durchaus - das habe ich bereits mehrfach gesagt, Herr Stegner - ein paar Dinge gesagt hat, mit denen ich voll und ganz übereinstimmen kann, zum Beispiel - ich zitiere -

„dass Schleswig-Holsteins Haushalte mit Einsparungen und Kürzungen an dieser oder jener Stelle des Etats nicht mehr auszugleichen sein werden“.

Das ist ein völlig richtiger Beitrag. Herr Stegner sagte weiter:

„Wer die Probleme (...) des schleswig-holsteinischen Landeshaushaltes erfolgreich lösen will, kommt um eine sorgfältige Ursachenanalyse nicht herum.“

Gut gebrüllt, Löwe! Dem kann ich nur zustimmen.

(Klaus Schlie [CDU]: Sehr gut!)

Er sagt weiter:

„Erst aus dem Verständnis der Ursachen ist es nämlich möglich, die Rahmenbedingungen zu verändern, die einer dauerhaften Konsolidierung im Weg stehen.“

Der Mann hat völlig Recht. Was er hier gesagt hat, ist in Ordnung.

„Dazu sind wir schon deshalb verpflichtet,“

- so sagt er weiter -

„weil eine hemmungslose Verschuldungspolitik verantwortungslos wäre, da sie den uns nachfolgenden Generationen die Gestaltungsspielräume, auf die sie ein Recht haben, vorenthielte.“

Recht hat der Mann. Das ist aber auch schon alles. Die nächsten 19 Seiten stimmen mit dem, was er auf der ersten Seite gesagt hat, nicht überein.

Nicht einmal zur Beschreibung des Zustandes unserer Finanzen ist der Finanzminister gekommen, die Ministerpräsidentin übrigens auch nicht. Zur Beschreibung des Zustandes gehört, dass Sie in den 15 Jahren Ihrer Regierungszeit in Schleswig-Holstein, Frau

(Rainer Wiegard)

Simonis, jährlich 600 Millionen € neue Schulden gemacht haben.

(Beifall bei der CDU - Werner Kalinka [CDU]: Bittere Wahrheit!)

Zur **Zustandsbeschreibung** gehört auch der Hinweis, dass Sie dies im nächsten Jahr wieder vorhaben und dass Sie in den letzten zehn Jahren und zunehmend in den letzten Jahren darüber hinaus jährlich mehr als 300 Millionen € an Vermögenswerten des Landes zur Deckung der Ausgaben mit den Einnahmen veräußert haben und dass dieses jeweils nur einmalige Ausgaben sind, die sich nicht wiederholen lassen. Damit haben Sie deutlich gemacht, dass wir ein strukturelles Haushaltsdefizit haben, das jenseits von 900 Millionen € liegt.

Und das sieht man auch daran, dass Sie in Ihrem so genannten Haushaltsentwurf 2005 - weil es nichts mehr zu verkaufen gibt - zu dem Mittel der globalen Mehreinnahme und Minderausgabe in eben dieser Größenordnung von 400 Millionen € greifen müssen, weil nichts mehr da ist und Sie 600 Millionen € sowieso schon - Oberkante Unterlippe - ausgegeben haben. Das gehört zur Beschreibung der Finanzlage des Landes Schleswig-Holstein.

Und es gehört dazu, Herr Finanzminister, und wir hätten erwartet, dass Sie das deutlich machen - Herr Kayenburg hat das vorhin schon einmal angesprochen -, dass dies alles geschieht, obwohl Sie wieder die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten in die Haushaltsbücher 2004/2005 eingestellt haben, und dass Sie dennoch mit diesem Geld nicht auskommen. Das gehört auch zur Zustandsbeschreibung.

Zur Zustandsbeschreibung gehört, dass Sie von den 4 Milliarden € Steuereinnahmen, die uns verbleiben, nachdem die Kommunen den ihnen zustehenden Anteil bekommen haben, 3 Milliarden € für Personal und eine halbe Milliarde € für Verwaltung ausgeben und der Rest schon nicht mehr ausreicht, eine Milliarde Schuldzinsen zu zahlen. Das gehört doch zur Beschreibung, wenn man darüber redet, wie man die Zukunft gestalten will. Das haben Sie nicht getan.

Herr Kayenburg und Herr Kubicki haben deutlich gemacht, die wesentliche Ursache dafür ist, dass Sie in den vergangenen 15 Jahren die Summe der **Investitionen** regelmäßig und kontinuierlich heruntergefahren haben und wir heute eine Investitionslücke - gemessen an dem Zeitpunkt Ihrer Regierungsübernahme - von über 3 Milliarden € haben. Wenn wir die gehabt hätten, hätten wir einen anderen Zustand in Schleswig-Holstein, sowohl was die Infrastruktur anbetrifft als auch was die Arbeitsplätze und die steuerliche Situation sowie die soziale Lage anbetrifft.

(Beifall bei CDU und FDP)

Tatsache ist, Sie haben unser Land in die Pleite getrieben und Sie verweigern jetzt eine sorgfältige Beschreibung des Zustands und die Einleitung wirksamer Maßnahmen. Sie legen einen so genannten Doppelhaushalt vor, der den Anforderungen, was das Jahr 2005 anbetrifft, an einen seriösen Haushalt überhaupt nicht gerecht wird. Er erreicht nicht einmal mehr die Qualität einer mittelfristigen Finanzplanung. Ich habe die Gründe dafür eben ausgeführt.

Ich möchte mich mit drei Einzelpositionen auseinandersetzen, die Sie, Herr Stegner, vorhin angesprochen haben, weil ich glaube, dass daran deutlich wird, dass Sie häufig an den Problemen vorbei argumentieren.

Sie haben gesagt, wir hätten Sie daran gehindert - und das sei nun ein bedeutendes Haushaltsproblem -, die **Umwandlung von Beamten- in Angestelltenstellen** durchzuführen. Nun muss ich Ihnen sagen - das begreifen ja viele nicht -, dass es eigentlich egal ist, ob Sie die Versorgungslasten von Beamten auf zukünftige Generationen verlagern oder ob sie heute die Arbeitgeberanteile zur Rentenversicherung über Kredite finanzieren und sie damit auch in die Zukunft verlagern oder ob Sie heute einen mit Schulden finanzierten Pensionsfonds für Beamte einführen, der dann auch von zukünftigen Generationen zu bezahlen ist.

(Beifall bei der CDU)

Das bleibt sich alles gleich. Entscheidend ist, dass Sie darüber reden, mit wie viel Personal Sie heute die Aufgaben bewältigen wollen und können, die notwendig sind, und wie viel Personal wir uns für bestimmte Aufgaben leisten können. Und entscheidend ist, dass die Menschen, die diese Aufgaben erfüllen, einen Anspruch darauf haben, heute angemessen bezahlt zu werden und künftig eine Sicherheit ihrer Altersversorgung zu haben und diese eben nicht zukünftigen Generationen auferlegt wird - entweder durch die Verschiebung von Versorgungslasten oder durch Verschuldung.

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Sie haben von dem Problem gesprochen, dass wir uns **antizyklisch verhalten** müssten. Irgendetwas müssen Sie bei diesem Begriff missverstanden haben. Sich antizyklisch zu verhalten kann doch nicht bedeuten, dass Sie Jahr für Jahr eine steigende Schuldenaufnahme zur Bewältigung Ihrer Haushaltsdefizite haben, sondern antizyklisch kann doch nur bedeuten, dass man in guten Haushaltsjahren - die haben Sie ja gehabt, wenn man sich die Zahlen einmal ansieht - die notwendigen Rücklagen bildet, um in schlechten

(Rainer Wiegard)

Zeiten auch einmal etwas aus der Kasse nehmen zu können, um der Konjunktur wieder auf die Beine zu helfen. Ich glaube, Sie verstehen das Wort antizyklisch falsch.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Sie haben dargestellt, die **Zinslast** sei im Wesentlichen von einer Regierung übernommen worden, die Sie doch schon bereits vor 15 Jahren abgelöst haben. Ich muss Ihnen sagen: Dann haben Sie 15 Jahre Zeit gehabt, an diesem Problem - was es für Sie offensichtlich ist - zu arbeiten und es zu beseitigen und es nicht zu vergrößern.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn Sie heute Zinssätze hätten wie wir sie in den siebziger und achtziger Jahren hatten, zum Teil zweistellig, dann hätten Sie uns bis heute eine Zinslast aufgetürmt, die weit jenseits von 1,5 Milliarden € bei der Schuldenlast läge. Das sind die Probleme, von denen wir erwartet hätten, dass sie hier miteinander besprochen werden.

(Beifall bei der CDU)

Herr Hay hat ausgeführt - und die Ministerpräsidentin hat sich dazu ähnlich eingelassen -, dass 2004 wegen des **Vorziehens der Steuerreform** ein schwieriges Jahr werden wird. Ich denke, Sie haben die Probleme nicht erkannt. Nicht wegen des Vorziehens der Steuerreform wird das ein schwieriges Jahr, sondern Sie kommen so schon - mit über 900 Millionen € zu wenig - nicht mit den Einnahmen für die Ausgaben aus, die Sie geplant haben. Und das Problem mit der Steuerreform kommt noch oben drauf. Nur, das Problem hat nichts - Herr Kubicki hat das schon einmal angedeutet - mit einem Vorziehen der Steuerreform von 2005 auf 2004 zu tun, sondern in Wahrheit mit einem Verschieben von 1998 auf das Jahr 2004. Wenn Sie das nämlich nicht 1998 blockiert hätten, dann hätten wir in der Zwischenzeit auch eine andere wirtschaftliche Entwicklung genommen, sowohl in Deutschland als auch in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Kollege Hay und Frau Simonis haben angesprochen, dass die **Konjunktur** wieder **anspringt** und der **Aufschwung** kommen wird. Ich kann mich erinnern, es hat einmal einen Kanzler gegeben, der hat immer gesagt: Der Aufschwung kommt! - jedes Jahr wieder neu. Ich hoffe, wir alle hoffen, dass das so ist. Nur, wie viel Aufschwung, Herr Kollege Hay, wie viel Konjunktur, wie viel Wirtschaftswachstum muss denn eigentlich Ihrer Meinung nach kommen, damit Sie das strukturelle Haushaltsdefizit von über 900 Mil-

lionen € - plus Steuerreform, die wir einmal im Augenblick außen vor lassen, weil Sie die anders bewältigen wollen - ausgleichen können. Sie müssen einen Steuerzuwachs von 25 % erreichen, um das auszugleichen. Also, da allein auf einen Zuwachs von Konjunktur und Wachstum zu zielen, das ist nicht ausreichend. Hier hätten wir erwartet, dass Sie eine deutlichere Zielmarkierung setzen.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Das ist, Herr Finanzminister - jetzt ist er weg; nein, da ist er noch -, das muss ich Ihnen in allem Ernst sagen, ein dreistes Spiel mit der **Finanzverfassung**, die wir alle miteinander zu vertreten haben: Sie haben in diesem Jahr 100 Millionen € Haftkapitalvergütung in den Haushalt für das Jahr 2003 eingestellt - ohne rechtsverbindliche Grundlage. Und Sie stellen jetzt dasselbe noch einmal in Höhe von 200 Millionen € für das Jahr 2004 ein. Sie haben für das Jahr 2003 100 Millionen € Erlös aus dem Verkauf der LEG eingestellt und Sie stellen jetzt für 2004 wieder 100 Millionen € ein. In einigen Wochen werden Sie uns dann hier - so hoffe ich jedenfalls - langsam einmal vorlegen, dass das im Jahr 2003 mit den 200 Millionen € nicht klappt. Ausgeführt haben Sie das schon einmal. Ich hätte aber erwartet, dass Sie im Zusammenhang mit der Vorlage des Haushaltes 2004, wo Sie diese Einnahmen noch einmal einstellen - **einmalige Einnahmen** zweimal eingestellt! -, hier einen ordnungsgemäßen Nachtrag für das Jahr 2003 einbringen, wo diese 200 Millionen € ersetzt werden.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Das ist das eigentlich Schlimme und Dreiste. Sie haben im Jahr 2002 die **Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts** erklärt. Sie werden das für das Jahr 2003 wieder tun und Sie haben die Absicht, das für das Jahr 2004 auch zu tun, indem Sie nämlich die Mindereinnahmen aus dem so genannten Vorziehen der Steuerreform ebenfalls über Neuverschuldung decken. Der Bundesfinanzminister hat schon angekündigt, wie er das deklarieren will. Ich muss aber sagen: Der Ersatz willkürlich eingestellter Einnahmen, zum Beispiel aus der Haftkapitalvergütung und aus dem Verkauf von Landesvermögen, durch neue Schulden dient keineswegs der Abwehr von Störungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.

(Beifall bei CDU und FDP)

Und wir werden diesen Punkt aufnehmen. Deshalb sage ich Ihnen deutlich: Spielen Sie hier mit unserer Verfassung nicht „Pupfink“. Wir werden das dieses

(Rainer Wiegard)

Mal nicht durchgehen lassen, sondern diesem ganz ernsthaft und mit großer Sorge für die Zukunft begegnen.

Die Zusammenfassung Ihres Redebeitrages, jedenfalls der Seiten 2 bis 20, ist so zu verstehen, dass Herr Stegner sagt: Es geht Schleswig-Holstein so schlecht, weil die Opposition uns keine genehmen Vorschläge macht, denn wir selbst haben auch keine. Das ist doch Ihr Tenor.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Deshalb sage ich Ihnen: Die Probleme, die wir in Schleswig-Holstein mit der Finanzlage des Landes haben, sind nicht von außen über uns hereingebrochen, sondern sie sind überwiegend hausgemacht. Ich will dem begegnen, dass irgendjemand sagt: Diese Regierung arbeitet nicht. - Im Gegenteil, ich will Ihnen gern konzedieren, dass Sie sich selbstverständlich auch bemühen, zum Wohle unseres Landes zu arbeiten. Aber genau darin steckt das Problem: Denn wenn Sie nichts täten, wenn die Ministerpräsidentin sich in eines ihrer vielen Büros zurückzöge, die sie nun hat, die Türen verschließen, die Vorhänge zumachen würde und nichts täte, gar nichts, überhaupt nichts, dann wäre der Schaden für unser Land nur halb so groß, wie er es jetzt ist, wo sie täglich politische Entscheidungen für unser Land trifft.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Tribüne möchte ich unsere nächsten Besuchergruppen begrüßen: CDU-Bezirksverband Wandrup, SPD-Ortsverein Flintbek und SPD-Ortsverein Neumünster-Faldera. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Jetzt erteile ich dem Herrn Abgeordneten Neugebauer das Wort.

Günter Neugebauer [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das heute hätte eigentlich, Herr Kollege Wiegard, die Stunde der Opposition sein müssen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das war sie doch auch!)

Das war die Stunde, Kollege Kubicki, der Analysten, der Blockierer, der Miesmacher.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD] - Zurufe von der CDU)

Keine Vorschläge, keine Alternativen, und auch - ich muss es leider gestehen - keine neuen Textbausteine, Herr Kayenburg!

Kollege Wiegard, das zu erkennen, fällt mir sogar mit einem Auge relativ leicht.

(Heiterkeit)

Wer in dieser Weise nicht reif für eine ordentliche Oppositionsarbeit ist - ich denke, darin werden mir die Wählerinnen und Wähler des Landes Schleswig-Holstein zustimmen -,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

der ist auch nicht reif für den Regierungswechsel, Herr Kollege Kayenburg!

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD] - Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben Ihre Aufgabe immer noch nicht erkannt!)

Es ist richtig: Wir befinden uns in Schleswig-Holstein

(Lachen bei der CDU)

in einer Phase - es wäre schön gewesen, wenn Sie vorhin bei der Rede des Kollegen Kayenburg so gejubelt hätten, wie Sie es bei mir jetzt schon am Anfang tun - der Unsicherheit und der Ungewissheit - das ist richtig - über die wirtschaftliche Entwicklung und damit auch über die Einnahmen, die wir zu erwarten haben. Das unterscheidet uns übrigens von keinem anderen Bundesland in Deutschland.

(Werner Kalinka [CDU]: Wer ist dafür verantwortlich?)

- Herr Kalinka, wenn Sie sich einmal anschauen und anlesen, was die Ministerpräsidenten und die Finanzminister der von Ihrer Partei gestellten Bundesländer dazu sagen,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir stellen keine Bundesländer!)

dann stellen Sie fest, es gibt ein hohes Maß an Übereinstimmung in der Analyse, wie wir sie heute vom Finanzminister und von der Ministerpräsidentin gehört haben.

Wer in Schleswig-Holstein wissen will, was aus den Versprechungen einer CDU-Opposition nach einem Regierungswechsel werden kann, der braucht sich doch nur einmal in Hamburg, in Niedersachsen oder Hessen umzusehen. Was ist denn nach dem Regierungswechsel passiert? -

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

(Günter Neugebauer)

Die haben doch fast alle Versprechungen - selbst im Bereich der Bildung, der Unterrichtsversorgung und der inneren Sicherheit - wieder eingesammelt.

(Zuruf von der CDU: Was? - Weitere Zurufe von der CDU)

Ich sage Ihnen: Sie können diese Versprechungen nur machen, weil Sie selbst nicht mit einem Regierungswechsel rechnen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Sie sollten sich schämen! - Anhaltende Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich bitte um etwas mehr Ruhe. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Neugebauer.

Günter Neugebauer [SPD]:

Ich kann ja verstehen, dass Sie das nicht gern hören. Aber die Zeit dafür muss doch sein und die sollten Sie sich auch nehmen, um sich das einmal ins Geschichtsbuch schreiben zu lassen. Herr Stegner hat doch völlig Recht, wenn er Ihnen gesagt hat, dass wir **1988** eine **schwere Erblast** übernommen haben. Das gilt doch nicht nur für die Infrastruktur in Schleswig-Holstein, sondern das gilt auch für die öffentliche Verschuldung, die Sie uns hinterlassen haben.

(Widerspruch bei der CDU)

Sie haben uns 1988 umgerechnet 9 Milliarden € Schulden hinterlassen. Das, meine Damen und Herren, belastet unseren Haushalt immer noch. Wenn wir, Kollege Kayenburg, Ihre Vorschläge in den letzten Jahren mit Ausgabensteigerungen übernommen hätten, hätten wir heute mit Sicherheit vier Milliarden bis fünf Milliarden € mehr Schulden im Haushalt.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Neugebauer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Günter Neugebauer [SPD]:

Nein, ich denke, der Kollege Kubicki kann sich nachher noch einmal zu Wort melden.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Neugebauer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wiegard?

Günter Neugebauer [SPD]:

Das gilt auch für den Kollegen Wiegard.

(Heiterkeit)

Die CDU, meine Damen und Herren - daran darf hier doch in aller Ruhe erinnert werden -, hat in ihrer Regierungszeit bis zu 17,5 % der Nettoausgaben kreditfinanziert. In den letzten Jahren waren es in Schleswig-Holstein 5 bis 6 %; in diesem Jahr sind es 7,5 %, aber fast 10 % weniger als in den Regierungszeiten der CDU.

(Widerspruch bei der CDU)

Und Sie wollen uns hier erzählen, was Sie alles besser machen könnten! Das nehmen Ihnen nicht einmal die schleswig-holsteinischen Wählerinnen und Wähler ab, die das letzte Mal vielleicht noch Ihre Partei gewählt haben.

Völlig unverständlich ist zumindest für mich der Vorwurf, es wäre in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren nicht gespart worden. In den letzten Jahren haben viele der von Sparmaßnahmen betroffenen Bürgerinnen und Bürger doch nicht aus Jux und Tolerie vor dem Landeshaus demonstriert, meine Damen und Herren! Wo war bei diesen Demonstrationen gegen Sparmaßnahmen der Landesregierung die Opposition?

(Günther Hildebrand [FDP]: Das ist ja richtig zynisch!)

Im Landtag haben Sie jede konkrete Sparmaßnahme der Regierung und der sie tragenden Fraktionen abgelehnt und vor dem Landeshaus haben Sie sich an die Seite der Demonstranten gestellt, meine Damen und Herren!

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Für Sie war das Parteiwohl wichtiger als das Gemeinwohl. Daran hat sich leider bis zum heutigen Tage wenig geändert.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

- Zu Ihnen komme ich auch noch, Herr Kollege Schlie, weil ich jetzt nämlich das Stichwort Verwaltungsstrukturreform ansprechen möchte.

(Zurufe von der CDU)

Der Kollege Kayenburg hat heute Morgen beklagt, es hätte in den letzten Jahren keine Veränderungen bei der **Verwaltungsstruktur** gegeben.

(Holger Astrup [SPD]: Er ist nicht auf dem Laufenden!)

(Günter Neugebauer)

Das zeigt einmal mehr, dass er die Textbausteine aus der Zeit Mitte der 90-Jahre verwendet hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das befürchten wir eher bei dir!)

Sie haben gar keinen Beitrag geleistet, meine Damen und Herren! Sie haben alle Verwaltungsstrukturmaßnahmen in Schleswig-Holstein abgelehnt.

Ich will nur zwei unselige Beispiele für Ihren Widerstand nennen, Ihren - so muss man ja sagen - unsäglichen Widerstand gegen die Auflösung der Reiterstaffel in Lübeck oder gegen die Auflösung des Amtsgerichts in Bad Bramstedt.

(Lachen bei CDU und FDP)

- Ich weiß nicht, was es da zu lachen gibt. Ich vermute, Sie belachen sich hier selbst, meine Damen und Herren von der Opposition.

(Anhaltendes Lachen bei CDU und FDP)

Nein, Sie haben hier heute einmal mehr Mutlosigkeit verbreitet, Sie haben Miesmacherei verbreitet und Sie haben heute nicht erkennen lassen, dass Sie sich an Reformen beteiligen wollen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich darf um etwas mehr Ruhe bitten. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Neugebauer.

Günter Neugebauer [SPD]:

Ich weiß nicht, Sie haben vielleicht ein schlechtes Gedächtnis, Kollege Kalinka. Haben Sie Widerstand geleistet - um nur dieses Beispiel von vielen herauszugreifen - gegen die Auflösung des Amtsgerichts Bad Bramstedt?

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ja, das stimmt: Sie haben vor Ort die Menschen gegen die Auflösung mehrerer Arbeitsgerichte in Schleswig-Holstein mobilisiert. Sie haben sogar mit einem Volksentscheid versucht,

(Holger Astrup [SPD]: Richtig!)

die Auflösung der Reiterstaffel bei der Polizei in Lübeck zu verhindern.

(Holger Astrup [SPD]: Kollege Geißler! - Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, in finanzpolitisch schwierigen Zeiten wird es keinen Raum für Wahlgeschenke geben, aber - das sage ich an die Adresse der Opposi-

tion - es wird auch keinen Raum für Wahlversprechen geben.

Da der Herr Kollege Hentschel heute Morgen die Zusammenarbeit mit Hamburg angesprochen hat und dabei meine ansonsten ja sehr geschätzte Kollegin Heinold gelobt hat, will ich doch für das Geschichtsbuch festhalten, dass dies keine Erfindung der Grünen ist, sondern auch ein langjähriges Anliegen der SPD in diesem Hause gewesen ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD] - Lachen bei der CDU)

Lassen Sie mich zum Schluss feststellen: Der Haushalt ist jetzt im Parlament und ich hoffe, dass die Opposition irgendwann den Zustand der Heiterkeit und des Lachens aufgibt und sich der konstruktiven Mitarbeit stellt. Bisher haben wir ja keine Vorschläge gehört, sondern nur Allgemeinplätze. Jetzt haben Sie endlich die Gelegenheit, dem Landtag und der Regierung, den sie tragenden Fraktionen zu sagen, wie Sie es konkret besser machen wollen.

Aber, meine Damen und Herren, machen Sie es nicht so wie in den vergangenen Jahren mit völlig unsoliden, unseriösen Gegenfinanzierungsvorschlägen und globalen, abstrakten Ausgabenkürzungen, mit denen in diesem Lande niemand etwas anfangen kann. Der Appell an Sie lautet also: Verändern Sie die Ergebnisse der Haushaltsberatungen, wie wir sie aus den letzten Jahren gekannt haben, und beteiligen Sie sich - vielleicht auch mit uns - daran, dass die **Blockade** von CDU und FDP im **Bundesrat** aufgegeben wird, denn die Ausgaben- und Einnahmenprobleme sind nicht allein in Schleswig-Holstein lösbar. Die Ausgabenprobleme, insbesondere aber die Einnahmenprobleme, sind nur lösbar, wenn wir im Bundesrat - aufgrund Ihrer Mehrheit dort - gemeinsam große Reformgesetze auf den Weg bringen. Wenn Sie sich wenigstens da konstruktiv zeigten, wären wir Ihnen dankbar.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf erst seit knapp zehn Jahren in diesem wunderschönen Land leben und habe tiefen Respekt vor den Kollegen, die diesem Landtag schon sehr lange angehören. Der Kollege Neugebauer gehört zu diesen

(Dr. Heiner Garg)

Kollegen. Daher will ich Sie alle wissen lassen, dass ich heute etwas gelernt habe. Ich habe gelernt, dass diese Landesregierung in der Tat zu großartigen Leistungen fähig war. Die größte dieser Leistungen seit 1988 war offensichtlich die Auflösung der Polizeireiterstaffel in Lübeck. Ich räume es gern ein: Das war eine tolle Leistung.

Ansonsten kann ich für dieses Jahr nur sagen: Sehr geehrter Herr Finanzminister, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, die Landesregierung legt dem Parlament für den ersten Doppelhaushalt einen überaus schlampigen Entwurf vor. Das allein wäre gar nicht so schlimm. Viel schlimmer finde ich es, dass sich die die Regierung tragenden Fraktionen vor Lobhudelei vor dieser schlampigen Arbeit auch noch überbieten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ahnungslos, verunsichert und - wenn ich den Finanzminister heute Morgen vor Augen habe - auch niedergeschlagen sieht dieser nur noch eine einzige Chance für 2005, nämlich diesen Doppelhaushalt. Das gilt nicht für die Frau Ministerpräsidentin. Die hat sich sowieso verabschiedet. Die interessiert das alles nicht mehr. Sie erzählt hier, dass sie keine Geschichten vom Dorf erzählt. Dafür erzählt sie uns Anekdoten vom Pferd.

Herr Minister Stegner, wenn Sie glauben, keiner merkt, welchen Mist Sie da angehäuft haben, dann sage ich Ihnen: Im Mai haben Sie uns noch erklärt, es sei sinnlos, beim Nachtrag noch eine Woche auf die Steuerschätzung zu warten, weil die **Steuerschätzung** im November sowieso alles über den Haufen werfen würde. Jetzt behaupten Sie, genug Übersicht zu haben, um drei bis vier Steuerschätzungen voraus schauen zu können, freilich ohne die November-Steuerschätzung zu kennen.

Im Februar brach Ihr Haushalt 2003 zusammen, weil Hans Eichel mit seinen unsinnigen Gesetzesvorlagen abschmierte, die zur Bilanzverschönerung schon rechtswidrig in unserem Haushalt - also eigentlich in Ihrem Haushalt - veranschlagt waren. Angekündigt werden uns jetzt die angeblich größten, reinsten und waschkräftigsten Steuer- und Sozialreformen aller Zeiten. Auf den Weg gebracht ist noch nichts. Die wirtschaftliche Entwicklung ist nach wie vor nicht einfacher vorherzusagen als im Mai. Es gibt jedoch eine Ausnahme: Es wird schlimmer kommen, als in der Mai-Steuerschätzung angenommen.

Herr Dr. Stegner, Sie stehen ganz offensichtlich über den Dingen. Sie beschwerten sich zwar, dass die Konjunkturprognosen kein Quartal mehr halten würden, aber Ihre Kristallkugel zeigt Ihnen offensichtlich schon die **Konjunkturprognosen** für das Jahr 2005.

Wir wissen: Das ist selbstverständlich Augenwischerei. Der Beweis ist Dr. Stegners Anwesenheit hier. Würde er in das vertrauen, was er uns heute Morgen vorgegaukelt hat, und so handeln, dann wäre er - ohne Insidergeschäfte zu tätigen - schon so reich, dass er sich seine Trauervorstellungen als Finanzminister hier sicherlich nicht mehr antun würde. Also, Herr Dr. Stegner, ich frage Sie: Wenn Sie so schlau sind, warum sind Sie dann nicht unendlich reich?

Der **Haushaltentwurf** für 2005 ist ganz und gar überflüssig. Der Bund und die Europäische Union haben überhaupt keine Haushalte für 2005, sodass nächstes Jahr alles nachgearbeitet werden muss. Die Arbeit und das Papier hätten Sie sich dieses Jahr wahrlich sparen können. Jeder gute Planer weiß: Je höher die Unsicherheit, desto weniger genau und desto weniger weit voraus sollte man sich festlegen. Bei Rot-Grün gibt es aber keine guten Planer an den entscheidenden Stellen. Das ist eines Ihrer größten Probleme.

Sehr geehrter Herr Dr. Stegner, die von Ihnen oft und gern zitierten Erfahrungen anderer Bundesländer - egal von wem regiert - rechtfertigen noch keinen rot-grünen Politikmüll hier in Schleswig-Holstein. Der einzige Grund für diesen Doppelhaushalt ist die Landtagswahl 2005, auch wenn die Ministerpräsidentin uns gern etwas anderes erzählt. Rot-Grün ist zu feige und will sich nächstes Jahr vor den Menschen verstecken. Sie haben Angst vor der Haushaltsdebatte im nächsten Jahr!

(Beifall bei FDP und CDU - Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Lieber Holger, ich habe vor gar nichts Angst. Die Abgeordneten möchten die Schuld für Unangenehmes auf die Landesregierung schieben können, und zwar mit diesen Ausreden: Das sah letztes Jahr noch ganz anders aus! Ich kann da gar nichts für Sie tun! Wir haben doch jetzt einen Doppelhaushalt! Die Landesregierung sieht ihre letzte Hoffnung in dem kläglichen Versuch, irgendeinen - wie auch immer gearteten - politischen Konjunkturzyklus anzuschieben. Sie trauen sich nicht, den Subventionsrasenmäher zu starten. Das fordern Sie immer nur von anderen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Hentschel?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Nein, selbstverständlich nicht!

(Dr. Heiner Garg)

Sie trauen sich noch nicht einmal, nach Ihren eigenen Überzeugungen zu handeln. Herr Dr. Stegner, das ärgert mich ganz besonders. Sie halten hier ständig vor, dass Sie eine höhere **Mehrwert- und Erbschaftsteuer** haben wollen. Das sei die Lösung für sämtliche Sozialversicherungsprobleme. Sie sind aber zu feige, diese Steuererhöhungen endlich in einem ganz normalen parlamentarischen Verfahren vorzuschlagen. Bringen Sie Ihre Bundesratsinitiative doch ein, wenn Sie das alles so klasse finden. Mit der schuldgefüllten Gießkanne durchs Land zu gehen, um rot-grüne Blütenträume zu schüren, dafür reicht Ihr Mut gerade noch.

Die Einnahmen sollen 2004 um 3,2 % steigen und 2005 um 0,3 % sinken. Laut Finanzplan unterstellt Herr Dr. Stegner die **Wachstumsannahmen** der Mai-Steuerschätzung. Das bedeutet für 2003 nominal 2 % und für 2004 bis 2007 jährlich 3 %. Die Schätzungen der Forschungsinstitute für 2003 und 2004 sind dabei niedriger. Folglich werden dieses Jahr weniger Steuern eingenommen als erwartet. Die würden nächstes Jahr um grob 3 % steigen, wohlgermerkt ohne Steuerreform. Die Steigerung der bisherigen Ansätze um 3,2 % ist also durch nichts untermauert. Das ist keine vorsorgliche Finanzplanung, das sind Wunschfundamente für rot-grüne Luftschlösser. Im Übrigen wird hier bereits die nächste Haushaltskrise produziert.

Wenn die Einnahmen nicht so fließen, wie es gewünscht ist, dann wird Rot-Grün wieder einen dramatischen Steuereinbruch beklagen. Die Frau Ministerpräsidentin hat das vorhin schon angekündigt. Dem kann man dann nur mit neuen Schulden begegnen. Tatsächlich schuld sind in dieser Form aber nur die Rosinen in den Köpfen dieser Regierungskoalition.

2005 sinken die Einnahmen im Entwurf; wahrscheinlich wegen der Steuerreform. Deren Vorziehen wurde erst nach der Steuerschätzung angekündigt. Nimmt man Gerhard Schröder einmal beim Wort, was an sich schon eine verwegene Vorstellung ist, dann sind die rot-grünen Einnahmenpläne für 2004 und 2005 in Kiel schon wegen Rot-Grün in Berlin Makulatur. Ein guter Planer würde in der jetzigen wirtschaftlichen und politischen Lage strikt das Niederstwertprinzip anwenden, um seine Einnahmen zu schätzen. Ich weiß, dass Sie das ganz anders machen.

Bei Rot-Grün gibt es als Ersatz für gute Pläne **globale Minderausgaben**. Die steigen von 2003 auf 2004 um 3,3 Millionen € oder 3,9 %, insgesamt auf 1,1 % der Nettoausgaben. Das hört sich nicht viel an, ist aber schon das Zweieinhalbfache des Durchschnitts der Anteile der globalen Minderausgaben an den Nettoausgaben im Haushaltsentwurf von 1996 bis 2003. Dieser betrug im Durchschnitt 0,4 %.

Von 2004 auf 2005 steigen die globalen Minderausgaben um 123 Millionen € oder 138 % auf 2,7 % der Nettoausgaben, also auf das Sechsfache des eben genannten Durchschnitts von 0,4 %. Das wäre nach der herrschenden Meinung ein klarer Verstoß gegen die Grundsätze von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit. Hiernach dürfen die globalen Minderausgaben höchstens 1 % bis 2 % betragen.

2006 sollen die globalen Minderausgaben erneut um 97 Millionen € oder 46 % steigen, nämlich auf 3,9 % der Nettoausgaben. Das ist fast das Neunfache des langjährigen Durchschnitts. Erst 2007, also dann, wenn Sie schon zwei Jahre lang nicht mehr in der Verantwortung sind, sollen sie wieder auf 3,5 % der Nettoausgaben sinken. Das ist dann immer noch fast das Achtfache des Durchschnitts und das Doppelte der Verfassungsgrenze. Dass Sie auf der linken Seite des Hauses darüber so fürchterlich lachen, ist das eigentlich Schlimme an der Sache.

(Holger Astrup [SPD]: Wer lacht denn darüber?)

- Zum Beispiel Ihr finanzpolitischer Sprecher.

Dr. Stegner will Wiederholungstäter werden und die beiden Landtagsfraktionen Rot und Grün schauen seelenruhig zu, beklatschen das Ganze und freuen sich. Endlich gibt es einen Minister, der ihnen die Last der Kürzungen abnimmt. Dr. Stegner ist der Erlöser. Er erlöst die Regierungsmehrheit von ihrem Haushaltsrecht.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sind wir hier in der Kirche?)

Meine Damen und Herren von Rot-Grün, wenn Sie sich nicht trauen, Haushaltspolitik zu machen, dann sollten Sie Ihren Arbeitsplatz wechseln und nicht das Königsrecht des Parlaments für eine Handvoll erwarteter Stimmen an den Finanzminister verscherbeln.

Addiert man die absoluten Beträge der Nettokreditaufnahme und der globalen Minderausgaben, erhält man ein gutes Maß für die **Deckungslücke des Haushalts**, nämlich den Teil der Nettoausgaben, den die Landesregierung nicht aus ordentlichen Einnahmen bestreiten kann. Die Deckungslücke beträgt 2004 684 Millionen € - Kollege Hentschel, das ist peinlich - oder 8,6 % der Nettoausgaben. Der Fehlbetrag steigt 2005 auf 762 Millionen € oder 9,1 % und 2006 auf 809 Millionen € oder 10,1 %.

Erst 2007 soll er auf immer noch 9 % sinken. Nach rot-grüner Rechnung sollen wir dann bereits im vierten Jahr des **Aufschwungs** stehen, der in diesem Halbjahr ja angeblich begonnen hat. Schleswig-Holstein soll dann an der Spitze Deutschlands,

(Dr. Heiner Garg)

Deutschland an der Spitze Europas und Europa in gehorsamer Erfüllung der weltfremden Beschlüsse von Lissabon an der Spitze der Welt stehen. Oder soll das alles nicht mehr gelten? - Das sind doch die frohen Botschaften, die heute Morgen von Ihnen hier verbreitet wurden. Ich erinnere nur an Herrn Hentschel und an Herrn Hay, der nicht mehr da ist. Das war das, was wir - zum Teil auch von Anke Spoorendonk - hier gehört haben.

2005 wird es dann sogar ein **Wunder** geben, nämlich das Wunder eines Geldregens. Anders kann ich mir die globalen Mehreinnahmen von 200 Millionen €, durch die der Finanzminister seinen Haushaltsentwurf vordergründig verfassungsgemäß gemacht hat, nicht erklären. Wahrscheinlich fehlten ihm nämlich gerade diese 200 Millionen €. Berücksichtigt man diese, wird die Deckungslücke im Jahre 2005 knapp 1 Milliarde € oder 12,1 % der Nettoausgaben betragen. Was für ein Armutszeugnis der verantwortungslosen Verantwortlichen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Entwicklung der Deckungslücke zeigt, dass die Regierungskoalition für ihr offizielles Programm absolut nichts übrig hat.

Eigentlich wollte ich sagen, dass Sie kreischen. Nun sage ich aber, dass Sie ständig, nachhaltig und nachdrücklich nach **Nachhaltigkeit** rufen und schreien. Das ist ja eines Ihrer Lieblingswörter, obwohl die meisten nicht wissen, was sie damit eigentlich sagen wollen. Sie rufen also überall ganz nachdrücklich nach Nachhaltigkeit. Sie tun es aber immer nur dann, wenn es nachhaltig alle anderen trifft, nur bitte nie Sie selbst.

Für **zukünftige Generationen** ist in Ihrer Politik kein Platz; denn da könnte ja jeder kommen und Forderungen stellen. Deshalb geben Sie das Geld der zukünftigen Generationen heute schon sehr gerne aus, und zwar selbstverständlich ausschließlich für den Konsum. Bei Rot-Grün sollen die nachfolgenden Generationen gefälligst selbst für sich sorgen und unsere Schulden abtragen. Das ist Ihre Devise, Ihr Politikstil und Ihr Motto.

Die Zahl **200 Millionen** übt in diesem Zusammenhang scheinbar eine geradezu magische Wirkung auf den Finanzminister aus. Auch der Ansatz für die erwartete Nachzahlung für die Nutzung der Zweckrücklagen bei der Investitionsbank erhöht sich auf wunderbare Weise von 100 Millionen € im Jahre 2003 auf 200 Millionen € im Jahre 2004. Es bleibt völlig offen, ob der Finanzminister insgesamt 300 Millionen € einzunehmen hofft oder ob er die 100 Millionen € für dieses Jahr schon abgeschrieben hat.

Herr Dr. Stegner, wie kommen Sie zu den angesetzten 200 Millionen €? Haben Sie neue Erkenntnisse zum WestLB-Verfahren oder brauchten Sie auf dem Papier einfach wieder ein wenig Geld? Möglicherweise kann man ja auch zu viel Geld haben. Bei Ihnen ist es aber nie genug. Die Kreditlinie kann ruhig ausgereizt sein. Wenn sie das ist, muss wieder irgendetwas teuer versilbert werden, um dem rot-grünen Rausch des Staatskonsums frönen zu können. In diesem Fall geht es um LEG und Lotto.

Ich komme zur **LEG**. Heute Morgen habe ich vom Kollegen Hay wiederum von dieser fantastischen Passage gehört. Lieber Kollege Wiegard, diese wunderbare Passage in der Rede von Herrn Dr. Stegner zum parlamentarischen Verfahren beim LEG-Verkauf haben Sie nicht vorgelesen. Er will demnach sozusagen für ein geruhiges parlamentarisches Verfahren sorgen. Ich darf einmal daran erinnern: Es gibt einen Umdruck, der sogar auf meinem Tisch liegt. In ihm steht, dass wir das Ganze im August in zwei Lesungen möglichst schnell über die Bühne bringen müssen. Ich darf daran erinnern, dass sich alle Fraktionen im Finanzausschuss auf ein Verfahren verständigt haben. Danach wollen wir das gerade nicht in zwei Lesungen im August husch, husch fabrizieren. Es kann also überhaupt keine Rede davon sein, dass Sie in dieser Angelegenheit für ein ordentliches parlamentarisches Verfahren sorgen.

(Dr. Henning Höppner [SPD]: Bleiben Sie doch ruhig!)

- Ich bin ziemlich ruhig.

Bei der LEG sind die Umwandlungen und Teilverkäufe auf so viele Tranchen verteilt worden, dass die Kosten der Abwicklung wahrscheinlich höher sind als die Erlöse. Ich möchte die Ausführungen meines Fraktionsvorsitzenden nur um einen Gedanken ergänzen: Im Frühjahr konnte es mit dem Schlussverkauf der LEG gar nicht schnell genug gehen. Jetzt hat sich die HSH erweichen lassen, damit der Finanzminister die Einnahmen im Jahre 2004 verbuchen kann. Dieses Jahr will er alle Haushaltslöcher mit dem Mantel der Schulden verdecken. Sie dürfen mich gerne korrigieren, wenn das nicht stimmt.

Beim Lotto-Verkauf spielen Sie dann wiederum den rot-grünen Joker: Sie verkaufen Vermögen, um Konsum zu bezahlen, Sie verzichten auf Erträge und wollen den Schuldenberg keinesfalls antasten. Herr Minister Stegner, Sie sind vielleicht lernfähig, Sie müssen aber noch viel lernen; denn genau so gewinnt man eben keinen Jackpot.

Insgesamt zeigt bereits die Einnahmeseite dieses Haushaltsentwurfs, welche Geister Kinder und vor

(Dr. Heiner Garg)

allein wie unfähig die Regierenden sind. Bei den **Ausgaben** wird es dann aber noch schlimmer. Sie kürzen beim Personal, und zwar nicht bei den Stellen, deren Zahl 2004 um 78 und 2005 um 161 steigt. Erst sollen die Bezüge der Beamten und später auch die der Angestellten gekürzt werden. Das würde bedeuten, dass **gleiche Arbeit für weniger Geld** geleistet wird. Das ist also Ihre sozial gerechte Devise. Ich darf daran erinnern: Wenn private Arbeitgeber so etwas fordern, dann läuft Rot-Grün erst Amok und danach laufen Sie - jedenfalls die meisten von Ihnen - rot und grün an.

(Ministerpräsidentin Heide Simonis schüttelt den Kopf)

- Frau Ministerpräsidentin, es ist niedlich, wie Sie immer mit dem Kopf schütteln. Es mag sein, dass Sie mittlerweile ein ganz anderes Politikverständnis haben. Ihre Landtagsfraktion schüttelt aber bei sämtlichen dieser Forderungen nicht nur mit dem Kopf, sondern sie ruft auch Ekel, Abscheu und Empörung. Das war jedenfalls in der Vergangenheit so. Es mag ja sein, dass das jetzt anders ist. So sind Sie eben: großzügig. Oder so waren Sie jedenfalls bisher. Ich lasse mich gern eines Besseren belehren. Großzügig sind Sie immer nur dann, wenn andere bezahlen.

Als nächstes Stichwort nenne ich die **Beförderungen**. Für dieses Jahr hat das Finanzministerium schon eine Fehlanzeige angekündigt. Im nächsten Jahr wird sich die Finanzlage nicht verbessern, also gehe ich davon aus, dass bei den Beförderungen im nächsten Jahr auch Fehlanzeige herrscht. Gleiche Arbeit für weniger Geld und Beförderungen verschoben: Glauben Sie eigentlich wirklich, dass Sie damit die Motivation der Landesbediensteten auch nur halten können? All das geschieht nur wegen Ihrer Unfähigkeit.

Hätte die Ministerpräsidentin zum Beispiel auf die unsinnige **Entbeamtung** der Lehrer verzichtet, dann hätte die Landesregierung die Gehaltskürzungen so wie den Haushaltsausgleich behandeln können, sie hätte sie nämlich auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben können.

Die rot-grüne Verschwendungssucht engt die Spielräume dieses Landes immer weiter ein. Zur Sicherung gegen den völligen Zusammenbruch ist die Motivation der Landesbediensteten wichtig, den Bürgerinnen und Bürgern trotzdem bestmöglich dienen zu wollen. Frau Ministerpräsidentin, aber auch ihre Leidenschaft hat Grenzen. Damit meine ich nicht Ihre, sondern die der Landesbediensteten. Diese wollen Sie jetzt testen. Wie weit können Sie es noch treiben? Erst sind die Beamten an der Reihe, dann die Angestellten. Wir denken, dass Sie auf diesen Test verzich-

ten sollten. Wir brauchen weniger Staatsaufgaben, die von gut motivierten Menschen erfüllt werden. Gut motiviert heißt für uns gut bezahlt. Wir brauchen also weniger Landesbedienstete.

(Beifall bei FDP und vereinzelt bei der CDU)

Angesichts vieler überflüssiger Staatsaufgaben und der anstehenden Pensionierungsflut sollte dieses Ziel auch ohne Lohnkürzungen erreichbar sein.

Ein großes Anliegen der Landesregierung ist angeblich die **Bildung** unserer Kinder. Deshalb hat sie die Bildung auch zu einem ihrer politischen Schwerpunkt ausgerufen. Wie äußert sich das? - In den Kapiteln 10 bis 16 des Bildungshaushaltes steigen die Ausgaben für Schulen im Jahre 2004 um 2 %. Sehr geehrter Herr Dr. Stegner, Schwerpunkte sollte man nicht mit großen Sprüchen, sondern mit Geld bilden. Die Nettoausgaben steigen 2004 um 2,3 %. Die Ausgaben für die Schulen wachsen also um 14 % langsamer als der Durchschnitt. Wo ist denn dort Ihre Schwerpunktbildung? - Anscheinend ist sie untergegangen.

Die Landesregierung behauptet stolz, bis 2005 jedes Jahr 200 neue Lehrer einstellen zu wollen und selbstverständlich in den Unterricht zu schicken. Auch 2004 und 2005 sollen 200 Lehrer neu eingestellt werden. Ist das endlich ein Versprechen, das die Landesregierung zu halten gedenkt? - Nein, natürlich nicht, denn dieses Jahr weist die Lehrerbilanz bereits einen Saldo von minus zehn aus. Um ihr Versprechen einzuhalten, müsste die Landesregierung in den nächsten beiden Jahren noch 210 Lehrer mehr einstellen. Das hat sie aber nicht vor. Auch hier gilt also: Schwerpunkt Bildung abgesehen!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, **Kinder** sind das Stichwort: Einem neuen Einfall der Regierung gebührt Respekt. Die Finanzierung der Kindertagesstätten soll getreu dem Subsidiaritätsprinzip auf die Gemeinden übertragen werden und das Geld will die Landesregierung gleich mitgeben. Bis zum Beginn dieses Jahres wurden alle diesbezüglichen Überlegungen der FDP mit dem sozialdemokratischen Schimpfwort „Neoliberalismus“ belegt. Die Sache, so wie die Landesregierung sie durchführen will, hat aber leider - wie immer bei dieser Landesregierung - einen Haken. Die bisherigen 56 Millionen € Zuschüsse des Landes werden gestrichen. Dafür werden 60 Millionen € in den kommunalen Finanzausgleich eingestellt. Also bekommen die Gemeinden 2004 und 2005 je 4 Millionen € mehr. Das sähe gut aus, wenn da nicht die Abzüge aus dem KFA wären. Von 2001 bis 2004 entnimmt die Landesregierung dem kommunalen Finanzausgleich jährlich 38,4 Mil-

(Dr. Heiner Garg)

lionen €. 7,7 Millionen € legt sie dafür wieder hinein; diese hat sie den Kommunen vorher schon aus dem Kommunalen Investitionsfonds geklaut. Das ist also ein Nullsummenspiel. Verzinst mit den KIF-Zinssätzen summieren sich die Entnahmen bei den Kommunen bis 2004 auf 164,1 Millionen €, die Rot-Grün den Kommunen geklaut hat, um die eigenen Haushaltslöcher zu stopfen. Jetzt aber feiert die Landesregierung sich, weil sie den Kommunen weniger als ein Zwanzigstel dieser Summe verspricht. Das ist eine ganz tolle Leistung!

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Lieber Holger, was sollen die Kommunen denn noch sagen? Sie sind doch froh, wenn sie wenigstens noch irgendetwas bei euch bekommen.

Nachher wird uns der Finanzminister dann vorjammern, wie schlecht es den Gemeinden geht, womit er im Übrigen Recht hat. Er wird uns scheinheilig erklären, die Landesregierung könne gar nichts dafür. Das allerdings wäre vorsätzlich unwahr gesprochen, um es vorsichtig auszudrücken.

Neben Bildung soll ein weiterer Schwerpunkt für die Landesregierung die **Arbeit** sein. Ihre eigene kann sie damit allerdings nicht meinen, die Beschäftigung in Schleswig-Holstein aber auch nicht: seit Jahren überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein, zuletzt auf dem Rekordniveau der Nachkriegsjahre. Da könnte man meinen, die Landesregierung erinnere sich endlich an Helmut Schmidt, der sagte: Die Gewinne von heute sind die **Investitionen** von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen.

(Zuruf von der SPD)

Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie meinen, das, was Helmut Schmidt gesagt hat, sei alles Quatsch. - Unternehmen investieren dort, wo gute Standortbedingungen herrschen, und diese bestimmt entscheidend die öffentliche Hand mit ihren Investitionen. Das alles gilt aber nicht in Schleswig-Holstein. Die Landesregierung hat für die Jahre 2004 bis 2006 ein **100-Millionen-€-Investitionsprogramm** angekündigt, das ganz wundersame Folgen hervorbringen soll. Aber schon auf dem Papier werden die wunderbaren Landesinvestitionen gekürzt. Investiert das Land in den nächsten drei Jahren genauso wenig, wie 2003 geplant, nämlich 809,6 Millionen €, dann würden von 2004 bis 2006 2,43 Milliarden € investiert. Wohlgemerkt, das wäre kein einziger Euro zusätzlich. Laut Finanzplan summieren sich die geplanten Investitionen des Landes von 2004 bis 2006 aber nur auf 2,36 Milliarden €. Ergebnis: Gemessen an den mageren Investitionen in diesem Jahr sinken sie in den nächsten drei Jahren noch um weitere 68 Millionen €.

Das angekündigte 100-Millionen-€-Investitionsprogramm - ZIP 2004 oder wie immer Sie es auch nennen - ist in Wirklichkeit ein 68-Millionen-€-Investitionskürzungsprogramm.

(Beifall bei der FDP)

ZIP wird von Rot-Grün weggezappt. Damit sinken die Chancen auf mehr Arbeit für mehr Menschen in Schleswig-Holstein noch schneller als bisher. Auch der so genannte rot-grüne Schwerpunkt Arbeit ist vollkommen abgesehen.

Von Ihren drei ehemaligen Schwerpunkten Arbeit, Bildung und Innovation ist nur einer geblieben, wenn auch nur am Rande, nämlich **Innovation**. Diese allerdings - das verspreche ich Ihnen hier - wird kommen, und zwar ab 2005, aber nicht mehr von Ihnen, nicht mehr von Rot-Grün.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir werden dem Haushaltsmärchenbuch von Herrn Dr. Stegner rechtzeitig - wie jedes Jahr - unser bewährtes Konzept entgegenstellen und mit Änderungsanträgen untermauern. Wir werden den Haushalt kürzen und im gekürzten Haushalt im Blick auf die Kernaufgaben des Landes Umschichtungen vornehmen: Bildung, innere Sicherheit und Investitionen in die Infrastruktur. Landesvermögen verkaufen wir einnahmemaximierend und verwenden die Erlöse nur, um neue Schulden zu vermeiden und alte zu tilgen. Sehr geehrter Herr Finanzminister, wie das alles geht, erkläre ich Ihnen dann genauso ruhig im Herbst.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir debattieren heute hier nicht, um in einen Wettbewerb um das Zitat des Tages einzutreten, sondern wir befinden uns im Wettbewerb um die besten Konzepte für unser Land. Dazu möchte ich ein paar Stichpunkte nennen, damit wir uns dann auch ehrlich miteinander messen können.

Hochschulreform: Unser Vorschlag liegt vor. Der Vorschlag der CDU ist uns bis heute nicht bekannt.

Standortfrage bezüglich **Klinika:** Unser Vorschlag liegt Ihnen vor. Die CDU sagt zwar, es solle nur einen Standort geben, aber sie sagt nicht, ob es denn nun Kiel oder Lübeck sein soll. Wir warten.

Kindertagesstätten: Unser Vorschlag liegt vor. Von Ihnen kenne ich keinen Vorschlag. Sie scheinen mit

(Monika Heinold)

dem jetzigen Gesetz sehr zufrieden zu sein. Es gibt seit sieben Jahren weder von der FDP noch von CDU einen Landtagsantrag zu den Kindertagesstätten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Von uns gab es dazu einen Haushaltsantrag!)

- Es mag sein, dass ich mich, was die FDP angeht, täusche. Es gab aber auf keinen Fall einen Antrag von der CDU. Bei der FDP bin ich, wie gesagt, unsicher. Es mag es einen Haushaltsantrag von der FDP gegeben haben. Die CDU hat sich aber bisher nicht positioniert. Sie scheinen also mit unserem Gesetz zu Kindertagesstätten, das gültig ist, sehr zufrieden zu sein. Das wiederum wundert mich etwas, weil Ihre Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker vor Ort uns treiben und bitten, wir mögen doch Verantwortung zu den Kommunen nach unten geben. Kaum planen wir dies, lamentieren Sie hier über Sozialabbau, Finanzbetrug und so weiter. Die Rechnung von Herrn Garg war eben absolut abenteuerlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Kommunaler Finanzausgleich: Vor Ort - Herr Kollege Wiegand, wir kennen das jährliche Spiel - versprechen Sie Änderungen zugunsten von Stormarn und anderen Kreisen. Im Landtag kommt es aber nie zu einem Vorschlag von Ihnen betreffend einer Gesetzesänderung.

Personalkosten: Sie fordern pauschal eine Senkung der Personalkostenquote. Auch heute haben Sie das wieder getan. Sie sind aber gegen die Öffnungsklausel, die die Personalkosten reduzieren würde. Sie laufen im Land herum und versprechen mehr Lehrer und Polizisten. Dieses würde die Personalkostenquote erheblich steigern.

(Beifall bei SPD und SSW)

Verwaltungsstrukturreform: Wir alle wissen, eine geradlinige, zweistufige Verwaltungsstrukturreform geht nur im Abgleich mit den unteren Landesbehörden, also mit den Kreisen. Das heißt, man muss sich über alle Aufgaben im Lande unterhalten. Auch hierzu gibt es von Ihnen keine Vorschläge. Im Gegenteil, Sie schüren Ängste vor Ort, indem Sie sagen, wir wollten den Kommunen etwas aufzwingen.

Förderprogramme: Bei uns im Haushalt ist ausgewiesen: minus 10 % in diesem Jahr und noch einmal minus 10 % im nächsten Jahr. Das ist sehr mutig. Die CDU hat in allen Beiträgen, die sie heute geleistet hat, das Thema Förderprogramme ausgespart. Sie wird auch wissen, warum. Vor Ort lese ich bereits wieder die ersten Artikel: CDU: Nicht bei Beratung sparen! Dies wird im Blick auf die Verbraucherzent-

ralen gefordert, obwohl im Haushalt diesbezüglich noch gar keine Kürzung vorgesehen ist. Sie sagen, Sie hätten ein Gerücht gehört, dass gespart werden solle. Positionieren Sie sich insofern doch auch einmal zu unseren Förderprogrammen.

Globale Minderausgaben: Sie haben in diesem Jahr in etwa die gleiche Höhe, wie wir sie für 2004 vorsehen. Sie sagen, das sei ein viel zu hoher Ansatz. Ich erinnere mich an die letzte Finanzausschusssitzung. Dort hatten wir die Auflösung der globalen Minderausgaben für 2003 zumindest teilweise vom Finanzministerium vorgelegt bekommen. Ich habe in Erinnerung, dass die CDU mit allem zufrieden war. Sie hat sich zumindest nicht einmal dazu geäußert, geschweige denn etwas gefragt oder hinterfragt oder gar Alternativvorschläge gemacht. Es scheint sie also nur pauschal zu interessieren, wie viele globale Minderausgaben wir haben. Die Auflösung ist dann ziemlich Banane.

Öffnungsklausel: Die CDU - ich habe es eben schon erwähnt - setzt dieses Konzept, soweit mir bekannt ist, in allen Ländern um. Vor Ort im Lande ist sie aber dagegen.

Subventionsabbau: Ein entscheidender Schritt, von dem wir alle wissen, dass etwas getan werden muss. Ich nenne einmal die Bereiche, um die es geht, und die Positionierung der CDU. Eigenheimzulage - dazu hat sich die CDU, auch vor Ort, klar positioniert und gesagt: Wollen wir nicht. Pendlerpauschale - dazu liegt uns jetzt ein Neinsage-Antrag vor. Feiertag- und Nachtzuschläge - die CDU sagt Nein. Mindestbesteuerung für Gewinne - die CDU stellt sich sofort hinter jede Forderung der Wirtschaft, Steuerschlupflöcher bloß nicht zu schließen. Kohlehilfen - ich kenne keine Papier der CDU, welches ein Abschmelzen oder gar Beenden dieser Subventionen begrüßt. Kürzungen im Agrarbereich - da demonstriert die CDU doch lieber auf dem Trecker, als mit uns Vorschläge ernsthaft zu diskutieren.

Insofern bitte ich Sie hier und heute: Sagen Sie uns entweder, dass Sie keinen Subventionsabbau wollen, oder kommen Sie nach vorn und nennen mir drei Beispiele, in denen Sie sich einen Subventionsabbau vorstellen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Nennen Sie bitte nicht die Windenergie, weil Sie sich damit disqualifizieren würden. Sie wissen, dass die Windenergie nichts mit Steuersubvention zu tun hat,

(Monika Heinold)

sondern ein reiner Beitrag der Verbraucher sozusagen über die Strompreise ist.

(Zurufe)

- Mit drei Vorschlägen für den Subventionsabbau wären wir zufrieden.

Noch eines zu den Haushaltsanträgen 2004/2005, an denen Sie sicherlich arbeiten. Das Spiel, das Sie die letzten Jahre betrieben haben, kann hier nicht noch einmal stattfinden. Schließlich treten Sie ja mit dem Anspruch an, auch Sie könnten 2005 regieren, was wir immer stark bezweifeln, weil Sie den Beweis nicht erbringen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Sie haben das in den letzten Jahren folgendermaßen gemacht.

(Zurufe)

Sie haben global genannt, wo Sie einsparen wollen, global gesagt, wie viel **Sachmittel**, wie viel **Persönalmittel**, doch Sie haben dies nicht aufgeschlüsselt. Das Geld, das Sie übrig hatten, haben Sie detailliert auf alle Bereiche verteilt, um zu sagen: Hier gibt es mehr und dort gibt es mehr. Ich habe das einmal für den Polizeibereich ausgerechnet: Was Sie der **Polizei** an Sachkosten pauschal weggenommen haben, haben Sie ihr dann schön feingliedrig wiedergegeben und behauptet: Wir tun etwas für die Polizei. Da sage ich Ihnen: Das wird hier nicht noch einmal so gespielt werden können.

(Rainer Wiegard [CDU]: Nicht einmal das haben Sie verstanden, Frau Heinold!)

Ein Letztes zu Ihnen, Herr Garg, auch wenn ich Sie zurzeit nicht sehe! Wenn sich Herr Garg hier hinstellt und behauptet, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hätten Lohhudelei betrieben in Bezug auf den Haushalt 2004, halte ich Ihnen entgegen: Sie haben entweder nicht zugehört oder Sie wollten nicht zuhören. Die Töne waren sehr kritisch. Wir haben alle gesagt, dass es ein schwieriges Jahr wird. Wir haben alle gesagt, dass es keinen Spaß bringt, vor Ort harte Schritte zu vertreten und zu verkünden. Lohhudelei war hier überhaupt nicht. Das Einzige, was wir gesagt haben - das halte ich auch für das Mindeste, was ein Landtag machen muss -, ist, dass wir gesagt haben: Wir glauben, dass unsere Konzepte richtig sind, wir kämpfen für unsere Konzepte, wir streiten mit den Betroffenen, wir unterhalten uns mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort und, wo es notwendig ist, steuern wir noch um.

In diesem Sinne freue ich mich auf die nächsten Wochen und Debatten mit Ihnen und werde mit meiner Fraktion mutig weiterstreiten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das leichte Spiel der Opposition!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Landesregierung erteile ich jetzt Herrn Minister Dr. Stegner. Ich weise darauf hin, dass damit nach § 58 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung die Debatte neu eröffnet ist.

Dr. Ralf Stegner, Finanzminister:

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe leider nicht die Zeit, auf all die Dinge einzugehen; ich will versuchen, mich kurz zu fassen.

Ich habe mich heute Morgen während meiner Rede gefragt, warum auf der rechten Seite so viel Lärm gewesen ist. Ich habe darüber wirklich nachgedacht. Dann ist mir in der Mittagspause eingefallen, dass das offenbar zwei Gründe hatte. Herr Kayenburg, der erste Grund war die Rede von Ihnen danach. Da verstehe ich schon, warum Sie die Auseinandersetzung per Lärm machen, wenn man Ihre Rede gehört hat. Mein persönlicher Respekt vor Ihnen hindert mich daran, das weiter auszuführen. Herr Kayenburg, der zweite Grund - Sie haben auch deswegen so gelärmt, weil man das von der Zuschauertribüne da oben nicht wahrnehmen kann. Denn sonst wäre Ihnen das wahrscheinlich peinlich gewesen, was Sie hier heute Morgen teilweise geboten haben.

(Zurufe von der CDU)

Was die Ratschläge von Herrn Kubicki angeht, muss ich sagen, Sie haben uns hier dargelegt, was wir alles tun sollten, mit den Verkäufen, was volkswirtschaftlich richtig wäre. Herr Kubicki, wenn die Landesregierung wirklich auf Sie hören würde - was dabei herauskommt, kann man in Mecklenburg-Vorpommern sehr gut besichtigen. Insofern muss ich sagen, wir sind gut beraten, das nicht zu tun. Nur wenige Menschen sind bescheiden genug zu ertragen, dass man sie richtig einschätzt. Sie gehören nicht zu denen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was wollten Sie damit sagen, Herr Finanzminister?)

Viel lieber möchte ich etwas zu dem sagen, was Herr Wiegard vorgetragen hat. Dass Sie mich so ausführlich zitieren, hat mir richtig gut gefallen. Ich war fast

(Minister Dr. Ralf Stegner)

versucht, Ihnen noch einmal meine ganze Rede zu geben.

(Zuruf des Abgeordneten Rainer Wiegard [CDU])

Herr Wiegard, Sie haben es sich allerdings an manchen Stellen, als Sie gebeten haben, mehr Zahlen zu nennen, ein bisschen leicht gemacht. Ich möchte Ihnen das Vergnügen bereiten, Ihnen einmal ein paar Zahlen zu nennen.

Wenn man den **Schuldenstand** pro Einwohner - das haben Sie ja besonders kritisiert - vergleicht, stellt man fest, dass der sich von 1970 bis 1988 versechsfacht hat, nämlich von 649 € auf 3.636 €, während er sich von 1988 bis heute nicht einmal verdoppelt hat. Das ist schlimm genug. Wenn ich das aber einmal auf das beziehe, was Sie gesagt haben, kann ich nur sagen: Das ist schon ein Unterschied, mein lieber Herr Wiegard.

(Zuruf des Abgeordneten Rainer Wiegard [CDU])

Personalausgaben, Ära Stoltenberg: 1970 bis 1989 mal 3, seit 1989 nicht einmal mal 1,5 - und das, obwohl wir massiv Lehrer eingestellt haben und vieles andere. Personalausgabenquote 1970 43,5 %, heute 39,6 %.

Herr Wiegard, man kann die Zahlen schon nennen, ich dachte nur, den Haushaltsplan haben Sie, wir diskutieren hier über Politik. An den Stellen kann man zeigen, dass es eben leider nicht so ist, wie Sie sagen.

Recht haben Sie in der Tat in einem Punkt, dass Sie gesagt haben: Antizyklisch zu agieren heißt, dass man in schlechten Zeiten investiert und in guten Zeiten spart. Da gebe ich Ihnen völlig Recht. Nur Ihre Kritik an die Adresse der Landesregierung ist natürlich insofern daneben, als Sie gucken können, in welches Land Sie wollen, ob beim Bund oder in sämtlichen Ländern - das ist nicht geschehen. Auch wenn das nicht geschehen ist - ich beklage das ja mit, ich habe das schon in meiner Rede gesagt, auch selbstkritisch, auch an die eigene Adresse -, ist es trotzdem falsch, das Land in der jetzigen Situation kaputtzusparen und nicht antizyklisch zu handeln.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Was den **Nachtragshaushalt** angeht, lieber Herr Wiegard: Natürlich legt man einen Nachtragshaushalt erst vor, wenn die Steuerschätzung kommt, wenn der Nachtragshaushalt der Bundesregierung kommt, wenn die Sozialreformen vorangegangen sind. Ich

kann doch nicht, wie Sie es hier immer wieder tun, obwohl Sie es nicht zugeben mögen, unterstellen, dass im Bundesrat nichts herauskommt. Das schadet unserem Land. Ich unterstelle Ihnen nicht, dass Sie unserem Land schaden wollen, Sie täten es aber, wenn Sie davon ausgehen. Das zieht sich durch alle Reden.

Lieber Herr Garg, Doktor der Finanzwissenschaften, wie ich heute Morgen gelernt habe, ich gebe zu, dass Sie der Held sind, der dafür gesorgt hat, dass mehr Zeit ist für die LEG-Beratung. Das ist in Ordnung. Aber von dem, was Sie ansonsten hier vorgetragen haben, zum Beispiel zum Kita-Bereich, stimmt fast nichts. Die Kommunen haben es sofort verstanden, wie es ist. Sie haben Äpfel, Birnen, Dörrobst und Kartoffeln durcheinander geworfen. Natürlich wundert mich das nicht, denn die FDP regiert ja auch kaum irgendwo in einer Kommune. Woher sollten Sie das also auch wissen? Die Kommunalvertreter verstehen das sehr wohl. Daran stimmte wirklich nichts.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: In welcher Kommune regieren Sie denn noch?)

- Mit der FDP wollen wir uns nicht vergleichen, lieber Herr Kubicki. So schlecht geht es uns nicht. Dafür müssen Sie noch lange arbeiten, Herr Kubicki.

Was **ZIP** angeht, möchte ich dem lieben Herrn Garg, der mir etwas beibringen wollte, auch noch etwas sagen. Wenn Sie in den Haushalt reingucken und so schön sagen, dass doch eigentlich Investitionen weggingen, schauen Sie doch einmal nach, wo der technische Punkt mit der Flutopferhilfe ist. Dann erkennen Sie nämlich, dass es mit dem ZIP zusätzliche Investitionen sind und dass die natürlich kreditfinanziert werden müssen, und kommen nicht mit so einer fragwürdigen Behauptung.

Doll fand ich allerdings Ihren Hinweis zu den Beamten. Sie oder Ihr Parteifreund Fraktionskollege Dr. Klug stellen sich hin und fordern Hunderte neuer Lehrerstellen.

(Holger Astrup [SPD]: Mindestens!)

Die schaffen wir - wenn auch weniger, als Sie fordern - und dann beklagen Sie, dass wir mehr Stellen haben. Gleichzeitig sagen Sie aber, wir dürften nicht ans Weihnachts- und Urlaubsgeld, obwohl das fast alle Länder tun. Das nenne ich Heldentum, was politische Konsequenz angeht. Das muss ich Ihnen wirklich sagen.

Was Sie zum **Lehrerbudget** gesagt haben - vielleicht kann Ihnen da der Kollege Dr. Klug ein bisschen aushelfen. Denn die Mär mit dem Stellenplan, die Sie

(Minister Dr. Ralf Stegner)

eben wieder vorgetragen haben, haben wir nun schon zehnmal gehört; das ist wirklich daneben.

Lieber Herr Dr. Garg, lassen Sie mich einmal mit einem Zitat schließen, das Sie bei Wilhelm Busch finden: „Dumme Gedanken hat jeder, aber der Kluge verschweigt sie.“

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Nicht verschweigen kann ich dem Plenum die Regelung nach § 58 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung:

„Erhält nach Schluss der Beratung oder nach Ablauf der gemäß § 56 Abs. 4 Satz 1 und 2 festgesetzten Redezeit ein Mitglied der Landesregierung zu dem Gegenstand das Wort, so ist die Aussprache wieder eröffnet. Das Gleiche gilt, wenn eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter nach Ablauf der gemäß § 56 Abs. 4 Satz 1 und 2 zu dem Gegenstand das Wort erhält. Allen Fraktionen steht in diesen Fällen wieder die Hälfte der festgesetzten Redezeit zu.“

Die festgesetzte Redezeit war 50 Minuten.

(Holger Astrup [SPD]: Das wusste ich doch!)

- Ich nehme an, Kollege Astrup, dass Sie das gewusst haben; denn Sie haben es ja mit festgesetzt. Die Hälfte von 50 Minuten sind 25 Minuten. Das ist keine Provokation, sondern eine Unterrichtung.

Wird weiter das Wort gewünscht?

(Holger Astrup [SPD]: Gelten die 25 Minuten für eine Fraktion?)

- Nein, für alle Fraktionen.

Jetzt hat Herr Abgeordneter Kubicki für die FDP das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident, ich will nicht mehr als zwei Minuten sprechen.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Wie viel Sie von der Redezeit ausschöpfen, ist Ihre Angelegenheit.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eine wirklich berauschende Debatte, die wir uns hier leisten.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Ach, Holger, ich gehe davon aus, dass es auch dem parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion gelegentlich gelingt, etwas hinzuzulernen. Einige Debatten der Vergangenheit haben dazu geführt, dass er etwas hat hinzulernen müssen.

Die Anmerkung von Ihnen, Herr Finanzminister, was die Beratungsleistungen in Mecklenburg-Vorpommern angeht, war im wahrsten Sinne des Wortes Ihrer wirklich würdig.

(Zuruf von der SPD)

- Ja, das sind die Methoden, mit denen die Sozialdemokraten mit der SED-Nachfolgeorganisation mittlerweile in Mecklenburg-Vorpommern und darüber hinaus arbeiten.

Ich will zwei andere Dinge ansprechen. Anke Spoorendonk hat die glorreiche finanzpolitische Leistung des Landes gerühmt. Ich denke da an die Steuermehreinnahmen von 9,9 % in diesem Land. Anke, man sollte nicht immer nur die Überschriften, die aus dem Landesministerium kommen, lesen, sondern sich auch die Zahlen einmal genauer angucken. Dann würde man feststellen, dass sich hinter diesen PR-Überschriften immer andere Wirklichkeiten verbergen können.

Am 6. August ist uns zum **Steueraufkommen** der Umdruck 15/3514 vom Finanzministerium zugegangen. Danach haben wir bei den Gemeinschaftssteuern eine Abnahme von 1,8 % gegenüber dem ersten Halbjahr 2002. Bei den Landessteuern haben wir allerdings einen Zuwachs von 9,9 %. Die **Landessteuern** machen aber immer nur etwa 10 % der Gemeinschaftssteuern aus. Das muss man wissen. Der Zuwachs resultiert im Wesentlichen - der Finanzminister wollte es vorhin nicht wahrhaben - aus einem dramatischen Zuwachs bei der Erbschaftsteuer in Höhe von 85,2 %. Er hat vorhin, als ich sprach, durch Zwischenruf gesagt, das stimme bei der Erbschaftsteuer nicht. Ich will das aber deutlich machen.

Im Aufkommen der Landessteuern und der **Gemeinschaftssteuern** haben wir ein Minus von 0,9 %. Wir haben weniger als die Hälfte in den Haushalt 2003 eingenommen. Das wird aller Voraussicht nach dazu führen, dass wir bis Ende des Jahres weniger einnehmen werden, als im Haushalt veranschlagt ist. Anke,

(Wolfgang Kubicki)

mit der glorreichen Finanzpolitik des Landes kann das also nichts zu tun haben.

Nach zehn Jahren Regierungspolitik unter Heide Simonis erwarte ich von der Ministerpräsidentin oder von dem glorreichen Kronprinz Dr. Stegner eine Antwort darauf, was in den letzten zehn Jahren eigentlich passiert ist. Man muss sich die Haushaltsreden der vergangenen Jahre und Jahrzehnte durchlesen. Er hat gesagt, er habe das getan. Dann muss man sich fragen: Was haben Sozialdemokraten in diesem Lande eigentlich bewirkt?

Ich will wiederum etwas aus der Rede der Ministerpräsidentin vom 28. Oktober 1993 zitieren - das ist zehn Jahre her -:

„Alle Sparanstrengungen nützen aber nichts, wenn wir nicht gleichzeitig die Wege zur Modernisierung der Verwaltung konsequent weitergehen. Wir müssen uns effizienter und preiswerter verhalten. Wir müssen ein Dienstleistungsunternehmen werden und Serviceangebote an die Bürgerinnen und Bürger machen. Wir müssen zu einer stärkeren Transparenz von Kosten und Nutzen kommen. Und wir müssen uns fragen lassen, ob wir wirklich alle Richtlinien, Verordnungen, Erlasse und sonstigen Papiere, die aus den Ministerien kommen, zu Nutz und Frommen unserer Gesellschaft brauchen.“

Was ist denn in den letzten zehn Jahren passiert, dass Sie heute bei der Staatskanzlei immer noch eine Reformkommission haben? Noch immer geben Sie heute Richtlinien und Erlasse heraus, von denen Sie selber sagen: Eigentlich können wir die ersatzlos streichen. Warum machen Sie das denn nicht, sondern verschieben es auf den 31. August des nächsten Jahres? Frau Ministerpräsidentin, Sie sind in diesem Land seit 15 Jahren verantwortlich.

Zum Schluss frage ich den Kollegen Neugebauer: Wie lange soll eigentlich die Politik der CDU aus der Zeit bis 1988 noch erhalten, um die Regierungspolitik der Sozialdemokratie zu erklären? Irgendwann muss damit doch einmal Schluss sein.

Bezogen auf die **wirtschaftlichen Daten** müsst ihr euch wirklich fragen: Was muss eigentlich verändert werden, damit wir aus der Misere, in der wir uns befinden, aus dem Auseinanderklaffen der Entwicklungen zwischen uns und den anderen Bundesländern herauskommen, damit wir den Trend umkehren können? Denn wenn es so weiter geht - da mache ich mir keine Illusionen -, dann ist es völlig egal, wer in fünf Jahren regiert; denn die Handlungsspielräume sind dann für diejenigen, die regieren, auf null gesunken.

Das heißt, unsere gemeinsame Kraftanstrengung muss darin bestehen, dass wir als Parlament dieses Landes die Investitionen erhöhen, die Wachstumsrate stärken und möglicherweise auch von Liebgewordenem für eine kurze Zeitspanne Abschied nehmen, damit wir die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und unsere Finanzkraft erhalten.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Rainer Wiegard.

Rainer Wiegard [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde nur 23 Minuten in Anspruch nehmen und damit die volle Redezeit nicht ausschöpfen.

Herr Stegner, ich möchte auf Ihr Rechenexempel eingehen. Als meine Tochter ihren ersten Geburtstag feierte, war ich 38-mal so alt wie sie. Inzwischen bin ich nur noch 3-mal so alt wie sie. So kann man Rechenexempel anstellen. Das bringt uns aber nicht weiter.

Fakt ist, dass Sie es geschafft haben, in 15 Jahren so viel neue **Schulden** zu machen, wie wir in 45 Jahren Aufbauleistung für Schleswig-Holstein unter ganz anderen und viel erschwerteren Bedingungen geleistet haben. Aber das ist nicht das eigentliche Problem, sondern eine Zustandsbeschreibung.

Mich hat mehr die Frage interessiert: Wo ist, nachdem man die Beschreibung gegeben hat, eigentlich das Ziel? Sie haben zu dem Ziel nichts gesagt. Wie ist es denn nun: Wollen wir in Schleswig-Holstein unseren Beitrag zum Stabilitätspakt in Deutschland und darüber hinaus in Europa leisten? Wollen wir das Ziel ins Auge fassen, in einem überschaubaren Zeitraum die Neuverschuldung zulasten künftiger Generationen nach Möglichkeit auf Null zu schrauben, oder nicht? Sie haben in Ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, dass das bis 2010 gehen soll. Danach haben Sie es auf 2008 korrigiert. Aber inzwischen haben Sie das Ziel überhaupt aus den Augen verloren. Jedenfalls hat heute weder der Finanzminister noch die Ministerpräsidentin darauf eine Antwort gegeben.

Wir geben heute bei extrem niedrigen Zinsen - ich habe das vorhin schon einmal angesprochen - jeden vierten Steuereuro für Zinsen aus. Deshalb fehlt uns viel Geld für Investitionen und wichtige Aufgaben in Bildung, innerer Sicherheit und zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

(Rainer Wiegard)

Die Frage ist: Wie können wir es vor künftigen Generationen ethisch verantworten, dass wir nicht alles daransetzen, heute die Leistungen, die wir zu erbringen haben, eben nicht über Kredite, sondern aus laufenden Haushalten zu finanzieren? Was setzen wir an Überlegungen daran, den Aufwand, den wir heute Glauben betreiben zu müssen, so zu verringern, dass wir mit den Einnahmen auskommen? Das ist die Kernfrage, mit der wir uns wirklich verantwortlich auseinander zu setzen haben.

Das heißt: Wir müssen von Aufgaben Abschied nehmen, auch wenn wir von ihnen glauben, dass sie eigentlich ganz sinnvoll und notwendig wären.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

- Lieber Herr Hay, wir haben Ihnen im vergangenen Jahr einen ganzen Reformkatalog vorgelegt. Sie haben ihn hier in Bausch und Bogen verdammt. In den Jahren zuvor haben wir in einer Vielzahl einzelner Beiträge Ihnen Handreichungen gegeben. Sie haben bisher aber überhaupt keinen Ansatz gemacht, dazu konkret beizutragen, wie wir im Verwaltungsbereich mittelfristig zu einer deutlichen Verkürzung der Personalkosten kommen können. Natürlich ist das morgen noch nicht möglich. Was Sie vor drei Jahren nicht auf den Weg gebracht haben, kann nicht bis morgen realisiert sein. Aber was Sie heute nicht auf den Weg bringen, wird auch übermorgen noch nicht realisiert sein. Das ist das entscheidende Problem, dem wir uns zu stellen haben. Sie haben auf diese Frage aber keine Antwort gegeben. Ich hoffe, dass wir im Laufe der Beratung bis zur zweiten Lesung darauf eine Antwort bekommen werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann schließe ich die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf dem Finanzausschuss zur Federführung und allen übrigen Ausschüssen zur Mitberatung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die Ausschussüberweisung ist entsprechend beschlossen. Somit ist der Tagesordnungspunkt 37 erledigt.

Bevor wir zu den Tagesordnungspunkten 12 und 15 kommen, darf ich zunächst aufrufen:

Start der LKW-Maut

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2854

Wer nimmt seitens der CDU-Fraktion die Begründung der Dringlichkeit vor? - Herr Kollege Eichelberg!

Uwe Eichelberg [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gestern wahrscheinlich alle mit Bedrücken festgestellt, dass die **Mauteinführung** zwar stattfinden soll, aber all das, was wir als Grundvoraussetzung verlangt haben und was die Länder dem als Kompromiss mit auf dem Weg gegeben haben, nicht realisiert werden kann. Das heißt, die Kompensation für die vielen Fuhrunternehmer, die gerade in den Flächenstaaten wie Schleswig-Holstein besonders betroffen sind, wird nicht umgesetzt. Damit entfällt die Geschäftsgrundlage.

Deshalb ist die Dringlichkeit für den vorgelegten Antrag zu bejahen. Am 8. September wird es eine Sondersitzung des Bundesverkehrsausschusses geben. Ich meine, er sollte wissen, wie wir darüber denken.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Es ist für die Dringlichkeit gesprochen worden. Liegen weitere Wortmeldungen vor? - Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel bitte!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde es gut, dass der verkehrspolitische Sprecher der CDU Radio hört.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von Hiemcrone [SPD])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Bitte zur Dringlichkeit!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Die Einführung der Maut ist schon seit Monaten, wenn nicht gar Jahren bekannt. Von daher ist die Dringlichkeit nur ausgesprochen schwer erkennbar. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Die Geschäftsgrundlage hat sich seit gestern verändert!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist für die Dringlichkeit gesprochen, es ist gegen die Dringlichkeit gesprochen. Ich weise auf § 51 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung hin. Da heißt es - Herr Kollege Neugebauer, ich will es kurz für das Quellenstudium verlesen -:

„Gegenstände, die nicht auf der Tagesordnung stehen, dürfen nur beraten werden, wenn der Landtag mit der Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen die Dringlichkeit bejaht. Der Landtag beschließt zugleich über die Einreihung in die Tagesordnung.“

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr gut vorgelesen!)

- Auch so verstanden? - Ich bedanke mich, Herr Kollege Neugebauer.

Wir brauchen also für die Bejahung der Dringlichkeit die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder des Hauses. Wer für die Dringlichkeit des Antrages der Fraktion der CDU „Start der LKW-Maut“, Drucksache 15/2854, stimmen möchte, den darf ich um sein Handzeichen bitten. - Gegenstimmen? - Die Zweidrittelmehrheit ist nicht erreicht. Der Dringlichkeitsantrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt worden. Damit wird er in diese Tagesordnung nicht aufgenommen.

Ich bin dahin unterrichtet worden, dass die Geschäftsführer übereingekommen sind, dass wir jetzt anstelle der Tagesordnungspunkte 12 und 15 Tagesordnungspunkt 3 beraten:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2033

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 15/2785

Ich erteile zunächst dem Berichterstatter des Bildungsausschusses, Herrn Abgeordneten Dr. von Hielmcrone, das Wort.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Einvernehmen mit dem an der Beratung beteiligten Finanzausschuss empfiehlt der Bildungsausschuss dem

Landtag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP, den Gesetzentwurf in der Fassung anzunehmen, die Ihnen mit Drucksache 15/2785 vorliegt.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Einzelberatung.

Das Wort für die antragstellende Fraktion der CDU erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Jost de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor ziemlich genau einem Jahr hat die CDU-Fraktion einen Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes mit dem Ziel eingebracht, die Gründung und Angebotserweiterung beziehungsweise Profiländerung **freier Schulen** in Schleswig-Holstein zu erleichtern. Im Einzelnen sah der Gesetzentwurf vor, die **Wartefrist** von der Gründung bis zur staatlichen Bezuschussung bei Neugründungen von Schulen von vier auf zwei Jahre zu reduzieren und bei Profiländerungen beziehungsweise Angebotserweiterungen bestehender Ersatzschulen in freier Trägerschaft auf null zu reduzieren.

Wir haben damit auf einen ganz offensichtlichen Bedarf an freien Schulen hier in Schleswig-Holstein reagiert. Wir sind in Schleswig-Holstein mit freien Schulen unterversorgt. Zieht man die dänischen Schulen ab, die nach ihrem Selbstverständnis die öffentlichen Schulen der dänischen Minderheit sind, sind wir in Schleswig-Holstein - zumindest was die westlichen Bundesländer anbelangt - das Schlusslicht. Daran etwas zu ändern, hat auch etwas mit Wettbewerb im Schulwesen und mit Vielfalt zu tun. Freie Schulen sind eine Bereicherung für das **schulische Angebot in Schleswig-Holstein**. Sie bieten inhaltliche Profile und Orientierungen, die öffentliche Schulen gar nicht bieten dürfen und aus guten Grund auch sollen. Freie Schulen sind damit eine von mehreren Antworten auf eine zunehmend differenziertere Nachfrage an schulischer Bildung. Mit dem Gesetzentwurf, den wir eingebracht haben, wollten wir ein klares, eindeutiges und positives Signal an die freien Schulen setzen, dass wir sie wollen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Fraktionen von Rot und Grün haben sich ein Jahr lang schwer damit getan, und zwar die Roten schwerer als die Grünen. Das kann man an dem einsamen Beifall des Abgeordneten Hentschel erkennen. Die Grünen stimmen unserem Gesetzentwurf aus innerer Über-

(Jost de Jager)

zeugung zu, aber aus Koalitionsraison dürfen sie das nicht. Deshalb ist in den einjährigen Ausschussberatungen mit mehreren Vertagungen ein Kompromiss herausgekommen, der exemplarisch ist für die Politik hier in diesem Land. Die **Wartefrist** soll nun nicht auf zwei, sondern auf drei Jahre gekürzt werden. Das ist - wie wir das immer wieder erleben - ein echter Mittelweg; nicht Fisch, nicht Fleisch; nicht richtig dafür und nicht richtig dagegen.

Viel Gutes bewegt dieser Formelkompromiss nicht. Damit ist eine weitere Chance in der schleswig-holsteinischen Schulpolitik verpasst worden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Aus diesem Grund werden wir diesem Kompromiss nicht zustimmen - nicht, weil wir eine Verkürzung der Frist um ein Jahr nicht auch unterstützten, sondern weil wir glauben, dass das keine adäquate Antwort auf einen sehr differenzierten Vorschlag ist, den wir zu diesem Thema gemacht haben.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das ist überhaupt nicht symptomatisch. Nein, nein, Herr Hentschel. Ich kann Ihnen das erklären.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich verzichte auf die Erklärung!)

Wir haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine differenzierte Antwort auf ein Problem gibt. Sie haben sich nicht durchsetzen können. Sie wissen nicht, wie Sie mit Ihrem Koalitionspartner umgehen sollen. Wir werden Ihnen diese Schwierigkeiten nicht abnehmen.

(Beifall bei der CDU)

In der Anhörung sind Stellungnahmen eingegangen, die uns dazu ermuntern, auf unserer Position zu bestehen.

(Caroline Schwarz [CDU]: Fast alle!)

Ich zitiere aus der Stellungnahme der Kaufmannschaft zu Lübeck:

„Die Verkürzung der Wartefrist auf zwei Jahre würde ein Meilenstein auf dem Weg zu einer gleichberechtigten Förderung von öffentlichen und privaten Schulen in Schleswig-Holstein bedeuten. Bereits in den Jahren 1998 und 1999 führte die Kaufmannschaft zu Lübeck mit der evangelischen und katholischen Kirche Gespräche über die Möglichkeit einer Gründung einer leistungs- und praxisorientierten Ganztagschule mit starker

ethischer beziehungsweise religiöser Ausrichtung. Nach intensiver Prüfung unter betriebswirtschaftlichen und pädagogischen Aspekten kamen die Partner jedoch zu dem Schluss, dass eine Wartezeit von vier Jahren, wie sie derzeit für Privatschulen schon im Land besteht, auch bei einem sehr intensiven finanziellen Engagement der Partner und auch unter Einbeziehung der Bereitschaft bei Unternehmen und Bürgern, sich für diese gute Sache zu engagieren, nicht darstellbar gewesen wäre. Die Partner haben daher nach Vorlage der Prüfergebnisse von ihren Überlegungen, eine gemeinsame Privatschule zu gründen, wieder Abstand genommen. Eine kürzere Wartefrist von zwei Jahren hätte damals eine völlig andere Basis für unsere Denkmodelle und Kalkulation bedeutet und hätte die von uns avisierte Schulgründung wahrscheinlich möglich gemacht.“

Wenn sich so viel bürgerschaftliches Engagement zusammenfindet, dann ist es unsere Aufgabe, so etwas zu unterstützen. Sie tun es mit Ihrem Formelkompromiss nicht. Deshalb können wir dem nicht zustimmen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle etwas zu dem Vorschlag der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen sagen, mit dem Gesetzentwurf die **integrative Beschulung behinderter Kinder** in freien Schulen mit der an staatlichen Schulen gleichzustellen. Wir werden dem nicht zustimmen, und zwar zum einen, weil er systematisch nicht zu unserem Antrag passt, und zum anderen, weil er die Kostenträchtigkeit unseres Gesetzentwurfes deutlich erhöhen würde.

Ich möchte an dieser Stelle etwas zu den **Kosten** sagen. Wir wissen sehr wohl, dass das, was wir vorschlagen, kameralistisch gerechnet eine Verteuerung und zusätzliche Ausgaben bedeutet. Es sind jedoch zusätzliche Ausgaben in einer Größenordnung, die wir uns in diesem Haushalt noch erlauben können. Wenn Sie, Herr Hentschel, heute Morgen etwas zum Thema Gesamtschule in Pansdorf in Ostholstein und dem Elternwillen gesagt haben, dann sage ich, dass auch wir hier über den Elternwillen reden. Wenn Sie das Geld, das Sie für die Gesamtschule in Pansdorf in Ostholstein verpulvern, den freien Schulen zur Verfügung gestellt hätten, dann bräuchten wir uns über diese Peanuts an dieser Stelle nicht mehr zu unterhalten.

(Beifall bei der CDU)

(Jost de Jager)

Wenn Sie uns vorwerfen, dass wir in punkto Gesamtschule den Elternwillen nicht zulassen, dann werfe ich Ihnen vor: Mit dem, was Sie hier an Formelkompromiss vorlegen, verhindern Sie den Elternwillen bei den freien Schulen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der SPD erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Henning Höppner.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion schätzt die pädagogische Arbeit der 30 allgemein bildenden und der 16 berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft außerordentlich. Private Schulen sind eine richtige und wichtige Bereicherung unserer Schullandschaft. In vielerlei Hinsicht können auch öffentliche Schulen von freien Schulen lernen. Ich denke hier an die Eigenbewirtschaftung der Schulen im sächlichen Bereich, aber auch an die Personalbewirtschaftung. An den **freien Schulen** finden wir hier etwas vor, was wir mit unserem Vorhaben „Geld statt Stelle“ an den öffentlichen Schulen noch lernen wollen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorbildlich an den freien allgemein bildenden Schulen ist auch die Einbindung der Eltern in den Schulalltag. Auch dieses wünschen wir uns verstärkt an unseren Schulen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Finanzierung** der freien Schulen indes ist seit vielen Jahren keine ausschließliche Angelegenheit der privaten Schulträger mehr. So sind sogar die Wohnsitzgemeinden der Schülerinnen und Schüler über den gesetzlichen Schullastenausgleich mit einem 80-prozentigen Anteil der Schulkostenbeiträge an der Finanzierung der Privatschulen beteiligt. Damit hat auch die Errichtung einer Privatschule durchaus finanzielle Auswirkungen auf die Gemeindehaushalte. Auch hierüber sollte die CDU, die verstärkt in der kommunalen Familie Verantwortung trägt, einmal nachdenken. Ich erinnere mich immer gerne an zwei CDU-Bürgermeister in meinem Kreis, die plötzlich feststellen mussten, dass auf der einen Seite 18 und auf der anderen Seite 21 Schülerinnen und Schüler private Schulen besuchten und die Gemeinden plötzlich mit Schulkostenbeiträgen veranlagt wurden.

Sie haben zwar zu Recht darauf hingewiesen, dass die Gründung einer privaten Schule im Rahmen einer

notwendigen Schulentwicklungsplanung zu erfolgen hat und abzustimmen ist, wobei - das kennen wir aus den südlichen Bundesländern - die Ergebnisse einer solchen Schulentwicklungsplanung auch zu einem Kriterium für die Genehmigung werden, also auch ein Versagungskriterium für eine Genehmigung einer freien Schule sein können, nämlich immer dann, wenn eine vorhandene örtliche Schule in ihrem Bestand gefährdet wäre.

Der CDU-Antrag sah vor, die **Wartezeit** bis zum Einsetzen der staatlichen Förderung von vier auf zwei Jahre zu verkürzen. Vier Jahre Wartezeit - das haben auch wir erkannt - sind ein harter Prüfstein für die Finanzkraft eines freien Schulträgers. Das habe ich bereits vor einem Jahr, als wir das erste Mal hier über den Antrag diskutiert haben, anerkannt. Die SPD-Fraktion hat sich die Diskussion nicht leicht gemacht. Sie will ebenfalls die Hürde in diesem Zusammenhang heruntersetzen, aber nicht als Kompromiss zwischen der bestehenden Regelung und Ihrem Antrag, sondern wir haben uns entschieden, die bundesweit nahezu gleiche Regelung einer dreijährigen Wartefrist in Schleswig-Holstein zu übernehmen. Auf diese Art und Weise werden alle gründungswilligen freien Träger von Schulen bundesweit annähernd gleich behandelt. Ich glaube, dass dies eine gerechte Lösung für alle neuen Träger und mitnichten ein fauler Kompromiss ist.

Im Übrigen, lieber Kollege de Jager, möchte ich auf Ihr Beispiel Pansdorf Bezug nehmen. Dort sieht es in der Tat so aus, dass die Schulkostenbeiträge, die die Gemeinde auch an einen anderen Schulträger gezahlt hätte, in der kommunalen Familie verbleiben, denn zukünftig werden diese von den Gemeinden nicht an freie Träger, sondern an den Kreis Ostholstein gezahlt. Ich bitte, der Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses zu folgen, also dem CDU-Antrag in geänderter Fassung zuzustimmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der FDP erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Rot-Grün blockiert die **Entwicklung der Schulen in freier Trägerschaft**. Die Regierungsmehrheit baut mit voller Absicht so hohe Hürden auf, dass die Gründung solcher Schulen in Schleswig-Holstein nahezu unmöglich ist. Die wenigen Schulen in freier Träger-

(Dr. Ekkehard Klug)

schaft, die wir in unserem Lande schon haben, sind kaum in der Lage, neue Abteilungen, neue Fachrichtungen oder neue Zweige zu gründen, weil für solche Schulentwicklungen sofort eine neue Wartefrist einsetzt. Das ist das Problem.

Hier setzt der Antrag der Union ja vor allem an, nämlich **Schulentwicklung** auch im Bereich der Schulen freier Träger deutlich gegenüber dem bisherigen Stand zu erleichtern, und dies wollen Sie mit Ihrem Votum im Bildungsausschuss und mit dem, was Sie für Ihre Entscheidung im Plenum angekündigt haben, auch weiterhin blockieren. Gerade diese Blockadestrategie gegen eine Weiterentwicklung der Schulen freier Träger ist besonders schäbig, weil sie in einem totalen Gegensatz zu dem steht, was Sie ansonsten für den Bereich der staatlichen Schulen als wünschenswert und geradezu als Normalfall propagieren.

Was nämlich bei den staatlichen Schulen auch von Ihrer Seite ausdrücklich gefordert wird, nämlich kombinierte Systeme zu erleichtern, organisatorische Zusammenschlüsse vorzunehmen, das Angebot neuer Fachrichtungen angepasst an die Entwicklung im Schulbereich zu ermöglichen, das verwehrt man durch die Regelung des Schulgesetzes den Schulen der freien Träger. Hier gilt der Satz, dass nur dann, wenn eine Schule so bleibt, wie sie Anno Tobak genehmigt worden ist, auch weiterhin Landeszuschüsse für die Schule gewährt werden. Wenn sie sich zum Beispiel in neue Fachrichtungen hineinentwickeln will, dann ist zunächst einmal drei Jahre lang - bisher waren es vier - keine Finanzierung für dieses Schulangebot gesichert. Das ist zum einen der entscheidende Kritikpunkt.

Vergleichbare **Entwicklungssperren** wären - das habe ich eben schon dargelegt - im staatlichen Schulwesen geradezu undenkbar. In diesem Bereich reden wir ja über Innovationen, neue Ansätze, die Berücksichtigung neuer Anforderungen, organisatorische Verbindungen und so weiter. Bei freien Trägern erhebt Rot-Grün die Erstarrung des bestehenden Schulangebots geradezu zum Prinzip.

Meine Damen und Herren, die Politik, die Sie betreiben, ist nicht nur unfair, sondern auch schäbig. Das ist eine schäbige Blockadepolitik gegen Schulen freier Träger. Das ist meines Erachtens eine typisch sozialdemokratische Ausprägung von Schulpolitik in Schleswig-Holstein,

(Zurufe von der SPD)

wobei die Grünen das Ganze als Mehrheitsbeschaffelle allen Lippenbekenntnissen zum Trotz auch hier voraussichtlich abnicken werden, so wie sie es im Bildungsausschuss getan haben. Das eine winzige

Feigenblatt, nämlich die Reduzierung der Wartefrist von vier auf drei Jahre, kann doch diese Peinlichkeit, die Sie da zu verantworten haben, wirklich nicht verdecken.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Henning Höppner [SPD])

- Herr Kollege Höppner, Schleswig-Holstein ist und bleibt damit das Bundesland, das im Vergleich aller Bundesländer den niedrigsten Anteil von Schulen in freier Trägerschaft aufweist.

(Jürgen Weber [SPD]: Wo ist das Problem dabei?)

Es ist geradezu ein Witz, wenn die Regierungsseite behauptet, man begeben sich nun mit dem Trippelschritt hin zu drei Jahren Wartefrist auf das durchschnittliche Niveau aller Bundesländer. Denn dabei verschweigen Sie natürlich, dass in anderen Bundesländern, wie zum Beispiel in Hessen oder auch in Hamburg, der Grundsatz gilt, dass nach der Wartefrist ein Kompensations- und Ausgleichsanspruch eintritt. Das heißt, dass im Nachhinein, wenn die Schule sozusagen ihre Funktionsfähigkeit in diesen Jahren der Wartefrist unter Beweis gestellt hat, ein finanzieller Ausgleich erfolgt, sodass eine Refinanzierung möglich ist. Das ist natürlich ein ganz entscheidender Unterschied und das ist etwas, was im Schulrecht in unserem Land überhaupt nicht vorgesehen ist. Insofern ist Ihre Behauptung, es würde jetzt das durchschnittliche **Bundesniveau** eingeführt, geradezu ein schlechter Witz.

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion - das habe ich schon in der ersten Lesung dargelegt - bleibt dabei: Wir möchten eigentlich die Wartefrist ganz abschaffen. Wir haben das schon zweimal in den 90er-Jahren in Anträgen zum Schulgesetz auch beantragt, meinen aber, dass der Antrag der Union - wie gesagt - mit der Verkürzung der Wartefrist auf zwei Jahre und vor allen Dingen mit der Freistellung der Wartefrist bei Einrichtungen von neuen Fachrichtungen oder Ergänzungen und Umorganisationen im Bereich der freien Schulen, mit diesem ganz wichtigen Punkt, ein wichtiger Fortschritt erreicht wird. Deshalb stimmen wir auch hier in dieser zweiten Lesung - und ich denke, die Abstimmung wird auch noch einmal über den Ursprungsantrag der Union erfolgen - gern diesem Antrag der Union zu.

Wir sind weiterhin aufgerufen, mit einer veränderten politischen Mehrheit die Gestaltungsmöglichkeiten und die Arbeitsmöglichkeiten der Schulen freier Träger in diesem Lande entscheidend zu verbessern. Rot-

(Dr. Ekkehard Klug)

Grün ist dazu - das wird heute nun endgültig dokumentiert - offenkundig nicht in der Lage.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt Frau Abgeordneter Angelika Birk.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten sehr aufmerksam zuhören, wenn es um den freien Elternwillen und die Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort geht. Wenn wir uns zum Beispiel über die Gesamtschule Pansdorf unterhalten, möchte ich dann an dieser Stelle auch hören, was die CDU zum freien Elternwillen, zum Aufbruch zu neuen Ufern, zum Respekt zu den dokumentierten Ansätzen und dem einmal begonnenen Willen zur Gründung einer Schule sagt.

(Zurufe von der CDU)

Ich denke, wir sollten hier wenn, dann mit einheitlichem Maß messen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Henning Höppner [SPD] - Zuruf der Abgeordneten Dr. Ulf von Hiemcrone [SPD] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Insofern ist hier auch von unserer Seite Ehrlichkeit und Sachlichkeit gefordert. Ja, die **Schulen in freier Trägerschaft** brauchen **Planungssicherheit**. Daher ist es richtig, die Wartezeit für die Anerkennung um ein Jahr zu verkürzen. Damit reißen wir uns in das Verfahren ein, wie es auch in den anderen Bundesländern gehandhabt wird. Ja, wir Grüne haben deutlich mehr gewollt, denn wir müssen zugestehen, für die laufenden Schulgründungsanträge gelten noch die alten Bedingungen. Auch wir hätten uns gern gewünscht, dass Schleswig-Holstein nicht nur das tut, was andere Bundesländer machen, sondern mit einer zweijährigen Wartezeit darüber hinausgeht. Sie wissen, wir sind in einer Koalition, da können wir nicht immer „grün pur“ durchsetzen. Insofern haben wir nach langen Auseinandersetzungen diese Lösung gefunden, die wir Ihnen hiermit vorlegen.

Ich sage ganz deutlich - und das sage ich auch gegen den Beitrag von Herrn de Jager -, uns ist daran gelegen, dass freie Schulen insbesondere für die Integration behinderter Kinder, genauso wie das öffentliche Schulen zunehmend tun, **Integrationsklassen** gründen können und dass hier keine zusätzlichen Hürden aufgebaut werden. Ich sage das auch noch einmal

deutlich in Richtung unseres Koalitionspartners. Wir können es nicht riskieren, dass gerade in unserem Bundesland womöglich erfolgreich eine Diskriminierungsklage vor Gericht durchsteht, weil wir hier mit zweierlei Maß messen. Insofern hoffe ich, dass es hier zu einer Einigung kommt, auch wenn die CDU dieses Thema nicht so wichtig findet. Uns ist es wichtig.

Wir hätten gern die Anerkennungszeiten generell verkürzt und wir hätten auch gern die Änderungen an bestehenden Schulen von Wartefristen ausgenommen. Wir werden deswegen die weitere Entwicklung sehr aufmerksam verfolgen. Es ist deutlich geworden, dass wir nach wie vor intensiver Gesprächspartner der freien Schulen sind. Und wir werden auch weiterhin prüfen, welche gesetzlichen Verbesserungen sich in der Zukunft als notwendig erweisen.

Wir bitten an dieser Stelle um Zustimmung zu dem vorgelegten Antrag, wohl wissend, dass er nicht alle Wünsche erfüllt. Aber wir haben immer beharrlich dafür gestritten, unsere Vorstellungen umzusetzen. Und wir sind froh, dass wir ein Stück weiter sind als bisher. Und wie Herr Hentschel heute Morgen schon in seiner Haushaltsrede sagte: Leute, die sich beharrlich für ihre Dinge einsetzen, kommen zum Erfolg.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich seiner Sprecherin, Frau Abgeordneter Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der SSW hat bereits in der ersten Lesung zum Gesetzentwurf der CDU-Fraktion signalisiert, dass wir den Vorstoß des Kollegen Jager begrüßen.

(Zuruf von der CDU: de Jager!)

- Herr de Jager, so viel Zeit muss sein. Da kann ich Ihnen nur Recht geben. Entschuldigung.

Durch den Gesetzentwurf hat die CDU einen Stein ins Rollen gebracht, der einen Vorteil für neu zu gründende **freie Schulen** darstellt, da die Wartezeit für **Landeszuschüsse** bei den Sach- und Personalkosten verringert werden soll. Mit 3,5 % des Nachwuchses an freien Schulen liegt Schleswig-Holstein unter dem Bundesdurchschnitt, der derzeit bei 5,7 % liegt. Dass dies in der Wartezeit von bisher vier Jahren bis zum Einsetzen der staatlichen Zuschüsse begründet ist, ging schon aus der Debatte hervor. Wenn wir das ändern wollen und wenn wir die Gründung von freien

(Anke Spoorendonk)

Schulen erleichtern wollen, müssen wir also die staatliche Bezuschussung für freie Schulen vorziehen.

Doch ich muss deutlich sagen, dass wir nicht für eine gänzliche Abschaffung der Wartefrist sind, wie es von mehreren Anzuhörenden in der schriftlichen Anhörung geäußert wurde. Wer heute eine freie Schule gründen möchte, muss auch eine finanzielle **Planungssicherheit** aufweisen, damit er den Bildungsauftrag längerfristig gewährleisten kann. Dies geschieht im Sinne der Schüler, der Eltern und auch im Sinne der Schule. Außerdem wird durch die Wartezeit die tatsächliche Nachfrage an neu gegründeten freien Schulen deutlich. Deshalb halte ich die Abschaffung der Wartezeit - wie ich schon sagte -, also die völlige Abschaffung, für falsch.

Der uns heute vorliegende geänderte Gesetzentwurf zum Schulgesetz stellt meines Erachtens einen guten Kompromiss zwischen der bestehenden Regelung und dem Entwurf der CDU dar. Die Koalitionsfraktionen haben sich nach dem Anhörungsverfahren auf eine Wartefrist von drei Jahren verständigt. Das ist die salomonische Mitte zwischen der bisherigen Wartezeit von vier Jahren und dem Vorschlag der CDU von zwei Jahren. Das entspricht im Übrigen auch dem Vorgehen der meisten anderen Bundesländer. Und ich denke, so ist die Diskussion im Bildungsausschuss auch gelaufen. Wir hatten durchaus eine sehr konstruktive Diskussion zu diesem Thema.

Mit diesem Vorschlag sollte die CDU eigentlich leben können, da sie mit ihrem Ursprungsantrag Bewegung in die Diskussion über die Wartezeit gebracht hat.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Das ist ein Erfolg - kein 100-prozentiger Erfolg, aber ein 50-prozentiger Erfolg ist ja auch ein Erfolg.

Mit dem Gesetzentwurf von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kommt man also dem Wunsch der CDU einen Schritt entgegen und verkürzt die notwendige zeitliche Hürde, bis die staatliche Förderung eintritt. Alle haben sich ein Stück bewegt. Damit können wir sagen, wir haben alle auch etwas erreicht.

Eine letzte Bemerkung: Ich finde es nicht sehr konstruktiv, wenn in diese Debatte hinein jetzt die Situation der Gesamtschule in Ostholstein hereingebracht wird. Es ist nicht sehr konstruktiv, wenn zum Beispiel von Frau Todsen-Reese gefragt wird: Ja, wie soll man das denn bezahlen? Das ist natürlich ein grundsätzliches Problem, wie Schule bezahlt werden soll. Aber ich möchte in Erinnerung rufen, dass wir laut Schul-

gesetz fünf öffentliche Schularten haben. Dazu gehört auch die Gesamtschule.

(Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: Dann sagen Sie dem Kreis Ostholstein, wie er sie bezahlen soll!)

- Das will ich gern machen, Frau Todsen-Reese. Das ist Wasser auf meine Mühlen. Ich habe schon 100mal in diesem Landtag gesagt: Wenn man Ressourcen für Schule und Bildung frei machen will, dann muss man an die Strukturen ran.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: Konkreter!)

Das heißt, man muss sich fragen, ob es wirklich weiterhin Sinn macht, so viele Schularten nebeneinander herlaufen zu lassen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Diese Frage muss man sich stellen. Dann, liebe Frau Kollegin, kann man auch sagen, man hat die öffentliche Schule und man hat die freie private Schule. Dann kommt man dem Elternwillen wirklich entgegen, dann können Eltern sagen: Nein, ich will mein Kind nicht in eine öffentliche Schule geben, ich will mein Kind in eine freie Schule geben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie wollen die Eltern doch zwingen, die Kinder in die Gesamtschule zu schicken! Unerhört!)

Aber das, was Sie tun, dass Sie sagen „immer mehr, immer mehr“ - - Wieso ist das unerhört?

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Lieber Kollege Kayenburg, jetzt will ich keine Grundsatzdiskussion zum Thema Schule führen.

(Zuruf von der CDU: Aha! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Ich habe diese Fragen ja heute schon mehrfach gehört. Ich habe auf das reagiert, was hier mehrfach gesagt worden ist. Das steht mir natürlich zu. Natürlich habe ich Lust, diese Frage wieder aufzuwerfen. Das wissen Sie auch, dass ich Lust dazu habe, diese Fragen zu stellen. Ich finde es aber nicht redlich, wenn es um freie Schulen, um Privatschulen und um Wartezeiten geht, dass man dann sagt: Ja, die Gesamtschule - - Das ist ein Popanz, der hier aufgebaut wird.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wer hat das denn gesagt?)

(Anke Spoorendonk)

Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Beitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Höppner.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, die CDU und der Kollege Dr. Klug, geraten hier ein bisschen in die Gefahr, eine zynische Diskussion zu führen. Sie sprechen sich in allen Beiträgen, die wir hier in den letzten Jahren ausgetauscht haben, für eine Erhaltung des gegliederten Schulsystems aus, Sie sprechen sich gegen Integration aus, Sie sprechen sich gegen Elternwillen aus.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ach!)

Nur dann, wenn das in der freien Schule sein soll, dann ist das plötzlich alles wirklich gut. Das kann doch wirklich nicht angehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
vereinzelt bei der SPD sowie des Abgeordneten
Lars Harms [SSW])

Kollege Dr. Klug, bei einer Verkürzung der Wartezeit um ein Jahr - dies ist der Inhalt unseres Antrages -, steht es Ihnen nicht zu - so glaube ich -, von „Schäbigkeit“ zu sprechen. Ich glaube, Sie sollten die Wahl Ihres Wortes in dieser Hinsicht doch noch einmal überlegen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
vereinzelt bei der SPD sowie des Abgeordneten
Lars Harms [SSW] - Dr. Ekkehard Klug
[FDP]: Nee!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Landesregierung erteile ich jetzt Frau Bildungsministerin Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde hier die Verknüpfung mit der Gesamtschuldebatte nicht fortsetzen.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Das sollten wir dann gern an anderer Stelle machen. Ich finde, das gehört nicht hier her. Ich war eigentlich bisher auch froh, dass es diese Auseinandersetzung in der Form um dieses Projekt in Ostholstein nicht ge-

geben hat, jedenfalls hier im Plenum nicht. Ich finde, es gehört auch nicht in diese Debatte.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Das müssen Sie einmal Herrn Hentschel sagen!)

Meine Damen und Herren, wir haben die Diskussion über dieses Thema mit fast wortgleichen Beiträgen vor einem Jahr schon einmal geführt. Ich habe damals gesagt - dabei ist es geblieben -, dass wir nicht nur ein gutes Angebot an Privatschulen in Schleswig-Holstein haben, sondern dass die Nachfrage seit längerem auch stagniert beziehungsweise leicht zurückgegangen ist. Knapp 7 % unserer Schulen sind **Privatschulen**. Damit kann die Nachfrage im Wesentlichen gedeckt werden. Der Bundesdurchschnitt liegt übrigens bei 7,9 %.

Da muss ich wirklich auch einmal sagen, Herr Dr. Klug: Bleiben Sie einmal auf dem Teppich!

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Wir reden momentan über eine Schule in Schleswig-Holstein, die einen neuen Antrag stellt, und wir reden über drei Anträge auf Erweiterung. Bitte schön also noch einmal die Größenordnung dabei im Bewusstsein haben, bevor man den Mund hier derartig voll nimmt!

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

- Ja, aber darauf komme ich noch.

Ich habe Sie auch schon vor einem Jahr und mehrfach im Bildungsausschuss darauf hingewiesen, dass jede **Verkürzung der Wartezeit** - ich wundere mich, dass das hier niemand gesagt hat - in dieser extrem angespannten **Haushaltssituation**, über die wir hier heute fünf Stunden lang heftig debattiert haben, mit Einsparungen oder Kürzungen an anderer Stelle im Bildungshaushalt verbunden sein würde. Keiner von Ihnen hat gesagt, woher das Geld kommen soll.

Deswegen habe ich auch damals für die Beibehaltung der vierjährigen Wartezeit plädiert; wir hatten sie ja im Dezember 1994 verkürzt, wie Sie sich vielleicht noch erinnern werden.

Nun haben wir einen Gesetzentwurf vorliegen, der die Wartezeit auf drei Jahre verkürzt. Innerhalb dieses Zeitraums müssen bei Neugründung von Privatschulen - das finde ich auch richtig, das finde ich auch vom Ansatz her richtig - stabile, solide, bedarfsgerechte Organisationsstrukturen geschaffen und auch zuverlässige Aussagen über den zukünftigen Bedarf und über die Nachfrage gemacht werden. Übrigens hat das Bundesverfassungsgericht in einer Entschei-

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

dung von 1994 dies auch ausdrücklich zugelassen - auch mit diesem Hintergrund.

Anders als im CDU-Entwurf wird nun nicht zwischen **Neugründung** und **Erweiterung** unterschieden; denn selbst wenn ein Schulträger in einer Schule schon organisatorische Erfahrungen gemacht hat und die Nachfrage stabil ist, kann man das nicht einfach 1:1 auf die Erweiterung übertragen. Auch die Nachfrage ist immer schulartabhängig und - was die Erweiterung angeht - schulspezifisch. Wir brauchen also diese Übergangsfrist und wir brauchen diese Erfahrungen und auch die Vorschriften, die jetzt mit entsprechenden Klauseln eingefügt worden sind und die sozusagen die Anträge, die bereits gestellt worden sind, betreffen. Sie waren notwendig, um in den Jahren 2004 und 2005 zusätzliche Belastungen für den Landeshaushalt zu vermeiden.

Nun lassen Sie uns doch einmal Klartext reden! Niemandem geht es hier um ideologische Fragen. Ich lasse es auch nicht zu, dass dies hier so überhöht wird. Dem Bildungsausschuss ging es schlicht und allein um die Frage, ob wir das uns in den nächsten zwei Jahren leisten können.

Die Zahlen sind berechnet und im Bildungsausschuss genannt worden; sie sind von der Opposition schlichtweg ignoriert worden. Ich wundere mich also wirklich über diesen Bruch in der Diskussion. Bis 17 Uhr hieß es noch, es muss an allen Stellen und insbesondere auch dort, wo es weh tut, eingespart werden. Dann kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt und es geht um Belastungen von mehreren hunderttausend Euro, die dann in den nächsten zwei Jahren im Haushalt 2004 und 2005 auf uns zukämen. Dabei hat das niemand von Ihnen auch nur thematisiert. Wissen Sie, das ist einfach unredlich, was Sie hier machen. Ich denke, man muss das auch der Öffentlichkeit so sagen, und ich scheue mich auch nicht, das in der Öffentlichkeit so deutlich zu begründen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben uns in vielen Diskussionen wirklich schwer getan - das ist ja kein Geheimnis; wir haben das ja im Bildungsausschuss gemerkt, dass wir uns damit schwer getan haben - und ich wäre die Letzte, die nicht gern wollte, dass wir hier die Bedingungen erleichtern. Aber ich kann Ihnen nur sagen: Ich kann es aus meinem Haushalt

nicht bezahlen. Dann sagen Sie mir, woher es kommen soll. - Durch mehr Schulden oder durch Einsparungen in der Unterrichtsversorgung an den öffentlichen Schulen? Das wird aber doch wohl nicht gehen und auch von Ihnen nicht gewollt.

Ich finde also, wir haben einen tragfähigen Kompromiss gefunden und wir jedenfalls werden ihn auch so nach außen vermitteln.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Die Fraktion der CDU hat darum gebeten, dass auch über ihren Antrag Drucksache 15/2033 abgestimmt wird. Wenn das so einvernehmlich ist, werden wir über zwei Anträge abstimmen, zunächst über den Ursprungsantrag Drucksache 15/2033 und dann über den Bericht und die Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses, Drucksache 15/2785. - Gut.

Wer dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2033, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU gegen die Stimmen von CDU und FDP mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Damit rufe ich jetzt die Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses, Drucksache 15/2785, zur Abstimmung auf. Wer diesem Antrag in der vorliegenden Form seine Zustimmung geben will, den darf ich um sein Handzeichen bitten. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 15/2785 gemäß des Berichts und der Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Ich unterbreche die Tagung bis morgen früh 10 Uhr und wünsche allen einen angenehmen Heimweg.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:00 Uhr